

AKB

1925 2025

Gemeinsam gestalten –
Seit 100 Jahren für unsere Stadt



Herzlichen Glückwunsch aus Durlach
zum 100-jährigen Jubiläum
der Arbeitsgemeinschaft
Karlsruher Bürgervereine e.V.



Layoutdienstleistungen
Grafikdesign · Illustrationen



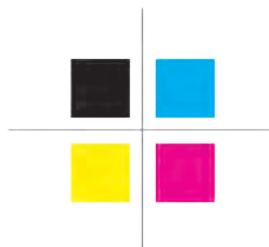
Druckdienstleistungen



Webdienstleistungen



Fotografie



mierschmedia



Inhaber Rüdiger Miersch
Pforzheimer Straße 33 · 76227 Karlsruhe-Durlach
Fon 07 21-4 25 76 · info@miersch-media.de



www.miersch-media.de

**Festschrift
zum Jubiläum

100 Jahre
Arbeitsgemeinschaft
Karlsruher Bürgervereine**

Dr. Helmut Rempp

Joachim Hornuff

unter Mitwirkung von Dr. Ernst Otto Bräunche

Ltd. Stadtarchivdirektor i. R.

(Kap. 5 und 6.1)

Karlsruhe, im Juli 2025

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine e. V.

Jubiläumsveranstaltung

am 12. Juli 2025 im Rathaus der Stadt Karlsruhe

Inhalt

Vorwort

Grußwort des Oberbürgermeisters

In eigener Sache: Bürgervereine als legitimierte Partner

Teil I: Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine AKB	11
1 Bürgervereine im 19. Jhdt. 1835 – 1888	13
2 Die Zeit der (politischen) Bürgervereine vor der AKB-Gründung 1888 – 1925	17
3 Gründung der AKB 1925	25
4 Die ersten Jahre der AKB 1925 – 1936	27
5 1933 - Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft	33
6 Vereinssituation nach dem Krieg, Wiedergründung AKB	37
6.1 Vereinssituation nach dem Krieg	
6.2 Die Wiedergründung der AKB	
7 Die Rolle der Bürgervereine/AKB im Wandel der Zeit	42
7.1 Bürgervereine als Bürgervertretung	
7.2 Standortbestimmung der Bürgervereine	
7.3 Vernetzungsversuche in Baden-Württemberg	
7.4 Gemeindeordnung und Bürgervereine	
7.5 Neuer Vernetzungsversuch auf Bürgervereinsebene	
7.6 Bürgerausschüsse/Bezirksbeiräte	
7.7 Ausbau der Mitwirkung der Bürgervereine	
7.8 Aktueller Stand der Mitwirkung der Bürgervereine	
8 Gesellschaftliches Leben, Tradition und Kultur	50
8.1 Rosenball/Bürgerball	
8.2 Jungbürgerfeier	
8.3 Bundesgartenschau/Bürgergartenschau	
8.4 Draisinenrennen	
8.5 Stadtjubiläum 2015	
8.6 Fußball	
8.7 Blumenschmuckwettbewerb	
8.8 Stolpersteine	
9 Kommunalpolitische Themen	65
9.1 Verkehr	65

9.1.1	Von der autogerechten zur menschengerechten Stadt	
	• Gehwegparken	
	• Engagement für das Fahrradfahren	
	• Kombilösung	
9.1.2	Das Tangentenkonzept der Stadt Karlsruhe	
	• Südtangente	
	• Nordtangente	
9.1.3	Deutsche Reichsbahn/Bundesbahn/Deutsche Bahn	
9.2	Bauprojekte	81
9.2.1	Altstadtsanierung	
9.2.2	Karlsruher Lebensversicherung KLV	
9.2.3	Erweiterung Bundesverfassungsgericht BVG	
9.2.4	Freizeitbad im Westen	
9.3	Die grüne Stadt	87
9.3.1	TH-Erweiterung	
9.3.2	Forstreform	
9.3.3	Masterplan Landschaftspark Rhein	
9.3.4	Forum Recht	
9.4	Soziales Quartiersentwicklung SQE	94
9.5	Aktuelle politische Themen der AKB	96
10	AKB und Öffentlichkeitsarbeit	100
10.1	offerta	
10.2	Einbürgerungsfeier	
11	AKB - für die Gesellschaft im Ehrenamt	104
11.1	Vorstandsvorsitzende seit 1953	
11.2	Vorstandsmitglieder mit besonderer Ehrung	
11.3	AKB-Vorstände gestern und heute	
	Teil II: 25 Bürgervereine im Portrait	107
	Anhang	162
A1.	Die Vorstände der AKB 1925 – 1935	
A2.	Ausgewählte Aktivitäten seit 1952	
A3.	Bürgerhefte	
A4.	AKB in Gremien	
A5.	Die Frauen im AKB-Vorstand	
	Quellennachweis	
	Abkürzungen	
	Impressum	



Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe Bürgervereine e. V.



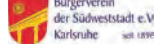
Bürgerverein Altstadt e. V.



Bürgerverein Stadtmitte e. V.



Bürger-Gesellschaft der Südstadt e. V.



Bürgerverein der Südweststadt e. V.



Bürgerverein der Weststadt e. V.



Bürgergemeinschaft Nordweststadt e. V.



Bürgerverein Oststadt e. V.



Bürgerverein Mühlburg 1898 e. V.



Bürgerverein Daxlanden e. V.



Bürgerverein Knielingen e. V.



Bürgerverein Grünwinkel e. V.



Bürgerverein Oberreut e. V.



Bürgerverein Beiertheim e. V.



Bürgerverein Bulach e. V.



Bürgerverein Weiherfeld-Dammerstock e. V.



Bürgergemeinschaft Rüppurr e. V.



Bürgerverein Waldstadt e. V.



Bürgerverein Rintheim e. V.



Bürgerkommission Hagsfeld e. V.



Bürgerverein Durlach und Aue e. V.



Bürgergemeinschaft Untermühl- und Dornwaldsiedlung e. V.



Bürgergemeinschaft Bergwald e. V.



Bürgerverein Siedlergemeinschaften Neureut-Kirchfeld e. V.



Bürgerverein Neureut-Heide e. V.



Bürgerverein Nordstadt e. V.

Vorwort

Die Beschreibung von 100 Jahre Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB) ist eine Zusammenfassung des Wirkens der Bürgervereine aus erster und zweiter Hand. Die letzten Jahrzehnte sind gut dokumentiert oder miterlebt. Das frühere Geschehen konnte nur durch Protokolle und Unterlagen im Stadtarchiv Karlsruhe sowie die digitalisierten Zeitungen der Badischen Landes-Bibliothek nachgezeichnet werden. Wenig Historisches hat die Zeiten bei den Bürgervereinen überdauert. Demzufolge sind einerseits bei aller Sorgfalt manche Recherchefunde nur zufallsbedingt. Andererseits wurde so viel Material gefunden, dass wir entscheiden mussten, was wir aufnehmen und was wir weglassen müssen, um eine Festschrift nicht zu überfrachten. Man möge uns nachsehen, wenn wir – meist unbeabsichtigt – Ereignisse ausgelassen haben, die zu erwähnen erforderlich gewesen wären.

Was zeichnet die Bürgervereinsbewegung in Karlsruhe aus? Diese Frage bildet gewissermaßen das Dach über dem Bürgervereinshaus mit vielfältigen Themenzimmern. Ein Haus, das neben dem die Stadtpolitik bestimmenden Rathaus steht und sich diesem eng verbunden fühlt. Dieser Gedanke soll in der Einleitung zum Ausdruck kommen und wird in Kapitel 7 in seiner historischen Entwicklung bis zur aktuellen Diskussion über die Rolle der Bürgervereine, wenn es um die Zukunftsgestaltung der Stadt geht, wieder aufgegriffen.

Die ersten Kapitel beleuchten die Zeit bis zur Wiedergründung der AKB 1953 und sollen den Horizont abbilden, vor dessen politischem Geschehen sich die Karlsruher Bürgervereine heute als ein mitgestaltender Teil unserer demokratischen Stadtgesellschaft verstehen. Aus diesem Selbstverständnis heraus entwickeln sich die Schlaglichter auf Themen zur Stadtpolitik, an denen die AKB und die Bürgervereine in engem Kontakt zur Bürgerschaft beteiligt waren und sind.

Die AKB und die Bürgervereine wirken aber nicht nur politisch, sondern auch im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich. Dies wird in einzelnen Kapiteln zu Veranstaltungen beschrieben. Engagement, das diese in ihren Stadtteilen entwickelt haben und entwickeln, muss allerdings weitgehend ausgeblendet bleiben.

In Teil II werden die Stadtteile und ihre Bürgervereine vorgestellt. Es ist deren Vielfalt, die das Resümee zulässt, in den 100 Jahren haben sich die Bürgervereine um die Stadtgesellschaft verdient gemacht.

Dr. Helmut Rempp

Joachim Hornuff

Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB)



Einladung

Festakt 100 Jahre AKB seit 1925

am Samstag, 12. Juli 2025, 13 Uhr,

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe Dr. Frank Mentrup

und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine e.V. (AKB) Dr. Helmut Remp

laden Sie zum Festakt 100 Jahre AKB herzlich ein.

Es sprechen:

Begrüßungsansprache der Stadt Karlsruhe

Dr. Frank Mentrup

Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

„Zum Jubiläum 100 Jahre“

Dr. Helmut Remp

Vorsitzender der AKB

Joachim Hornuff

AKB-Vorstandsmitglied

Festvortrag

Dr. Ulrich Maidowski

Richter des Bundesverfassungsgerichts

musikalische Untermalung + künstlerische Einlage

Bad, Staatstheater

Die Zehn – Bulach A Capella



Grußwort von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup zum 100-jährigen Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine e.V.

Zum 100-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB) möchte ich Ihnen im Namen des Gemeinderats, der Stadt Karlsruhe und der Bürgerinnen und Bürger ganz herzlich gratulieren.

Wo Menschen sich zusammenschließen, entsteht Gemeinschaft. Bürgervereine sind lebendiger Ausdruck dieses Gedankens: Sie geben den Stadtteilen eine Stimme, bündeln Interessen und sorgen dafür, dass lokale Anliegen gehört werden. Die AKB vereint diese Vielfalt der mittlerweile 25 Bürgervereine wiederum bei übergreifenden Themen und vertritt die Interessen bei der Stadtverwaltung etwa im Rahmen von Kooperationsgesprächen. Darüber hinaus prägen sie auch selbst das Stadtbild, etwa mit dem langjährig stattfindenden Blumenschmuck- und Hinterhofwettbewerb, bei dem individuelle Gestaltung prämiert wird, wie auch beim seit 2019 stattfindenden Wettbewerb „Gartenträume“.



Dass bürgerschaftliches Engagement nicht immer willkommen war, zeigt ein dunkles Kapitel unserer Geschichte: 1936 ließ die NSDAP die AKB auflösen – aus Angst vor unabhängiger Mitgestaltung. Umso bedeutungsvoller war die Wiedergründung im Jahr 1953. Seitdem bereichern Sie mit Ihrer Arbeit unsere politische Entscheidungsfindung und verleihen der Stadtgesellschaft eine wichtige Stimme.

Für Ihr langjähriges und wertvolles Engagement danke ich Ihnen sehr herzlich. Sie sind ein unverzichtbarer Teil unseres städtischen Miteinanders. Ich wünsche Ihnen auch für die Zukunft viel Erfolg, Ausdauer und Freude – und freue mich auf unsere weitere konstruktive Zusammenarbeit!

A handwritten signature in blue ink that reads "Frank Mentrup".

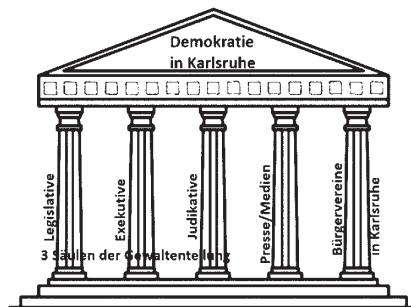
Ihr Dr. Frank Mentrup,
Oberbürgermeister

In eigener Sache:

Bürgervereine als legitimierte Partner der Stadtgesellschaft

Zivilgesellschaft bezeichnet umgangssprachlich einen Teilbereich der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, in dem in Abgrenzung von Staat und Privatwirtschaft soziale Aktivitäten und Zusammenschlüsse weder der Erringung und Ausübung politischer Macht einerseits noch der Erwirtschaftung von materiellen Gütern und Profit andererseits dienen. In einem engeren Sinn bezeichnet Zivilgesellschaft also die öffentliche Einflussnahme von Nichtregierungsorganisationen (NRO). In einem weiteren Sinne werden auch Vereinsarbeit, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, Bürgerbeteiligung und -initiativen sowie Wohlfahrtsverbände und Stiftungen zur Zivilgesellschaft gezählt. Häufig wird der Begriff Zivilgesellschaft synonym mit dem Ausdruck **Dritter Sektor** bzw. Nonprofit-Bereich gebraucht.¹ Dem Dritten Sektor können Bürgervereine als eine Nicht-Regierungsorganisation in Karlsruhe zugeordnet werden.

Die Karlsruher Bürgervereine sind rechtliche Zusammenschlüsse unabhängiger Bürgerinnen und Bürger, die ohne Gewinnabsicht und ohne weltanschaulich-religiöse oder parteipolitische Festlegung gemeinwohlorientierte Ziele in den einzelnen Stadtteilen verfolgen. In ihrem Selbstverständnis sind sie eine wichtige Institution im politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess und sehen sich in Karlsruhe selbst als die „Fünfte Säule“ der demokratischen Prinzipien, neben den klassischen drei Säulen der Gewaltenteilung (nach Ch. de Montesquieu) und der Vierten Säule der Presse / Medien (nach Jean-Jacques Rousseau). Sie sehen sich als eine basisdemokratische Bewegung in direktem Kontakt zur Bevölkerung in den Stadtteilen und übergeordnet in Karlsruhe durch ihren Zusammenschluss in der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine, kurz AKB.



Quelle:

Die Bürgervereine vertreten thematisch die Interessen ihres jeweiligen Stadtteils in der ganzen kommunalpolitischen Bandbreite. Sie setzen sich umfassend für die Belange der Bevölkerung des jeweiligen Stadtteiles ein, benennen Missstände, ohne äußere Repressionen befürchten zu müssen. Sie formulieren Anregungen und Wünsche und beteiligen sich auf ehrenamtlicher Basis in Zusammenarbeit mit den gewählten Vertretern in Stadt und Land sowie mit den kommunalen Dienststellen und städtischen Gesellschaften am Finden und Umsetzen von Lösungen. Darüber hinaus haben sie eine integrierende gesellschaftliche Funktion im Stadtteil. Bürgervereine stellen damit eine nicht parteipolitische Repräsentanz der Bürgerschaft dar. Ihre Arbeit ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Durch die AKB sind sie auch in der Lage, bei stadtteilübergreifenden Themen aktiv zu werden.

Ihre Legitimation im kommunalpolitischen Mitwirken geht nicht auf eine Legitimation durch demokratische Wahlen in ihrem Stadtteil zurück, jedoch auf eine strikte Bürgerorientierung, also auf eine Legitimation durch eine kontinuierliche Berücksichtigung und Ansprache der Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerschaft. Die Legitimation beruht auch auf dem gesellschaftlichen Nutzen, den die Bürgervereine in ihren Stadtteilen durch ihre positive Einflussnahme auf die Lebensqualität der Menschen bewirken.

Die Arbeit der Bürgervereine ist transparent, sie pflegen eine offene Kommunikation. Sie legen ihren Mitgliedern jährlich Rechenschaft ab. Sie informieren öffentlich über ihre Ziele, Handlungen und Ergebnisse. Dies schafft Vertrauen und erhöht die Legitimität.

Bürgervereine müssen als erfolgreiche NROs allerdings kontinuierlich an ihrer Legitimation arbeiten und ihre Position sich den ständig verändernden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen anpassen.

Grundsätzlich können alle Bürger eines Stadtteils zu einem bewusst geringen Mitgliedsbeitrag als Mitglied mitgestalten, da die Bürgervereinsarbeit ehrenamtlich erfolgt. Die Bürgervereine sind im Stadtteil anerkannt, da sie grundsätzlich alle Bürger und nicht nur ihre Mitglieder vertreten. Es ist nur folgerichtig, die Mitgliedspublikationen (Bürgerhefte) nicht nur den Mitgliedern, sondern allen Bürgern als Posteinwurf und online zur Verfügung zu stellen.

Bürgervereine sind die Experten ihres Stadtteils und stärken somit ihre Legitimität durch fundiertes Wissen und Kompetenz. Prof. Wolfgang Fritz,

als früherer AKB-Vorsitzender, stellte 2011 fest, dass die Bürgervereine das haben, was man „weitere legitimationsstiftende Elemente“ nennt.

In dieser Rolle der Bürgerrepräsentanz sind die Bürgervereine bei der Politik und bei der Stadtverwaltung akzeptiert und geschätzt. Bürgervereine werden in beratender Funktion hinzugezogen oder melden sich von sich aus zu tagespolitischen Themen oder Anliegen ihrer Stadtteile. Sie werden daher auch für grundsätzliche Aufgaben vom Gemeinderat unterstützt (Grundzuschuss, Festzuschuss, Mietkostenzuschuss,).

Sie üben im städtischen Geschehen einen starken Einfluss aus, einerseits aufgrund der Kompetenz, die viele ihrer Vorstandsmitglieder durch ihre Bürgernähe haben, andererseits wegen ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit, die zu ideologiefreien Bewertungen führt.

Diese Mitwirkungsmöglichkeiten werden ihnen von Anfang an von Politik und Verwaltung in unterschiedlicher Form zugestanden und geschätzt: „...und das ist – so denke ich – gut für das Wohl unserer Stadt.“ - so nochmals Prof. Fritz.



Teil I

Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine

100 Jahre
AKB

Aktiv und
Kooperativ
für die
Bürgerschaft



IDEEN AUSDRUCK GEBEN.

Wir sind Druckpartner für Unternehmen, Kreative und Kultur in der Technologieregion Karlsruhe und der Metropolregion Rhein-Neckar.

Mit Fingerspitzengefühl, technischer Perfektion und auf kurzem Weg setzen wir Ihre Ideen um.

Wir sind gerne für Sie da:

T +49(0)721.97830-0 . www.stober-medien.de

1. Bürgervereine im 19. Jahrhundert

Das älteste Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine ist die 1888 gegründete „Bürgergesellschaft“, die sich mit Gründung des „Bürgerverein der Weststadt“ 1894 in „Bürgergesellschaft der Südstadt“ umbenannte.

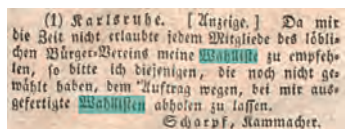
Es war in Karlsruhe nicht der erste Verein, der sich „Bürgerverein“ nannte. Die Historie über einen Zeitraum von etwas mehr als 50 Jahren kennt für ein und denselben Verein dabei verschiedene Bezeichnungen in den Adressbüchern und Zeitungen der Zeit: Bürgerverein, Gesellschaft Bürgerverein und Bürgerverein-Liederkranz.

Erstmals am 20. Oktober 1835 erwähnt das „Karlsruher Intelligenz- und Tageblatt“ (K.I.T.), das die Unterzeile ‚Mit Großherzoglich Badischem gnädigstem Privilegio‘ hat, die Einladung eines Bürger=Vereins an die Mitglieder auf den Folgetag in die „Gaststätte zum Waldhorn“ zur ersten geselligen Unterhaltung. Nur drei Wochen später wird erneut ins Waldhorn, gelegen Ecke Zirkel und Waldhornstraße, zum 1. Ball am 14. November eingeladen mit dem Anlass: ‚Feier des hohen Namensfestes Sr. Königlichen Hoheit unseres bürgerfreundlichen Großherzogs‘.



K.I.T. 20.10.1835

In den Folgejahren wird regelmäßig zu Bällen, insbesondere Maskenbällen, eingeladen, die auch im Stephanienbad in Beiertheim stattfanden, was darauf schließen lässt, dass der Bürgerverein von Beginn an einen gesellschaftlichen Zweck verfolgte und damit auch Erfolg hatte, wie vier weitere Gesellschaften ‚Lesegesellschaft‘, ‚Eintracht‘, ‚Harmonie‘ und



K.I.T. 13.10.1836

‚Museum‘ als Träger des kulturellen Lebens der damals noch jungen Stadt. Der Erfolg zeigte sich daran, dass schon ein Jahr später ein großes Gebäude Ecke Karl- und Amalienstraße erworben wurde. Integriert war die Gaststätte „Kaiser Alexander“. Es bestand aus: Großer Saal mit Galerie, Kleiner Saal, Lesezimmer mit Bibliothek (auch Ausleihe von Büchern) und Kegelbahn, wie aus späteren Anzeigen des Vereins hervorgeht. Der Saal wird 1836 neben den Sälen der anderen Gesellschaften und dem Rathaus erwähnt zum Abholen von Wahllisten oder 1838 zur Abgabe von Spenden für ein Denkmal für „Georg Ludwig Winter“, der überraschend verstorben war. Als Staatsminister war er die treibende Kraft hinter den frühen libe-

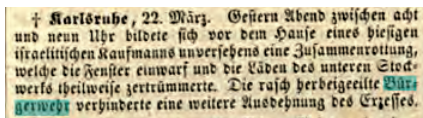


Foto: J. Hornuff

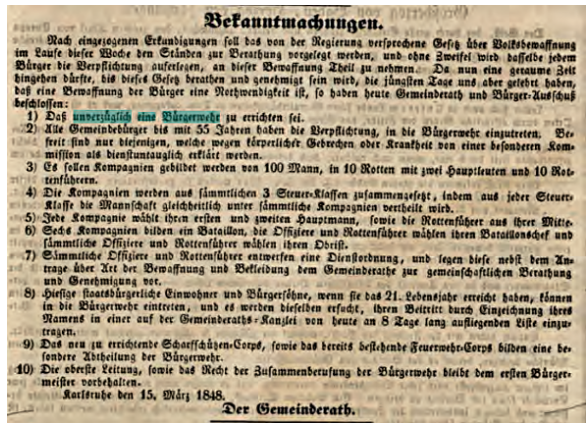
ralen, wirtschaftlichen und politischen Reformen in Baden, wie auch zum Bau der Eisenbahn. Das Denkmal wurde erst 1855 erstellt und ist heute am Albtalbahnhof zu finden. Der Bürgerverein war offensichtlich ein elementarer Teil des (gesellschaftlichen) städtischen Lebens. Auffällig ist dennoch, dass sich der Bürgerverein nur in Eigenberichten oder Anzeigen erwähnt findet, jedoch nicht im redaktionellen Teil der Zeitungen, der zu jener Zeit allerdings sehr klein war.

Ob die Verzögerung beim Bau des Denkmals mit den Revolutionsjahren 1848/49 zusammenhing, sei dahingestellt, jedoch gab es wichtigere Themen. So gründeten sich in diesen Jahren im ganzen Deutschen Reich in den Städten neue Bürgervereine, die politische Ziele verfolgten. Ein für die Revolution bedeutendes Ereignis war die Offenburger Versammlung am 19. März 1848 mit 8-15.000 Teilnehmern, je nach Schätzung, da hier erstmals öffentlich die Republik gefordert, aber von der Mehrheit abgelehnt wurde. Einem Beitrag in

„Karlsruher Beiträge Nr. 6“ von 1991 – Autor E.O. Bräunche, Leiter des Stadtarchivs – ist zu entnehmen, dass aus Karlsruhe rund 200 Delegierte teilnahmen und „am 14. März im Lokal des Bürgervereins sich Vertreter aus Gemeinderat und Bürgerschaft zu den Deputierten berieten“. Ein Aufruf zur Besonnenheit auf der ganzen Titelseite von Großherzog Leopold am 18. März und die Gründung einer Bürgerwehr in Karlsruhe verdeutlichten den Ernst der Lage.



Ka.Z. 22.03.1848



K. T. 17.03.1848

In welcher kurzen Zeit die Aufstellung erfolgte, zeigt ein Bericht über den Einsatz bereits am 22.03.1848.

Zeitgleich findet sich in der „Karlsruher Zeitung“ ein Bericht, dass in Durlach seit kurzem (20.12.1847) ein Bürgerverein gegründet wurde, der sich für die Belange der Arbeiter in drei Fabriken einsetzt und damit politisch aktiv wurde.

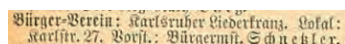
Für Hagsfeld finden sich Anzeigen zu einem Gesangverein „Bürgerverein Liederkrantz“. Dem Band „1000 Jahre Hagsfeld“ des Stadtarchivs lässt sich entnehmen, dass 1886 ein Bürgerver-



K. T. 21.05.1882

ein erwähnt wird, „ohne dass sich erkennen lässt, ob zum Liederkrantz ein Bezug besteht“. Auch in Karlsruhe besteht ein Gesangverein „Liederkrantz“, der jedoch in der Saal „Eintracht“ probt, während beim Bürgerverein der „Cäcilienverein“ seine Heimat hat. Auch sonst wird der Saal für Veranstaltungen aller Art in Anzeigen genannt. 1864 wird eine Generalversammlung, häufig am 1. Januar um 11 Uhr, angekündigt zum Beschluss der Auflösung des Vereins und Verkauf der Lokalität. Dies wurde beschlossen und schon vier Monate später wieder rückgängig gemacht, die Mitglieder zum Wiedereintritt aufgefordert.

Erste Kontakte des Bürgervereins mit dem Gesangverein „Liederkrantz“, gegründet 1841, gab es 1850. Inzwischen wird der Bürgerverein, „Gesellschaft Bürgerverein“ genannt und in den Adressbüchern in der Rubrik „für gesellige Zwecke“ geführt. Daneben gibt es Vereine „für gemeinnützige Zwecke“. Der „Liederkrantz“ steht unter Gesangsvereine. Dies ändert sich 1877. Im A.B. 1878 steht nun „Bürger=Verein: Karlsruher Liederkrantz“ (gesellige Zwecke) und „Bürgervereins=Liederkrantz“ unter ‚Gesangverein‘, der gleiche Verein, der mit diesem Namen die Mitglieder zum Besuch des Kaisers einlädt. Der Zusammenschluss war wohl ein in der Stadtgesellschaft bedeutendes Ereignis, da den Vorsitz nun Bürgermeister Carl Schnetzler, 1. Beigeordneter, später Oberbürgermeister, übernahm.



Adressbuch 1879

Zehn Jahre später 1887 der nächste bedeutende Einschnitt, der Verkauf des Vereinshauses Karlstraße 27. Wie es möglich war, als junger Verein

„Durlach, 6. Febr. Die Mannheimer Abendzeitung und die Oberheinische Zeitung haben Korrespondenzen gebracht, worin der Verfall mit den Durlacher Arbeitern in der kaiserlichen Fabrik gänzlich einheitlich mitgeteilt wird. Der wahre Sachverhalt ist folgender.

In einer Versammlung des hier seit kurzem gegründeten Bürgervereins wurde den anwesenden Mitgliedern eine hoch bewegliche Schilderung der Folgen gemacht, welche es haben würde, wenn der Staat die **bei** **Fabrik** unterstützte. Unter Anderem stellte der Redner vor, es handle sich um einige reiche und hochgestellte Männer, zu deren Gunsten die Regierung die Fabriken mit Millionen unterstützen wolle; obgleich wir wissen, dass die Einnahme aus den Zöllen fliehe, dieselbe liege unter seiner Kontrolle, es werde darüber der Kammer keine Rechenschaft geliefert, und das Geld größtenteils zur Versorgung von Senatoren verwendet; — ob man denn noch nicht genug Steuern zahle? — ob sie, die Versammelten, Lust hätten, noch mehr zu zahlen? Auf diese freilich wunderliche Motivierung hin wurde dann eine Petition zum Unterschriften vorgelegt, worin das Begehren gestellt war, daß die Kammer den Gesegenswurf in Betreff der **bei** **Fabrik** verwerfen solle, und mit 170 Unterschriften versehen.

K. Ztg. 18.02.1848



K. T. 16.09.1877

50 Jahre zuvor ein Gebäude zu erwerben, wird hierbei deutlich. Finanziert wurde über Darlehen der Mitglieder (Partialobligationen à 50 Gulden), die jährlich ausgelost zurückgezahlt wurden und noch einen Restbestand von 12.500 Gulden hatten. Daneben werden 1.856 Schuldscheine und Gas-Actien erwähnt. Mit dem Verkauf des Gebäudes an einen Karlsruher Architekten namens Renz kündigte sich das Ende dieses Bürgervereins im 19. Jahrhundert an. Der neue Eigentümer teilte das Eckgebäude unmittelbar in drei Gebäudeteile, davon zwei mit der Adresse Amalienstraße 14a und b - aus der Gaststätte „Kaiser Alexander“ wurde „Klapphorn“. Ein neuer Bürgerverein in der Südstadt mit anderen Zielen wurde ein Jahr später gegründet, doch dauerte es noch bis 1893, dass aus dem „Bürgerverein Liederkrantz“ der Gesangsverein „Liederkrantz“ wurde. Bis zur Zerstörung des Gebäudes 1943, Eigentümer in der Amalienstraße 14a nun die Brauerei Schrempf, bestand die

Bürger-Verein.
Bei der heutigen Verlosung von statutenmäßig jährlich heimzuzahlenden 1600 fl. wurden folgende Nummern gezogen:
1) Von den Partial-Obligationen ad 50 fl.:
Nr. 17, 116, 287, 360, 427.
2) Von den in Art. I. c. bezeichneten Schuldscheinen:
Nr. 9, 20, 33, 64, 68, 70, 98, 107, 122, 137, 147, 162, 175, 186, 193.
Ferner wurden folgende Nummern von Gas-Actien gezogen:
Nr. 12, 16, 32, 43, 44, 49, 65, 68, 77, 78, 86, 88, 91, 100.
Die Beträge für die bezeichneten Papiere können am 23. Oktober d. J. bei dem Kassier, Herrn Maurermeister Weber, abgeholt werden.
Karlsruhe, den 31. August 1886.
Das Comité.

K. T. 03.09.1856

Bürgerausschuß.

I. Stadtrat.

Sitzungstag: Freitag.

Schnecker Karl, Oberbürgermeister.
Strämer Johann, I. Bürgermeister.
Siegrist Karl, II. Bürgermeister.
Boech Max, Anwalt.

Delepte Karl, Oberrechn.-Rat a. D.
Döring Friedr. Wilh., Kaufmann.
Dürer August, Kaufmann.
Engelhardt Wilhelm, Privat.

Ganter Friedrich, Kaufmann.

Gandel Ludwig, Privat.

Sammelheber Karl sen., Fabrikant.

Höpfner Friedrich, Bierbrauereibes.

Hoffmann Karl, Privat.

Somburger Fritz, Bankier.

Käppeler Ludwig, Buchhalter.

Kautt Louis, Hofwagner.

Leichtlin Hermann, Privat.

Ludwig Friedrich, Privat.

Meck Ludwig, Privat.

Müller Heinrich, Privat.

Nagel Johann, Privat.

Schäffele Wilhelm, Privat.

Schwindt Karl, Privat.

Wals Ludwig, Privat.

Widmann Gottlieb, Fabrikant.

Schmiedler W., I. Ratsschreiber

und Sekretär.

Sautenschläger L., Verrechner.

Wed Georg, Rechnungsrat.

Ziegler Karl, Registrator.

Frank Adolf, Revisor.

Reuber Heinrich, Sekretär.

Schwindt Julius, Expeditor.

II. Stadtverordnete.

Gaststätte „Klapphorn“ und war der „Liederkrantz“ ein Mieter.

Interessant ist in den 1890er-Jahren noch ein Blick auf die damals handelnden Personen. Die Vereinsführung im Liederkrantz wie in der Bürgergesellschaft der Südstadt hatten gewählte Stadträte und Stadtverordnete inne, die zusammen den kommunalpolitisch beschließenden „Bürgerausschuß“ bildeten – es waren die Honoratioren der Stadt als Kaufleute, Fabrikanten oder Handwerksmeister, die sich konnten und in den Bürgervereinen (1894 kam der für die Weststadt, 1896 für die Oststadt und für die Südweststadt dazu) die Interessen ihres Stadtteils gegenüber der Stadt und dem Land, d. h. dem Großherzogtum Baden, mit den Gremien 1. und 2. Kammer zur Geltung brachten. Letztentscheidend blieb die Großherzogliche Regierung.

A. B. 1894

Diese fand am Schlossplatz im Halbrund zwischen Waldhorn- und Waldstraße statt. Vertreten waren Vereine aller Couleur, die Innungen, das Militär, die Studentenschaften aus Baden, Schulen, Feuerwehren, Beamte und Arbeiter. Wenn auch in der zweiten Reihe, waren die Bürgervereine zentral platziert, neben Südstadt, Oststadt, Weststadt, Südweststadt und Altstadt auch die gerade erst gegründeten aus Rintheim und Rüppurr. Der 1898 gegründete **Bürgerverein Mühlburg** fehlte. Möglicherweise hatte dieser schon keinen Bestand mehr.



B.P. 07.10.1967

In diesen Zeitabschnitt fällt die politische Tätigkeit des „Alldeutscher Verband“, einer völkischen, kolonialorientierten nationalistischen Vereinigung.



K. Ztg. 21.04.1899

Mitglied wurden 1899 die Bürgervereine der Südwest- und der Südstadt. Einen anderen Schwerpunkt setzte der Bürgerverein der Oststadt, der 1897 das Protektorat für einen Fröbelschen Kindergarten als Schulvorbereitung übernommen hatte. Gemeinsam aufgetreten sind alle Bürgervereine, wie die K.Ztg am 04.07.1904 berichtet, um einen Kranz vor der Festhalle (im 2. Weltkrieg zerstört) am enthüllten Bismarck-Denkmal (heute ohne Engel beim Bismarck-Gymnasium) niederzulegen.



LA für Denkmalpflege Baden-Württemberg

Über das, was die Bürgervereine selbst ausmacht, gibt es wenige Veröffentlichungen. 1899 hat der Bürgerverein der Oststadt 173 Mitglieder, der Bürgerverein der Südweststadt zwei Jahre später 157 Mitglieder, deren Zusammensetzung typisch sein dürfte: „Gewerbe+Fabrikanten 66, Kaufleute 21, Architekten 12, Ingenieure 3, Privatier 16, Lehrer+Professoren 9, Ärzte 3, Rechtsanwälte 1, Beamte 26“. Anders sortiert: „Hausbesitzer 90, Mietwohnende 67“. Und so finden sich in den Zeitungen weniger das Vertreten von sozialen Interessen im Stadtteil als die Infrastrukturthemen Straßen- und Straßenbahnbau.

Erneut ist der Bürgerverein der Oststadt eine Ausnahme: Er fordert seit 1907, dass bei Gebäuden über den 3. Stock hinaus im Dachgeschoss

Wohnraum entstehen darf, was die Landesbauordnung in diesem Stadtgebiet der Klasse IV verbietet. Dies wurde mehrfach abgelehnt, „da es sonst zu viele Bewohner in der Oststadt gäbe“. Eine Petition an die Badische Ständeversammlung (1. Kammer) hatte am 02.04.1914 noch keinen Erfolg. Erst 1918 gab es kriegsbedingte Ausnahmen.

Mit Petitionen oder Eingaben (Anträge kannte der Obrigkeitsstaat nicht) an die politischen Gremien hatten die Bürgervereine Erfahrung, insbesondere der **Bürgerverein der Oststadt**: 1896 Verlegung Pulvermagazin und Pflasterung von Straßen (erfolgreich), 1903 Freihalten des Messplatzes (erfolgreich), 1907 ein Markt in ‚Neu-Oststadt‘ (abgelehnt), 1908 eine Haltestelle der Straßenbahn an der Radrennbahn Durlacher Allee (erfolgreich), 1910 Markt im südlichen Abschnitt der Georg-Friedrich-Straße (erfolgreich), 1912 (an die 1. Kammer) Haltestelle der Bahnlinie Röschoog-Mannheim an der Durlacher Allee.



B.P. 07.10.1967

Bereits 1908 wurden Petitionen an die „Landstände des Großherzogthums Baden (II. Kammer)“ zunächst von der Oststadt für die Durlacher Allee und kurz danach vom **Bürgerverein Rintheim** (gegründet 1907 im Zusammenhang mit der Eingemeindung von Rintheim) aufgrund der geplanten Verlegung des Hauptbahnhofs für eine Haltestelle der Bahn bei Rintheim eingereicht. Die unterschiedlichen Haltewünsche führten 1912 (1. Kammer) zum Abwarten, wie sich die Situation mit dem neuen Bahnhof entwickelt und welche Entscheidung der Stadt zum Standort der Güterverladung getroffen werden wird.

Der **Bürgerverein der Südstadt** wünschte 1902/03 ein Postamt, 1912 keinen Straßenbahndamm in der Ettlinger Straße, 1916 Pflasterung Rüppurrer Straße, da Asphalt nicht verfügbar war, 1921 das Sallenwäldchen zu erhalten und nicht an den Zoo abzugeben, 1922 das Postamt zu erhalten.

Der **Bürgerverein der Weststadt** wandte sich 1895 gegen ein Asphaltwerk im Stadtteil, forderte 1906 eine Poststelle und 1913 keinen Wegfall des Mühlburgertor-Bahnhofs. Als **Bürgervereinigung der Weststadt** (neuer Namen ab 1919 nach dem Zusammenschluss zweier Bürgervereine): 1920 beschleunigter Abbau der Zwangswirtschaft, 1921 keine Ansiedelung von Schoemperlen&Gast, einer Automobilwerkstadt, wegen Gefährdung der Volksgesundheit.

„Die am Montag, den 5. September, in der ‚Grottehalle‘ stattfindende Versammlung der Bewohner der **Weiskopf** protestiert einmütig gegen die Errichtung einer Automobilwerkstätte mit Garagebetrieb an der Ecke Söfien- und Hans-Zachs-Straße. Sie bedauert, daß der Stadtrat von Karlsruhe kein Verständnis zeigt für die Schädigung, die die Errichtung einer solchen Anlage an diesem Plage für das ganze Wohnviertel der **Weiskopf** haben muß. Obwohl im Stadtrat unter Hinweis auf die geltende Bauordnung vorgebracht wurde, daß eine solche Anlage hier keinen Platz habe, obwohl ihm bekannt ist, daß aus den verschiedensten Kreisen der Bewohner der **Weiskopf** aus Gründen der sozialen Hygiene energischer Widerspruch erhoben wurde, hat er doch dem Projekt seine Zustimmung gegeben.

Die Versammlung macht sich die von der Bürgervereinsung der **Weiskopf** abgegebenen Erklärungen voll und ganz zu eigen und erwartet, daß der Bezirksrat in seiner Sitzung vom 6. September den Protest der Bürgervereinsung der **Weiskopf**, sowohl dem allgemeinen Teil, der die Frage von dem Gesichtspunkte der Volksgesundheit aus betrachtet, als auch dem Teil, der den baulichen Standpunkt einnimmt, eingehend prüft und sie in der seltenen Überzeugung, daß der Bezirksrat bei objektiver Abwägung aller Momente sich der Auffassung der Bewohner der **Weiskopf** anschließt.“ —a.

K.T. 06.9.1921

Protestversammlung. Man schreibt uns: Am 8. Juli 1910 hat die Zweite Kammer der Landstände den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß die „Kleine Spitalstraße“ aufgehoben werden soll. Da aber bis heute vom Ministerium des Innern keine definitiven Entschlüsse getroffen wurden, die öffentlichen Häuser zu entfernen, so hat der **Bürgerverein der Altstadt** beschlossen, in nächster Zeit eine große öffentliche Protestversammlung abzuhalten, wobei sämtliche 43 Vereine, welche die Landtagspetition unterzeichnet haben, Protest erheben werden. Ein hervorragender Redner wird die Behandlung, welche die Petition beim Ministerium, Bezirksamt und Stadtrat erfahren hat, einer eingehenden Kritik unterziehen, ebenso die Entscheidung der Großh. Staatsanwaltschaft, betreffend eine Anzeige nach § 180 (Nuppelei). Sogar doch das Reichsgericht, selbst dann, wenn die Polizei Bordelle duldet, dürfen die Bewohner nicht für straffrei erklärt werden. Es ist auch zu bedenken, welcher Zustand geschaffen wird durch die Errichtung einer neuen Gewerkschule in der aller-nächsten Nähe der öffentlichen Häuser. Dazu kommen noch die Schädigungen der Hausbesitzer und Geschäftsinhaber der angrenzenden Straßen. Die Einwohner sind meist arme Arbeiter mit zahlreicher Familie, die wegen der billigeren Wohnungen in dieses gefährdete Quartier ziehen. Das sollten mehrheitlich Gründe genug sein für die Beseitigung dieses öffentlichen Verwerflichen.

K.T. 16.02.1911

nicht erwähnt, angesichts der Rolle des Stephanienbads im kulturellen Leben, auch mit Besuch des Großherzogs, verwunderlich.

Der Vorläufer des **Bürgervereins Weiherfeld**, die ‚Siedelungsvereinigung im Gewann Weiherfeld‘ (gegründet 1921) verfasste mit 200 Teilnehmern

Der **Bürgerverein der Südweststadt** forderte: 1910 Beseitigung der Wachhäuschen am Karlstor, 1913 Profilstaltung der Südenndstraße östlich der Hirschstraße analog westlich mit einem baumbestandenen Mittelstreifen (erfolglos).

Der **Bürgerverein der Altstadt** sammelte 1907 zur Prozessführung gegen die Stadt 1.000 Mark gegen die Einrichtung stationärer Bordelle in der ‚Kleine Spitalstraße‘ (später Entengasse), nachdem der Stadtrat die Forderung abgelehnt hatte - noch 1914 befasst sich der Landtag mit dem Thema, ohne dass sich etwas änderte. Er wandte sich gegen den Lärm der Gastwirtschaften, 1909 gegen die Aufgabe von Straßenbahnhaltstellen (erfolgreich), 1920 gegen die Umgestaltung Lidellplatz in einen Spielplatz und 1922 gegen die Aufgabe des Postamts am ‚Alter Bahnhof‘.

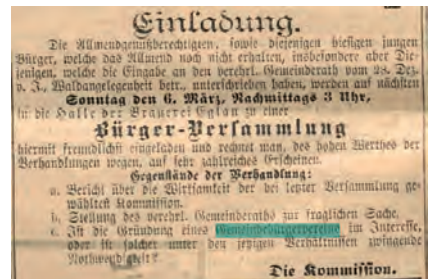
Der **Bürgerverein Rüppurr** (gegründet 1907 nach der Eingemeindung Rüppurrs) forderte 1908 gemeinsam mit dem ebenfalls 1907 gegründeten Liberalen Bürgerverein eine Uhr mit Schlagwerk am Turm der neuen ev. Kirche (heute Auferstehungskirche).

Der **Bürgerverein Beiertheim** (gegründet 1912) ist in den Zeitungen

eine Resolution an den Stadtrat gegen eine „Umparzellierung“ und Vorschrift einer 2-3 stöckigen geschlossenen Bauweise.

Der **Bürgerverein Daxlanden** (gegründet 1922) stellte den Antrag auf Genehmigung einer Apotheke.

Eine Sonderrolle kam dem **Gemeinde-Bürgerverein Durlach** zu. Dieser wurde 1892 gegründet mit über 300 Beitrittserklärungen am 7. Mai in der Eglau-Halle der gleichnamigen Brauerei. Mitglieder konnten Durlacher Bürger sein, die Anteil am Bürgernutzen der Allmend hatten. Über Jahre war der Verein politisch tätig und im Bürgerausschuss Durlach vertreten, teilweise im Zusammenschluss mit anderen politischen Gruppierungen. Ziel der Tätigkeit war, den Nutzen der Mitglieder zu verteidigen, auch um Verkäufe von Allmendgrundstücken durch die Gemeinde für neue Baugebiete zu verhindern. In einer Petition an den Landtag 1926 sollte das Recht des weiterhin



D.W. 05.03.1892

möglichen Eintritts von Bürgersöhnen in den „Allmendgenuß“ in der Gemeindeordnung verankert werden. Der Landtag war noch 1933 mit dem Thema befasst und erst in den 50er Jahren wurde das Thema beendet.

Die sicherlich nur exemplarische Darstellung von stadtteilbezogenen Interessenvertretungen zeigt, wie die ‚Bürgergesellschaft der Südstadt‘ Vorbild

Es gilt endlich, den Bürgern der Gemeinde ihre wohlverworbenen und anerkannten Rechte zu erhalten.
Von diesen Grundsätzen ausgehend, hat der **Gemeindebürgerverein** und der **Gemeinnützige Verein** beschlossen, Hand in Hand und in Anlehnung an die hiesigen politischen bürgerlichen Vereine in die Wahlbewegung einzutreten. Die beiden Vereine zählen bekanntlich in ihren Reihen Angehörige aller Richtungen und aller bürgerlichen Berufe und haben sich beide Förderung des Wohles der Stadt Durlach und ihrer Bürger und Einwohner zur Aufgabe gemacht.

D.W. 16.12.1905

war für die Gründungen Weststadt, Oststadt und Südweststadt, jeweils mit anderen Schwerpunkten, und doch verband u.a. ein Thema die Innenstadtvereine: der Bahnhof und die Bahngleise.

Die Behinderung der innenstadtnahen Lage führte schon Ende des 19. Jahrhunderts zu zwei Überlegungen: Entweder die Gleise und den Bahnhof auf einen Damm zu verlegen mit Überführungen der Nord-Süd verlaufenden Straße oder alternativ eine Verlegung, wieder in Ost-West Ausrichtung, zwischen Lauterberg und Beiertheimer Allee. Für die erste Variante sprachen sich die nördlichen Bürgervereine der Ost-, Alt- und

Weststadt aus, die den Bahnhof in der Nähe behalten wollten. Verständlich, denn die Straßenbahn war erst rudimentär ausgebaut und Autos eine Seltenheit. Anders sahen dies die Südstadt, die bereits 1898 dazu ausführlich Stellung nahm, wie auch die Südweststadt. Beide Stadtteile hatten ein Interesse, ihre Nord-Süd-Straßen zur Innenstadt ohne trennende Bahngleise verbinden zu können. Anträge zu Bahnübergängen waren abgelehnt worden.

Die Südstadt zählt heute über 22 000 Einwohner, d. i. ein Viertel der ganzen Einwohnerschaft der Stadt Karlsruhe; sie glaubt daher schon aus diesem Grunde den Anspruch erheben zu dürfen, daß ihre Stimme nicht unbeachtet gelassen werde. Wenn sie jederzeit ihr redlich Teil zum allgemeinen Wohl beigetragen hat, wenn sie bei allgemeinen Anlässen, wie die Fasnachtsfrage vor zwei Jahren, ihre eigenen, ihr viel wichtiger dünkenden Interessen in selbstbewußter Opferwilligkeit in den Hintergrund gestellt hat, um das Gelingen der letzteren nicht zu gefährden, so glaubt sie jetzt, wo es ihre eigenen Lebensinteressen gilt, um so mehr auch von Stadt und Staat erwarten zu dürfen, daß sie zum wahrhaft allgemeinen Besten die Hand bieten zur Verwirklichung dieses der ganzen Stadt erspriesslichen Projectes.

Die Bürgergesellschaft der Südstadt, deren Aufgabe es ist, die Interessen dieses Stadtteils nach Kräften zu wahren, hat am 10. Febr. ihre Mitglieder zu einer vertraulichen Versammlung zusammenberufen und die Projekte besprochen. Sie sehr zahlreich aus allen Teilen der Südstadt besuchte Versammlung hat einstimmig anerkannt, daß die Erbauung eines Personenbahnhofs zwischen Lautersee und Weiertheimer Allee das für die

Gesamtheit wie für die Südstadt vorteilhafteste und einzig annehmbare Projekt ist und hat ebenso einstimmig beschlossen, die Verwirklichung desselben mit allen Mitteln zu betreiben.

Die Bürgergesellschaft der Südstadt gestattet sich daher, verehrl. Stadtrat eindringlich zu bitten, nur dieses Projekt gutheißen und ihm in richtiger Erkennung der wahren Interessen der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe zur Durchführung verhelfen zu wollen.

Zu weiteren bittet dieselbe, der hochwichtigen Angelegenheit eine derart beförderliche Behandlung wohlgeniestet angedeihen lassen zu wollen, daß die hohe Staatsregierung dem 3. Zt. tagenden Landtag noch eine bezügliche Vorlage machen und die Ausführung von letzterem in der jetzigen Tagung noch beschlossen werden kann.

Als Nachsatz hierzu wird uns von dem Vorstand noch bemerkt, daß die Bürgergesellschaft der Südstadt deshalb für eine Verlegung des Bahnhofes eingetreten ist, weil sie einmal die Höherlegung des Bahnhofes nicht wünscht, da sie insofern besser noch mehr von der Altstadt getrennt wäre, und das andere Projekt der Uebersiedlung selbstverständlich und hoffentlich in Uebereinstimmung mit einer großen Mehrzahl der hiesigen Bürgerchaft in jeder Weise bekämpft. Es ist auffallenderweise von einem Stadtbahnprojekt an stelle des jetzigen Landesgestütes an der Kuppurrerstraße kein Entwurf gemacht worden und wenn es den Technikern gelingen sollte, an dieser Stelle eine befriedigende Lösung zu finden, so wäre dies auch den Südstadtbewohnern recht. Für letztere existiert der Kampf hauptsächlich deshalb, damit sie endlich einmal von der Eisenbahn in sich selbst befreit werden und ihre über 22 000 zählenden Einwohner freie und ungehinderte Passage mit der Altstadt haben.

B.I.Z. 04.03.1898

Bis zur Eröffnung des neuen Bahnhofs 1913 am heutigen Standort beherrschte die Diskussion die Arbeit der Bürgervereine. Bemerkenswert ist, dass die parallele Verschiebung nach Süden im Generalbebauungsplan 1926 als Fehler für die Stadtentwicklung nach Süden bezeichnet und zwei Nord-Süd-Linien östlich und westlich des Stadtkerns der Vorzug gegeben wurde.

Die Gegner der Verlegung befürchteten vor allem Verluste im Handel und forderten eine Straßenbahn zum neuen Standort. Die Weststadt wünschte zusätzlich den 5-min-Takt ihrer Linie.

Über die Route vom Durlacher Tor aus waren sich Ost- und Altstadt jedoch nicht einig: Führung über die Kronenstraße mit Beseitigung des alten israelischen Friedhofs an der Kriegsstraße (Oststadt)

Der Bürgerverein der **Oststadt** hat sich in einer Eingabe an den Stadtrat gewandt, in welcher er nachsucht, es möchte die baldige Beseitigung der zunehmenden Verkehrsmißstände an der Kreuzung der Kronen- und Kriegstraße, welche nur durch die Entfernung des alten israelitischen Friedhofs gehoben werden können, herbeigeführt werden. Dem genannten Verein wird erwidert, daß der Stadtrat bestrebt sei, die besagten Mißstände thunlichst bald zu beseitigen. Zu diesem Behufe sei schon vor längerer Zeit bei der Großh. Staatsbehörde darum nachgesucht worden, die Genehmigung zur Zwangsenteignung des Geländes des alten israelitischen Friedhofs zu erhalten; ein Bescheid sei aber bis jetzt noch nicht ergangen. Die Eingabe wird dem Großh. Bezirksamt mit dem Erlauchen vorgelegt, auf Entschcheidung in der Sache bei der höheren Behörde hinzuwirken.

K.T. 27.11.1897

oder über die Kapellenstraße (Altstadt), was realisiert wurde. Der Friedhof mit den ‚ewigen‘ Grabstellen wurde dennoch aufgelöst. Im Band 8 des Stadtarchivs „Juden in Karlsruhe“ ist die Umbettung detailliert beschrieben.

Nur ein Jahr später waren mit Ausbruch des 1. Weltkriegs stadtteilbezogene Themen in den Zeitungen kein redaktionelles Thema mehr. Die

Bürgervereine fanden noch dankende Erwähnung in den Todesanzeigen der Opfer des Krieges und in den Listen von Spenden an das Rote Kreuz. Nicht zuletzt endete die Tätigkeit der Bürgervereine von Beiertheim, Rüppurr und Daxlanden ganz.

In den Folgejahren ließen der politische Umbruch zur Republik und die katastrophale Wirtschaftslage als Kriegsfolge kaum Träume bei den Bürgervereinen zu. In den Jahren der Hyperinflation 1922/23 mit Abschluss der Währungsreform am 15.11.1923 (1 Billion Papiermark wurden zu 1 Rentenmark getauscht) gab es andere Probleme als Bürgervereinsarbeit und –kooperation.

In der anlassbezogenen Zusammenarbeit einzelner Bürgervereine hat der Gedanke der Zusammenarbeit schon vor dem 1. Weltkrieg bestanden, was sicher nicht überraschend ist. So findet man unter dem Suchbegriff „Karlsruher Bürgervereine“ zwischen 1901 und 1917 in den Zeitungen 14 Treffer.

Aus dem Stadtkreis.

Die Bürgervereine der Stadt Karlsruhe haben in den letzten Tagen einen gemeinsamen Arbeitsausschuß gebildet, der die Aufgabe haben soll, die berechtigten Wünsche des Mittelstandes auf wirtschaftlichem und kommunalpolitischem Gebiete wieder mehr zur Geltung zu bringen. Die **Arbeitsgemeinschaft** besteht aus je drei Vertretern der neun verschiedenen Bürgervereine. Wie in der letzten Sitzung der neuen Arbeitsgemeinschaft, die ihre Vorstehenden selbst zu bestimmen hat, mitgeteilt wurde, sollen innerhalb dieser Bürgervertretung alle Fragen, die für die städtischen Umlagezahler von Bedeutung sind, behandelt werden, um so dem Bürgertum Gelegenheit zu geben, die verschiedenen Maßnahmen der Stadtverwaltung kennen zu lernen, ehe diese im Stadtparlament zu endgültigen Beschlüssen erhoben werden. Besonders freudig begrüßt wurde es, daß sich eine Anzahl von Stadtverordneten bereit erklärt haben, zur Mitarbeit innerhalb der **Arbeitsgemeinschaft**. Auf diese Weise soll nämlich eine engere Verbindung zwischen den Bürgervereinen und der Stadtverwaltung hergestellt und die Fühlung mit den verschiedenen politischen Parteien, aus deren Reihen die Stadtverordneten und Stadträte gewählt sind, aufrecht erhalten werden. In den Besprechungen herrichte allgemeine Einmütigkeit darüber, daß mit dem Zusammenschluß der Bürgervereine auf keinen Fall die Gründungsabsicht für eine sogen. Bürgerpartei verbunden sein dürfe, sondern lediglich das Bestreben, das Bürgertum mehr als bisher für die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Stadt im allgemeinen und den Ausbau und die Gestaltung der einzelnen Stadtteile im besonderen zu interessieren. Mit der Schaffung der **Arbeitsgemeinschaft** hofft man auch eine Neubewertung der einzelnen Bürgervereine zu erzielen. Es wurde als eine eigenartige Er-

D.W. 05.03.1892

Weitere Meldungen über den Bestand dieses Arbeitsausschusses waren nicht zu finden. Er scheint also die Anfänge nicht überdauert zu haben.

K.T. 23.07.1923

[illegible]

1925 beteiligen sich die **Bürgergesellschaft der Südstadt** und die **Bürgervereinigung der Weststadt** in der III. Gruppe am Festumzug der „Süd-deutschen Heimattage“. In dessen I. Gruppe liefen Vertretungen der Saardeutschen, aus besetzten und abgetretenen Gebieten. Die Kriegswunden wurden auch nach sieben Jahren noch offengehalten.

B.B. 11.06.1925

24

3. Gründung der AKB 1925

3.1 Gründung 1925

Ein erneuter Anlauf wurde 1925 unternommen, weil die Bürgervereine weiterhin die Notwendigkeit sahen, sich zu koordinieren, um auch stadtteilübergreifend ihre Interessen vertreten zu können. Zu einem Initiativtreffen wurde daher zum 16.07.1925 ins Hotel National eingeladen. Es wurde beschlossen, dass jeder Bürgerverein zwei Delegierte und einen Stellvertreter in die zu gründende Arbeitsgemeinschaft zu wählen hätte, die sich dann konstituieren könne. Initiative habe der Altstadtbürgerverein übernommen, so das K.T. vom 17.07.1925.

Am 06.08.1925 war es soweit: Die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine wurde in einer gut besuchten

Gründungsversammlung im Hotel National gebildet. Zugewogen waren sieben Bürgervereine: Altstadt, Oststadt, Südstadt, Weststadt, Rüppurr, Grünwinkel und Rintheim. Gewählt wurden:

K.T. 07.08.1925

1. Vors.	Heinrich Wilser, Bäckermeister	BV Altstadt
2. Vors.	Norbert Willet, Architekt	BV Altstadt
Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	BV Altstadt
Schriftführer	Karheinz Kögele, Blechnermeister	BG Südstadt
Geschäftsführer, Chefredakteur	Julius Beeser, Journalist	BV Altstadt

In der Südweststadt und Mühlburg sowie in den Vororten Beiertheim und Daxlanden sollten in den nächsten Wochen ebenfalls Bürgervereine ins Leben gerufen werden, so die B.P. am 08.08.1925.



Hotel National, Kriegsstr. 90-92

Die Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Bürgervereine
hat sich gestern abend in einer gut besuchten Vertreterversammlung der Bürgervereine im Saal des Hotels „National“ konstituiert. Es wur-

3.2 Erste stadtteilübergreifende Themen

Erste Themen waren bereits beim Initiativtreffen wie auch beim Gründungstreffen die **Theaterfrage**, die **Autotaxametertarife**, die **Technische Hochschule**, der **Indianerbrunnen** in der Südstadt und die **Wasserversorgung mit Kanalisation** in Rintheim.

Vor allem sollte sich die Arbeitsgemeinschaft mit der „leidigen Theaterfrage“ beschäftigen. Generell waren sich die Bürgervereine einig, dass so wie bisher nicht fortgewurstelt werden könne, so das K. T. vom 17.07.1925. Die Bürgerschaft, die das schwere Defizit zu tragen habe, könne mit Fug und Recht verlangen, dass die Volksmeinung in dieser wichtigen Theaterfrage reflektiert und nicht einfach über sie hinweg eine so folgenschwere finanzielle Entscheidung getroffen werde. Die AKB kümmerte sich aber auch um den Erhalt des bedrohten Landestheaters (K.T. 14.10.1925), weil *„es eine Schande für Karlsruhe wäre, wenn das Landestheater mit seiner traditionsreichen Vergangenheit eingehen würde“*, so der AKB-Vorsitzende Wilser.

Ein weiteres Thema waren die Autotaxametertarife, *„die in Karlsruhe so hoch seien wie in keiner anderen Stadt. Sogar gegenüber München sei Karlsruhe 2- bis 3-mal teurer.“* Die Auflösung von drei wichtigen Abteilungen



Indianerbrunnen von 1927
Stadtarchiv Karlsruhe 8 / Alben 41/64b

der Technischen Hochschule, nämlich Pharmazie, Tierarzneykunde und Landwirtschaft sei ein weiteres brisantes Thema. Der Bürgerverein Rintheim thematisierte die unhaltbaren Zustände bezüglich der Wasserversorgung und Kanalisation, *„die 20 Jahren nach der Eingliederung immer noch ungelöst seien“*. Der Südstadtbürgerverein beschwerte sich beim Initialtreffen über die unfreundliche Art und Weise, *„wie sich die Stadtverwaltung gegenüber dem Bürgerverein benähme“*. Streitpunkt war der Indianerbrunnen auf dem Werderplatz, der halbfertig ohne Kopfschmuck dastünde.

4. Die ersten Jahre der AKB 1925 bis 1933/34

4.1 Hauptsächliche Themen

Abgesehen von den ersten konkreten Themen (voriges Kapitel) hoffte die Arbeitsgemeinschaft in den nächsten Monaten auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eine ersprießliche Tätigkeit im Interesse des allgemeinen Wohls entfalten zu können, so die B.P. am 08.08.1925.

Bezüglich des schon beim Initiativtreffens angesprochenen Themas „Indianerbrunnen“ meldete VF am 28.10.1925, dass sich die Arbeitsgemeinschaft nicht weiter dafür einsetze, sondern die „Indianer-Gegner“ unterstützt hätte. Damit wäre das Thema von der Stadtverwaltung erst mal zurückgestellt worden. In den Annalen kann man nachlesen, dass der Indianerbrunnen zwar fertiggestellt wurde, aber erst 1927.

Weitere Themen, die die AKB stadtteilübergreifend schwerpunktmäßig verfolgte, waren unter anderem:

- Verkehrsverhältnisse zwischen Karlsruhe und Rüppurr (elektrische Straßenbahn, Albtalbahn), seit 1925, Eingabe an OB 1927
- Haltestelle Veilchenstraße zusammen mit Fa. Wolff&Sohn + elektrische Bogenlampen bis Tullastraße, Eingabe an OB 1925
- städtische Regiewirtschaft bzgl. Weinhandel 1925/26
- Fremdsprachenunterricht an Volksschulen 1926
- Weiterführung Amalienstraße, Sorge um den Nymphengarten 1928
- zu hohe Straßenkanalgebühren vor allem in den Vororten Rintheim und Rüppurr 1928/29
- Arbeitsbeginn der Bäcker 1929
- Beitreibung von Anlieger-Beiträgen durch die Stadtverwaltung 1929
- Erhalt der Badeplätze/Badeanstalten an der Alb 1930
- Gebäudesondersteuer 1931
- Strandbad Rappenwört 1931
- Sparhaushalt und Mitteleinsatz 1931
- englische oder heimische Kohle 1931
- Milchpreiserhöhung 1931/32/33
- Lastenabbau 1932
- erschütterungsfreie Straßen 1933

Neben dieser Auswahl wichtigster, stadtteilübergreifender Themen ist zu berichten, dass der AKB-Vorstand immer wieder bei einzelnen Bürgervereinen zu Besuch war und deren stadtteilspezifischen Themen unterstützt hat.

4.2 „Karlsruher Bürgerzeitung“

Bereits ein halbes Jahr später als die Gründung, zum 1. Februar 1926, startete die Arbeitsgemeinschaft die „Karlsruher Bürgerzeitung“ als ihr eigenes Organ, das wöchentlich erschien, zum Preis von 0,50 RM monatlich. Sie wurde in der Macklot'schen Firma, gegr. 1757, gedruckt. Chefredakteur war der AKB-Geschäftsführer Julius Beeser als einer der dienstältesten Journalisten in Baden. Die „Karlsruher Bürgerzeitung“ hatte schnell ihren Platz in der Presselandschaft gefunden und kam dadurch immer wieder in berechnete oder unberechnete Kritik und damit auch der Herausgeber AKB und die dahinterstehenden Bürgervereine. Nicht nur DF



berichtete 1927 mehrmals in kritischer Distanz über die Bürgerzeitung, warf ihr mal Unwahrheiten vor oder lobte mal, dass sie besser berichte als die Tagespresse. Bereits nach einem halben Jahr wird im B.B. vom 14.07.1926 berichtet, „dass die AKB bereits so kraftvoll aufgetreten sei, dass es zwischen Bürgerausschuss und Bürgervereinen Unstimmigkeiten gäbe und dass lebhaft Propaganda für die Bürgervereine gemacht werden würde, was durch die Existenz der Bürgerzeitung verstärkt werden würde. Ja, es wird behauptet, den Wünschen der Bürgervereine würde seitens des Rathauses mehr Beachtung geschenkt als den jahrelangen Bemühungen der Stadtverordneten“. Johann Friedrich Hanagarth löste 1929 Julius Beeser als Redaktionsleiter ab.

4.3 AKB und Neutralität

Um der „Zersplitterung der Wählermassen“ (B.P. 30.10.1926) entgegenzuwirken, haben zahlreiche Organisationen beschlossen, sich nicht mit einer Liste zu beteiligen, so auch die AKB. Das hielt aber den AKB-Vorsitzenden Heinrich Wilser nicht davon ab, bei den Gemeindewahlen als Spitzenkandidat einer sog. Wirtschaftsliste, die als Splitterpartei bezeichnet wurde, zu kandidieren. Laut einem Leserbeitrag trat der Schriftleiter der ‚Karlsruher Bürgerzeitung‘ als Vertrauensmann dieser Liste auf. (B.B. 07.11.1926). Bereits zur Generalversammlung im Januar 1927 leitete ein Interimsvorsitzender, Friedrich Krauß, die Versammlung, weil infolge der Gemeindewahl eine Änderung in der AKB-Leitung notwendig geworden war. Bei den Wahlen wurde er einstimmig zum Nachfolge-Vorsitzenden gewählt. Aus den Erfahrungen des Vorjahres gab sich die AKB eine Geschäftsordnung, durch die für alle Zukunft die absolute Neutralität der AKB gewahrt bleiben sollte (B.P. 24.01.1927).

4.4 Gesellschaftliche Großereignisse

Es wird von mehreren Veranstaltungen für die Bürgerschaft berichtet, die von oder mit der AKB durchgeführt wurden.

Ein großes **Bürgerfest** der Schützengesellschaft zusammen mit der AKB wurde am 13. Oktober 1926 veranstaltet.

Eine erstmalige Durchführung eines **Sommertagszugs**, wie sie in mehreren Städten in Baden und der Pfalz schon Tradition geworden waren, beschloss die AKB in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverein für den 6. Mai 1928. Als Vorläufer gab es jedes Jahr im Frühling



Aufruf AKB und Verkehrsverein B.B. 21.04.1928



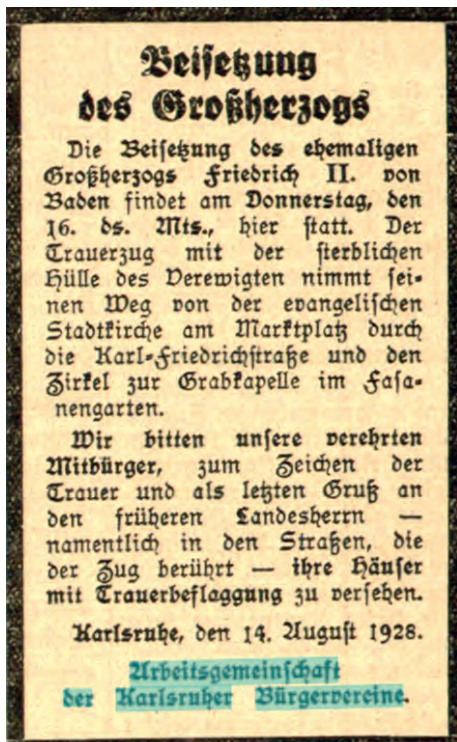
K.T. 07.05.1928



Sommertagsumzug: Riesenbrezel der Bäcker
B.P. 07.05.1928

im Stadtgarten ein Fest, bei dem die Kinder mit Stecken um den See zogen.

Für Mai 1928 war der Besuch des **Badischen Volksfestvereins** aus Neuyork (New York) geplant. Der in Nordamerika sehr angesehene Verein kündigte für den 2. Juni seinen Besuch an (K.T. 14.05.1928). Mit einem großen Programm für das Wochenende wurden die etwa 100 Gäste empfangen. Passend war, dass am 3. Juni der Festzug des 109er-Tages (Leibgrenadiere) stattfand, den die Gäste vom Balkon des Rathauses sehen konnten. Am Abend veranstalteten der Verein Badische Heimat und die AKB einen Begrüßungs- und Heimatabend in der Glashalle des Stadtgartens.

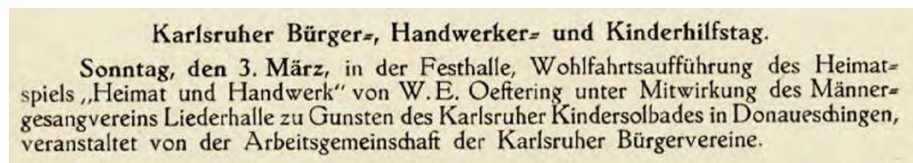


Die **Beisetzung des ehemaligen** B.B. 15.08.1928

Großherzogs Friedrich II. 1928 war von so großer Bedeutung, dass die AKB eigens eine Anzeige im B.B. und in der B.P., beide am 15.08.1928, mit der Aufforderung an die Mitbürger schaltete, ihre Häuser mit Trauerbeflaggung zu versehen.

Im Jahr 1928 wurde das **Lichtfest** aus der Taufe gehoben. Zusammengearbeitet haben dazu der Verkaufs-Werbe-Ausschuss, der Einzelhandel, der Verkehrsverein und die AKB. 1929 und 1930 wurde das Lichtfest zusammen mit dem Gartenbauamt wiederholt.

1929 veranstaltete die AKB am 3. März den **Karlsruher Bürger-, Handwerker- und Kinderhilfstag** in der Ausstellungshalle. Dabei wurde das Heimatspiel „Heimat und Handwerk“ – ein „zünftig“ Festspiel von Prof.



Karlsruher Wochenschau 1929 Heft 1

Dr. Oefftering – aufgeführt. Der Gedanke dahinter war, der Bürgerschaft zu zeigen, was Einigkeit und Zusammenschluss bedeutet. Das Heimatspiel sollte von den gesamten Bürgervereinen aufgeführt werden (K.T. 29.11.1928).



Badisch-Hessische Bürgerwehren und Milizen beim Zug durch die Kaiserstraße anlässlich des Badener Heimattags vom 11. bis 14. Juli 1930. Stadtarchiv 8/PBS VIIb 1/2

1930 fand trotz der sich weiter verschärfenden Weltwirtschaftskrise der Badener Heimattag statt, an dem die AKB mitwirkte. Dieses Welttreffen wurde auch „**Weltkongress der Badener**“ genannt. „Aus allen europäischen Ländern, vornehmlich aber dem nordamerikanischen Kontinent, seien von landsmannschaftlichen Vereinigungen und einzelnen badischen und deutschen Siedlern warmherzige, oft geradezu rührende Zusagen und Kundgebungen eingelaufen.“ (B.B. 25.05.1930) Allein aus Nordamerika hätten sich zehn landsmannschaftliche Vereinigungen angemeldet. Sogar in Paris habe man Fuß fassen können. An die Bürgervereine wurde der Appell gerichtet, für die Unterbringung der Gäste genügend Privatquartiere zur Verfügung zu stellen: „Die feierliche Einstellung der Einwohnerschaft müsse auch durch Schmückung und Beflaggung der Häuser zum Ausdruck kommen, ebenso durch festliche Aufmachung, Dekorierung und Beleuchtung der Schaufenster. Der Ruf der Stadt dürfe nicht durch Teilnahmslosigkeit gefährdet werden.“, so formulierte das B.B.

4.5 Die Not Anfang der 30er-Jahre

Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise 1929, ausgelöst durch den Börsencrash am 25.10.1929 (Schwarzer Freitag) sind die Zeiten in der Folge schwer in den 30er-Jahren. In der Generalversammlung am 21.01.1932 wurde aufgrund der Wirtschaftsnot und der unerträglichen öffentlichen Belastungen eine EntschlieÙung einstimmig angenommen, dass die öffentliche Hand den Bürgern nicht nur keine weiteren erhöhten Opfer mehr zumuten darf, sondern mit der Herabsetzung der öffentlichen Lasten endlich Ernst machen muss. (K.T. 24.01.1932)

„Wieder steht ein schwerer Winter vor der Tür“, so beginnt der Aufruf im B.B. vom 19.10.1932. Es hat sich eine **Notgemeinschaft** gebildet, um die

Eine alte Tradition sollte 1933 im Hinblick auf das badische Miliztreffen 1934 wieder zum Leben erweckt werden, und zwar die **Karlsruher Bürgerwehr**. Die einzelnen Bürgervereine sollten in ihren Stadtteilen geeignete Leute anwerben und mit Unterstützung die alten Uniformen beschaffen. (K.T. 07.09.1933)

Bis zum September 1933 kann man noch Zeitungsmeldungen finden, in denen ohne direkten Einfluss der NS-Politik bei AKB-Veranstaltungen berichtet wird (z. B. Thema West-Ost-Autobahn von Saarbrücken bis Salzburg, B.P. 16.09.1933).

Die NSDAP nutzte aber auch bekannterweise die Jahre zuvor, Kundgebungen zu konkreten Themen zu instrumentalisieren, zu polemisieren und zu primitiven parteipolitischen Zwecken zu missbrauchen, so dass im B.B. vom 30.03.1931 zu lesen ist, dass der Redner sich bei seiner Agitationsrede immer mehr „im parteipolitischen Sumpf verirrt“. Dabei handelte es sich um eine große Kundgebung zur Senkung der Gebäudesteuer, zu der alle maßgebenden Landesverbände und die AKB eingeladen hatten. Vorweg genommen sei hier die Begründung zur Auflösung der AKB 1936 wiedergegeben:

so DF vom 01.10.1935.



B.B. 19.10.1932

5. 1933 - Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft

Ernst Otto Bräunche

Sofort nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 31. Januar 1933 ließ Adolf Hitler den Reichstag auflösen und Neuwahlen für den 5. März 1933 festsetzen. Bei dieser verfehlte die NSDAP auch in Karlsruhe trotz massiver Propaganda und rigoroser Behinderung des gegnerischen Wahlkampfes die angestrebte absolute Mehrheit mit 45 % recht deutlich und kam nur mit Hilfe der rechtskonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) über die angestrebte 50 %-Hürde. Dennoch demonstrierten bereits am 6. März



Fackelzug der Anhänger der NSDAP vor der Hauptpost anlässlich der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Bildnachweis: Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA Bildstelle III 841

Hakenkreuzfahnen auf dem Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden, wer von nun an das Sagen hatte. Aufgrund des am 31. März 1933 erlassenen vorläufigen Gesetzes „zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ bildeten die neuen Machthaber Landtag, Bürgerrat und Stadtrat nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März um. Die sozialdemokratische Parteizeitung „Der Volksfreund“ und die Parteizeitung der KPD „Rote Fahne“ waren nun verboten, die anderen Karlsruher Zeitungen stellten nach und nach ihr Erscheinen ein. 1938 waren von einmal mehr als zehn Zeitungen nur noch die schon 1933 gleichgeschaltete „Badische Presse“ und die NSDAP-Gauzeitung „Der Führer“ übrig.

Der badische Landtag besiegelte am 9. Juni 1933 im Ständehaus durch seine Zustimmung zum badischen Ermächtigungsgesetz selbst seine endgültige Ausschaltung mit 48 Stimmen der NSDAP, des Zentrums und der DNVP gegen die verbliebenen gerade einmal 5 Stimmen der SPD. Deren führende Funktionsträger waren widerrechtlich in so genannte Schutzhaft genommen worden, sieben wurden in einer öffentlichen Schauhaft vor den Augen der Öffentlichkeit am 10. Mai 1933 in das Konzentrationslager Kislau gebracht, wo der langjährige badische Minister Ludwig Marum ein Jahr später ermordet wurde – das erste jüdische Todesopfer des NS-Terrorregimes. Bereits Mitte des Jahres 1933 hatten die Nationalsozialisten alle gegnerischen Parteien verboten oder diese hatten sich selbst aufgelöst – Deutschland war ein Einparteienstaat.

Auch mit der Gleichschaltung der Gesellschaft, die eine einheitliche Nation und Volksgemeinschaft unter der Führung Adolf Hitlers zum Ziel hatte, begannen die Nationalsozialisten unmittelbar nach der Märzwahl. Berufsständische und wirtschaftliche Verbände sowie die Vereine wurden davon erfasst. Schon bald nach der Machtübertragung auf die NSDAP beherrschte das Schlagwort Gleichschaltung auch die Berichterstattung in den verbliebenen Zeitungen über die zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlungen der Vereine.

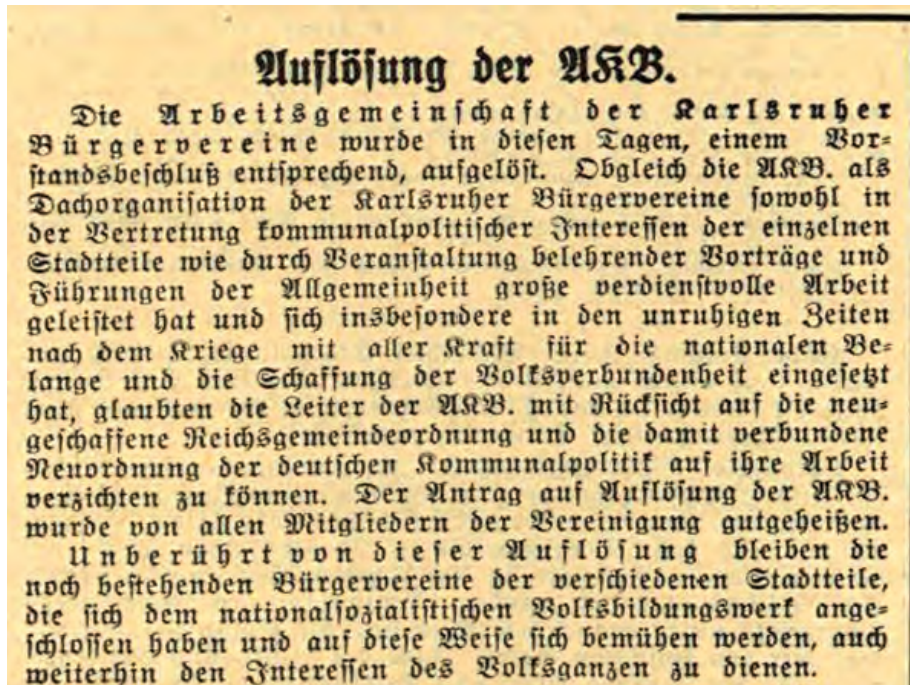
In Karlsruhe lösten die Nationalsozialisten bereits am 3. April 1933 alle sogenannten marxistischen Turn-, Sport- und Kulturvereine auf und beschlagnahmten deren Vermögen. Zu den betroffenen Vereinen gehörten u. a. der Arbeiterturn- und Sportklub, der Touristenverein „Die Naturfreunde“ und der Arbeiterathletenbund. Auch die Arbeitersängerbünde wurden aufgelöst, in Karlsruhe waren von den 1932 bestehenden insgesamt 74 Gesang- und Kirchenchorvereinen 19 Vereine betroffen. Viele Vereine schlossen nun, ohne dass es explizit angeordnet worden war, Juden aus. Als der zweimalige Deutsche Fußballmeister Julius Hirsch, einer von zwei deutschen Nationalspielern jüdischen Glaubens, erfuhr, dass der Karlsruher Fußballverein (KfV) wie der Lokalrivale FC Phönix, heute KSC, zu den Vereinen gehörte, die am 9. April 1933 den neuen NS-Machthabern eifertig versichert hatten, dass sie Juden ausschließen würden, kam er dem Ausschluss durch seinen Austritt zuvor. Hirsch wurde 1942 in Auschwitz ermordet.

Dass die **Bürgervereine** in dem nun von der nationalsozialistischen Ideologie dominierten Staat keinen Platz mehr hatten, lag auf der Hand. Bürgerinteressen vertrat ausschließlich die Partei und ihre Gliederungen.

Dennoch bestanden die Bürgervereine zunächst noch weiter, allerdings als gleichgeschaltete Vereine. Wie die Gleichschaltung in der Regel ablief, kann am Beispiel des Bürgervereins Oststadt nachvollzogen werden. Dieser hatte nur gut drei Wochen nach der Märzwahl im Gasthaus Krone in der Rintheimer Straße 2 am 29. März seine Mitgliederversammlung anberaumt. Der Vorsitzende, der Architekt Hermann Zelt, betonte zwar, dass der Bürgerverein politisch neutral zu sein habe, gedachte aber „der Wiedergeburt unseres Vaterlandes und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es uns gelingen möge, den gebührenden Platz unter den Völkern bald wieder zu erringen“. In „Anbetracht der Zeitverhältnisse“ trat der Vereinsvorstand geschlossen zurück, wurde aber anschließend gleich wiedergewählt (K.T. 12.04.1933). Der Bürgerverein war damit als erster Karlsruher Bürgerverein gleichgeschaltet. Im Laufe des Jahres folgten alle anderen Bürgervereine, neue Vorsitzende erhielten die Bürgervereine Alt- und Mittelstadt, Rüppurr, Weiherfeld und Weststadt. Ob und wieviel Druck ausgeübt wurde, lässt sich nicht belegen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine (AKB) bekam in der Generalversammlung am 11. Januar 1934 auch einen neuen Vorstand, der langjährige Vorsitzende Kaufmann Friedrich Krauß kandidierte offiziell wegen seiner beruflichen Belastung nicht mehr. Krauß hatte noch in der Vollversammlung im Dezember des Vorjahres angekündigt, dass die AKB bereit sei, „im positiven Sinne an der Neugliederung Deutschlands mitzuwirken“, und betont, dass sie „im Sinne der Volksgemeinschaft“ schon namhafte Beträge an das Winterhilfswerk gespendet habe. (K.T. 09.12.1933). Der Hinweis auf die Gleichschaltung fehlt zwar im Bericht der NS-Gauzeitung „Der Führer“. Die Bezeichnung der beiden neuen Vorsitzenden Architekt Gottfried Zinser, seit 1933 NSDAP-Mitglied, und Rektor i. R. Wilhelm Steinhauser als 1. und 2. Führer weisen aber darauf hin, dass die AKB in den neuen Verhältnisse angekommen war. Wie bei allen Gleichschaltungsverfahren war die Neubesetzung im Sinne der NS-Ideologie nach dem Führerprinzip erfolgt, d. h., die Mitgliederversammlungen konnten die Entscheidungen des Vorsitzenden bestenfalls noch zur Kenntnis nehmen. Zinser bestimmte deshalb nach seiner Wahl auch seinen Stellvertreter, den Rektor Hermann Steinhauser, und die anderen Vorstandsmitglieder. Mitte des Jahres 1934 wurde dann aber nur noch Steinhauser als alleiniger Führer der AKB genannt. In der Dezember-Versammlung der AKB stand eine Eingliederung der Bürgervereine in das NS-Bildungswerk zur Debatte, die im Januar 1935 vollzogen wurde. Die Bürgervereine firmierten nun als Bürgervereine im NS-Bildungswerk, allerdings nur noch kurze Zeit. 1937

wurden im Adressbuch der Stadt keine Bürgervereine mehr aufgeführt. Den Bürgerverein Südstadt verabschiedeten die Nationalsozialisten mit einer kurzen zynischen Meldung: „Mit dem Ende des Jahres [1936] löste sich der Bürgerverein der Südstadt in Wohlgefallen auf, wie man zutreffend sagen kann, denn er übergab ein nicht unbeträchtliches Vermögen den Veteranen der Arbeit im Altersheim, der August-Kayser-Stiftung. So sollte es jeder Verein verstehen, in Schönheit zu sterben, dessen Zeit abgelaufen ist.“ (DF 16.1.1937) Auch die AKB hatte sich 1936 aufgelöst. Angesichts der neuen Deutschen Gemeindeordnung von 1935 war der Vorstand der Meinung, auf die Arbeit der AKB „verzichten zu können“.



B.P. 28.01.1936

Innerhalb kürzester Zeit waren schon 1933 alle demokratischen Strukturen beseitigt, Staat und Gesellschaft ohne nennenswerten Widerstand der bürgerlichen Gesellschaftskreise und Parteien und auch ohne Widerstand der großen Kirchen gleichgeschaltet. Die öffentlichen widerrechtlichen Maßnahmen gegen politische Gegner und die jüdische Bevölkerung waren ohne größere Proteste hingenommen worden. Der Weg war frei für die Nationalsozialisten, der letztlich im Zweiten Weltkrieg und mit der Ermordung von Millionen europäischer Juden endete.

6. Vereinssituation nach dem Krieg und die Wiedergründung der AKB

6.1 Vereinssituation nach dem Krieg – Ernst Otto Bräunche

Die Besatzungsmächte hatten 1945 zunächst nur wenige Vereine wieder zugelassen, die nicht im Verdacht standen, im Sinne der NS-Ideologie zu handeln oder gehandelt zu haben. Ende 1945 waren sogar alle bis dahin wieder aktiven Sportvereine aufgelöst worden, die nun ein förmliches Wiederzulassungsverfahren durchlaufen mussten. Das Wiederzulassungsverfahren sah einen Antrag beim Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe vor, der diesen dann nach Prüfung an die Militärregierung zur Genehmigung weiterreichte. Ab Februar 1947 erfolgte die Genehmigung durch das Land Württemberg-Nordbaden.

Daher dauerte es bis 1947, bis als erster Bürgerverein derjenige der Weststadt wieder aktiv wurde und Ende Juli das traditionelle Lindenblütenfest auf

dem Gutenbergplatz organisierte. Weitere Bürgervereine entstanden: Bis zur Wiedergründung der AKB 1953 folgten dem Bürgerverein Weststadt acht weitere.

MILITÄRREGIERUNG — DEUTSCHLAND AMERIKANISCHE ZONE

Allgemeine Genehmigung Nr. 1 gemäß Ausführungsverordnung Nr. 1 zum Militärregierungsgesetz Nr. 2

Artikel 1

Gemäß Absatz 5 (b) der Ausführungsverordnung Nr. 1 zum Militärregierungsgesetz Nr. 2 wird hiermit eine allgemeine Genehmigung für solche Eintragungen in die entsprechenden öffentlichen Register erteilt, durch welche die Eröffnung, Errichtung oder Gründung eines kaufmännischen Einzelunternehmens, einer Offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft, oder einer sonstigen Handelsgesellschaft, einer Reederei, einer Genossenschaft, eines Vereines von Genossenschaften, eines Wirtschaftsverbandes (e.V.), eines eingetragenen Vereins oder einer sonstigen Organisation irgendwelcher Art beurkundet wird, vorausgesetzt, daß der Ministerpräsident des Landes die Eröffnung, Errichtung oder Gründung einer solchen oben angeführten Organisation gestattet hat.

Gazette of the Office of Military Government of Württemberg-Baden
27.02.1947

6.2 Die Wiedergründung der AKB

Ein erstes rudimentäres Treffen von drei Bürgervereinen auf Initiative von Friedrich Butz vom Bürgerverein Oststadt, zusammen mit dem Einwohnerverein Rintheim und der Bürgergesellschaft Südstadt, fand am 29.10.1952 in der Brauerei Wolf statt. Sie bildeten eine **Interessengemeinschaft Karlsruher Bürgergesellschaften**. Der Bürgerverein Weststadt wollte sich daran (noch) nicht beteiligen, bevor nicht in den anderen Stadtteilen Bürgervereine ins Leben gerufen wurden.

Laut einem internen Protokoll regte Oberbürgermeister Günther Klotz anlässlich einer Aussprache in der Oststadt an, (wieder) einen Zusammenschluss der Bürgervereine zu gründen, wie auch immer dieser Zusammenschluss heißen möge.² Dem stünde aber entgegen, dass es im Vergleich zur Vorkriegszeit, als es 14 Bürgervereine gab, aktuell zu wenig Bürgervereine gäbe, um an die AKB-Geschichte anzuknüpfen, auch aus Kostengründen. Regelmäßige Treffen der bestehenden Bürgervereine im Rahmen einer Interessengemeinschaft wären aber ein erster Schritt. Erforderlich wäre, die Wiedergründung von Bürgervereinen in anderen Stadtteilen anzuregen, so OB Klotz. Zeitgleich war es in Durlach Stadtamtsleiter Ritzert, der Überzeugungsarbeit leistete, den

Bildung einer Interessengemeinschaft der Karlsruher Bürgervereine

Vor einiger Zeit lud der Bürgerverein der Oststadt die Vertreter der z. Zt. bestehenden Bürgervereine zu einer Besprechung zum Zwecke der Bildung einer Gemeinschaft gleicher Interessen ein.

Bei einer zweiten Sitzung wurde eine Interessengemeinschaft mit folgendem Beschluß gebildet:

„Die Bürgergesellschaften beschließen gemeinsam eine Interessengemeinschaft. Es soll dies ein Vorbereiter einer künftigen Arbeitsgemeinschaft sein. Die Interessengemeinschaft trifft sich allmonatlich zur gemeinsamen Aussprache. Es muß versucht werden, die noch nicht gegründeten Bürgergesellschaften, die früher bestanden haben, ins Leben zu rufen, um dann die Arbeitsgemeinschaft zu gründen.“

Zweck und Ziel dieser künftigen Arbeitsgemeinschaft wird sein, die Belange der Gesamtbevölkerung zu vertreten und somit auch der Stadtverwaltung gegenüber als politisch und konfessionell ungebunden beratend zur Seite stehen zu können. Möge der Wunsch, der bei der Bildung der Interessengemeinschaft geäußert wurde, daß die ehemals bestanden Bürgervereine neu aufleben und sich ebenfalls dieser Interessengemeinschaft anschließen, bald Wirklichkeit werden. F.B.

AZ 05.11.1952

² Dass sich die Stadtverwaltung eine Bürgervertretung wünschte, geht bereits aus einem BNN-Artikel vom 04.10.1952 hervor. Dort wird berichtet, dass das kontrovers diskutierte Vorkaufsrecht der Stadtverwaltung mit einer zukünftigen Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Bürgervereine besprochen werden soll.

wieder gegründeten Gemeinde-Bürgerverein in der für alle Bürger offenen Bürgergemeinschaft Durlach und Aue aufgehen zu lassen (AZ 27.04.1953).

Einem weiteren internen Protokoll zufolge wurde zuvor eine Resolution von der Interessengemeinschaft Karlsruher Bürgervereine auf den Weg gebracht und von den bestehenden Bürgervereinen unterschrieben. Im Protokoll des Stadtrats vom 28.04.1953 heißt es, dass es inhaltlich darum gehe, dass die Interessengemeinschaft die alleinige Zuständigkeit als Vertretung der einzelnen Bürgervereine für sich beanspruche und die (offenbar als Konkurrenz wahrgenommene) Bürgergemeinschaft Karlsruhe e.V. ablehne. In der Resolution wird außerdem der Stadtrat aufgefordert, die bestehenden Bürgervereine als einzig zuständige Gesprächspartner für die Stadtverwaltung anzuerkennen. Dem stimmte der Stadtrat dann auch so zu. OB Klotz stellte fest, dass den positiven und aufbauwilligen Kräften in den Bürgervereinen Unterstützung gebühre und eben nicht der Bürgergemeinschaft Karlsruhe e.V. bzw. deren Vorsitzenden, „die absichtlich Unordnung in die Stadt brächten“. **Damit erkannten der Stadtrat und der OB die Bürgervereine und eine zu gründende Arbeitsgemeinschaft an.**

Am 05.05.1953 trafen sich schon neun Bürgervereine mit dem Ziel, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen, deren Hauptaufgabe es sein sollte, die Vertretung der Interessen der Gesamtbürgerschaft gegenüber der Stadtverwaltung wahrzunehmen (BNN 06.05.1953). Friedrich Butz wurde zum kommissarischen Vorsitzenden gewählt. Interessanterweise war bei diesem Treffen auch der Geschäftsführer der früheren AKB, Herr Arnet aus der Weststadt, anwesend.

AKB wählte Vorstand
Die vor kurzem gegründete Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB) wählte in ihrer Versammlung am Montagabend im „Goldenen Hirsch“ zu Beiertheim ihren Vorstand. Zum ersten Vorsitzenden wurde Fried-

BNN 12.05.1953

Am 11.05.1953 wählte die AKB Ihren Vorstand (BNN 12.05.1953):

1. Vors.	Friedrich Butz	BV Oststadt
2. Vors.	Emil Rotter	BV Südstadt
Kasse	Alfons Weber	BV Oststadt
Schriftführer	Gregor Dannenmaier	BV Südstadt
Geschäftsführer	Alfred Behnle	BV Rüppurr
4 Beisitzer	Eugen Schleifer (Rintheim), Theodor Hennecke (Südweststadt), Franz Schrittnner (Beiertheim), ein Vertreter aus Durlach	

Zeitnah lud OB Klotz zu einer Besprechung mit den Bürgervereinen bei einer Motorbootfahrt auf der „Friedrich Töpper“ für den 27.05.1953 ein. Im ausführlichen Artikel in der AZ vom 29.05.1953 mit

Karlsruher Bürgervereine auf dem Rhein

Gestern fand eine Rheinfahrt auf dem Hafenboot „Friedrich Töpper“ statt, an der auf Einladung der Stadtverwaltung die Vorstandsmitglieder der Karlsruher Bürgervereine teilnahmen.

AZ 28.05.1953

der Überschrift **„Gemeinsam allen Bürgern dienen“** wird hervorgehoben, dass in der besonderen Atmosphäre einer Rheinfahrt sich ergiebige Gespräche zwischen dem OB und den Vertretern der Bürgervereine über Fragen der künftigen Zusammenarbeit und die dringlichsten Wünsche der einzelnen Stadtteile entwickelten. Insbesondere die **Begrüßungsansprache** des OB ist erwähnenswert:

„Er hob hervor, dass die Stadtverwaltung bestrebt sei, alle gemeindlichen Probleme in engster Fühlung mit der Bürgerschaft und damit in demokratischer Weise zu lösen, wobei die Bürgervereine als Mittler zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung eine wichtige Rolle zu übernehmen hätten. Die Stadtverwaltung habe daher auch den Zusammenschluss der Karlsruher Bürgervereine zu einer Arbeitsgemeinschaft, die gewissermaßen ein Mandat der Bevölkerung habe, sehr begrüßt und werde die Arbeitsgemeinschaft künftig bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadtverwaltung anhören. Alle über die Bürgervereine an die Stadtverwaltung gelangenden Wünsche würden geprüft und wenn möglich auch verwirklicht.“

Die BNN vom Vortag (28.05.1953) wählte folgende Überschrift

„Stadtverwaltung - Dienerin der Bürgerschaft“

und führt aus, dass der OB die Bürgervereine als echte Gesprächspartner für die Stadtverwaltung ansehe. Er würde zukünftig die gegründete Arbeitsgemeinschaft gerne zu Rate ziehen, damit alle Planungen der Stadtverwaltung zum größtmöglichen Vorteil der Bürgerschaft durchgeführt werden könnten. Mit der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bürgervereinen werde das Beispiel einer lebendigen Demokratie gegeben.

Schon kurz nach der Gründung wurden in einem Brief der AKB vom 15.06.1953 an alle Bürgervereine, neben dem 1. Satzungsentwurf, Richtlinien vorgelegt, wie sich Bürgervereine zukünftig bzgl. Anträgen und Wünschen gegenüber den Behörden usw. zu verhalten haben und wie sich die Tätigkeit der AKB im Verhältnis zu Bürgervereinen gestalten soll:

Alle Aufgaben, welche über den Stadtteil eines Bürgervereins hinausgehen, müssen der AKB vorgelegt werden. Angelegenheiten, welche nur eine örtliche Bedeutung für den betreffenden Stadtteil haben, sollen von den Bürgervereinen selbst erledigt werden. ... Über die Tätigkeit der einzelnen Bürgervereine ist vierteljährlich zum 1.1., 1.4., 1.7., 1.10. der AKB ein kurzgehaltener Bericht vorzulegen. Diese wird dann einen zusammengefassten Bericht aus der Tätigkeit der Bürgervereine vierteljährlich der Presse zuleiten. Weiterhin wird gebeten, zum 1.7. d. J. den Mitgliederstand Ihres Bürgervereins mitzuteilen.
gez. Butz 1. Vors., Rotter 2. Vors., Behnle GF

Eine weitere Aussprache zwischen Stadt und Bürgervereinen gab es am 16.09.1953 im Haus Solms. In der AZ vom 17.09.1953 wird berichtet, dass die Bürgervereine als „Sprachrohr“ der gesamten Bevölkerung noch dahingehend zu problematisieren seien, solange noch nicht in jedem Stadtteil ein Bürgerverein gebildet sei: „Was im Namen aller gesprochen wird, ist eben noch nicht im Namen aller.“ Daher war ein Themenschwerpunkt die Gründung weiterer Bürgervereine. Trotzdem seien Aussprachen jetzt schon äußerst notwendig und erforderlich, wenn der Bürgersinn, wie immer wieder vom OB betont wurde, eine Realität werden soll. Thematisch ging es um die geplanten Kinderspielplätze der nächsten zwei Jahre. Dabei ging OB Klotz über die vorgebrachten Wünsche hinaus und sicherte zu, dass „auf jedem Spielplatz ein Hügel von 3-4 m errichtet werden solle, der im Winter zum Rodeln dienen könne“. Insgesamt hielt man fest, dass Karlsruhe die kinderfreundlichste Stadt der Bundesrepublik sei oder werden könne.

7. Die Rolle der Bürgervereine/AKB im Wandel der Zeit

7.1 Bürgervereine als Bürgervertretung

In den Jahren nach der NS-Diktatur war die **Einführung und Etablierung der Demokratie** sowie deren Verankerung in der Bevölkerung eine vorrangige Aufgabe. Noch vor der Verabschiedung der Gemeindeordnung 1956, deren Ziel es war, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu regeln und ihre demokratischen Strukturen zu sichern, war es der Politik, repräsentiert durch den Oberbürgermeister Günther Klotz und den Gemeinderat, wichtig, die Bevölkerung gut vertreten zu sehen. In der Form der Bürgervereine schien dies zu gelingen; ja, die Bürgervereine wurden geradezu als ein wichtiges Element der Demokratie akzeptiert und gefördert. Schon 1952 wurde seitens der Stadtverwaltung eine zukünftige Arbeitsgemeinschaft von Bürgervereinen „vorausgesehen“.

Sofort nach Gründung der AKB im Mai 1953 leitete OB Klotz in Absprache mit dem AKB-Vorsitzenden Friedrich Butz regelmäßige politische Austauschgespräche zwischen Stadtverwaltung und Bürgervereinen ein. Das begann noch im Gründungsmonat Mai mit einem Treffen in einem außergewöhnlichen Ambiente, nämlich bei einer Motorbootfahrt auf der „Friedrich Töpper“ am 27. Mai, um mit dem Stadtoberhaupt einschlägige kommunale Angelegenheiten zu erörtern. Bei dieser Veranstaltung „dankte der Vorsitzende des Weststadt-Bürgervereins Franz Luipold und bemerkte nicht ohne Humor, dass große Politik und bedeutsame Verträge meist auf hoher See gemacht werden“, so die BNN vom 28.05.1953.

Diese Form der **Arbeitstreffen** wurde fortgeführt mit weiteren Rheinfahrten am 21.10.1954, sowie im September 1957, wie die AZ berichtete. Auch in anderer, weniger aufwändigen Form wurden die regelmäßigen Gespräche Stadtverwaltung-Bürgervereine gepflegt. Sie fanden etwa alle zwei Jahre statt, so z. B. im Juni 1959 im Rathaus, sowie im November 1961 und im März 1964, wie die Recherchen im Stadtarchiv ergaben. Man traf sich auch jährlich auf Einladung des OB im Haus Solms, um die wichtigsten Wünsche der Bürger zu besprechen. Dies führte OB Klotz ein und behielt OB Otto Dullenkopf bei. OB Prof. Dr. Gerhard Seiler ging dazu über, bei Fahrten durch einzelne Stadtteile Probleme und neu Geschaffenes zu zeigen und das Für und Wider zu besprechen. Dort gemachte Vorschläge wurden ernst genommen und flossen in die Arbeit und Planung im Rathaus ein.

7.2 Standortbestimmung der Bürgervereine

Die Bürgervereine mussten sich allerdings erst einmal in ihre Rolle finden. Es gab auch Ängste und Befürchtungen. In einem Artikel der BNN vom 28.11.1953 wurde thematisiert, dass sich die Bürgervereine auf konkrete Dinge der Gemeindepolitik beschränken sollten, um Probleme gemeinsam zu lösen, und ihre Politik nicht gegen die Verwaltung gerichtet sein sollte. „Dabei gehöre es zur Demokratie, den gewählten Vertretern ein gewisses Maß an Vertrauen entgegen zu bringen“, so die BNN vom 28.11.1953 und sie titelte **„Bürgervereine sollen keine zweite Kammer sein“**.

Dass es in den ersten Jahren der Wiedergründung(en) für die AKB und damit auch für die Bürgervereine schwierig war, ihre Einordnung zu finden, zeigt sich auch bei einer solch vordergründigen Sache wie der Eintragung ins Adressbuch. In den 1960er-Jahren findet man die AKB dort nur unter ‚Heimat- und Trachtenvereine‘, erst ab 1968 jedoch sowohl unter ‚Heimat- und Trachtenvereine‘ als auch unter ‚Bürgervereine‘.



Adressbucheintrag 1964 – 1967

7.3 Vernetzungsversuche in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg hatten die Anstöße der amerikanischen Reeducation-Politik schnell zur Gründung von lokalen Bürgergemeinschaften geführt, die im Sinne einer Graswurzelbewegung den Aufbau der Demokratie unterstützen wollten. Anfang der 50er-Jahre schlossen sich diese Initiativen zu einer **Landesarbeitsgemeinschaft** zusammen, die den Auftrag haben sollte, demokratische politische Bildung aufzubauen und zu unterstützen. Im Leitbild dieser Arbeitsgemeinschaft von 1952 hieß es u. a.:

Zum Wesen der Demokratie gehört auch die Kritik. Es kann keine Demokratie geben ohne Opposition.“ Aus „Was heißt heute Kritische Politische Bildung? Benedikt Widmaier, Bernd Overwien (Hrsg.) Wochenschauverlag.

Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft war Kultusminister a. D. Dr. Bäuerle.

Im September 1953 schloss sich die AKB dieser Landesarbeitsgemeinschaft der Bürgergemeinschaften von Baden-Württemberg bei einer Arbeitstagung in Bretten an.

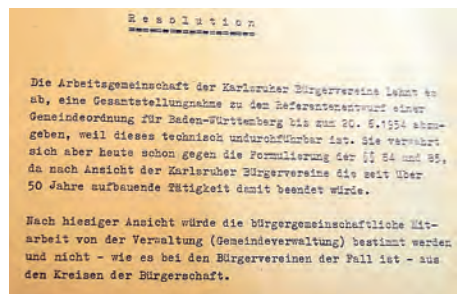
In der November-Sitzung der AKB 1953, zu der auch Bürgermeister Dr. Gutenkunst anwesend war, referierte der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Alfred Henschel. Seinen Ausführungen zu Zielen und Zweck der Landesarbeitsgemeinschaft schloss sich eine lebhafte Diskussion an, da Henschel immer nur die Bezeichnung „Bürgergemeinschaften“ gebrauchte, die in Karlsruhe für die nicht akzeptierte Bürgerververtretung stand, wie im vorigen Kapitel behandelt. Der Bürgermeister verwies darauf, dass es in Karlsruhe Bürgervereine gäbe und **keine parallele Bürgerververtretung** akzeptiert werden würde. Es ging also um mehr als nur Begrifflichkeiten. Weiterer kontroverser Punkt waren die Freien Wählervereinigungen, die im Lande wie politische Parteien zu betrachten seien. Interessant, in einem Artikel der BNN vom 28.11.1953 nachzulesen, dass es in Karlsruhe das Verdienst der Bürgervereine und der AKB gewesen sei, die Bildung von Freien Wählervereinigungen zu verhindern, so Bürgermeister Dr. Gutenkunst. Sie waren also in Karlsruhe nicht erwünscht.

Der Verbleib in der Landesarbeitsgemeinschaft wurde in den folgenden Jahren immer kritischer diskutiert, bis die AKB 1956 beschloss, aus der Landesarbeitsgemeinschaft auszutreten (Arbeitstagung der AKB am 04.12.1956). Das lag sicher auch an dem Sonderweg, den Karlsruhe mit dem Modell der Bürgervereine trotz neuer Gemeindeordnung eingeschlagen hatte.

7.4 Gemeindeordnung und Bürgervereine

Das Ziel einer Gemeindeordnung (GemO) ist die Regelung der Selbstverwaltung der Gemeinden und die Sicherung ihrer demokratischen Strukturen. Zweck der GemO ist es, die Rechte und Pflichten der Gemeinden, ihrer Organe und der Bürger zu definieren und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Land und Bund zu gewährleisten.

Mitte der 1950er-Jahre wurde eine **Gemeindeordnung** (GemO) für Baden-Württemberg vorbereitet. In einer **Resolution** vom 03.06.1954 erklärte die AKB, dass sie zum Re-



ferentenentwurf keine Gesamtstellungnahme abgeben könne. Sie verwahrte sich aber gegen Formulierungen in den §§ 84 und 85, die offensichtlich die Bürgervereinsarbeit behindern oder gar beenden würden. Die Verwaltung würde entsprechend dem Entwurf die bürgergemeinschaftliche Mitarbeit bestimmen und nicht mehr die Bürgerschaft direkt.

Bei der Verabschiedung der GemO zum 1. April 1956 rankte sich der Diskurs immer wieder um das Verhältnis Bürgerschaft und deren Vertretung. In der AKB-Vollversammlung im Mai 1956 waren die neue GemO und deren Möglichkeiten Schwerpunktthema. In der AZ vom 16.05.1956 wird berichtet, dass „OB Klotz den Bürgervereinen Zugeständnisse gemacht hätte wie kaum in einer anderen Stadt des Landes“ und weiter: „Die Ansicht, dass an Stelle der in der GemO vorgesehenen Bürgerausschüsse die Bürgervereine zu treten hätten, werde vom OB geteilt.“ Auch sei ein erster Bürgerentscheid probeweise in Vorbereitung, evtl. zu Rappenwört. Allerdings sei das Verhältnis zu den Parteien durch eine zunehmende Rivalität gekennzeichnet, die durch geschicktes Verhandeln der Bürgervereine zu vermeiden sein müsste.

Kommt es bald zum ersten Bürgerentscheid?

Bürgervereine an Stelle von Bürgerausschüssen — Arbeitsgemeinschaft
Karlsruher Bürgervereine tagte

AZ 16.05.1956

Es ging also immer wieder um die Frage, welchen Einfluss die Politik in einer repräsentativen Demokratie der Bürgergesellschaft zugesteht.

7.5 Neuer Vernetzungsversuch auf Bürgervereinsebene

In den **1980er-Jahren** gab es eine Initiative der **Arbeitsgemeinschaft Stuttgarter Bürgervereine**, alle Bürgervereine von Baden-Württemberg zu einem Gedankenaustausch einzuladen. 13 Städte mit Bürgervereinen wurden eingeladen. Zum Treffen am 25. September 1982 in Stuttgart kamen aber nur 12 Bürgervereine, davon 2 aus Karlsruhe. Die Aussprache zeigte, dass die Bürgervereine in den einzelnen Städten unterschiedlich ausgestaltet waren, da es zum Teil Bezirksbeiräte (Stuttgart, Mannheim) oder Mischformen aus Bürgerverein und Bezirksbeirat gab.

Ein nächstes Treffen, organisiert von der **Arbeitsgemeinschaft Freiburger Bürgervereine**, fand am 7. Mai 1983 in Freiburg statt. Das Treffen war mit einem gesellschaftlichen Rahmenprogramm angekündigt. Die Resonanz war jedoch sehr gering, obwohl 130 Organisationen angeschrieben

wurden: Der Einladung folgten nur 9 externe Teilnehmer aus 5 Städten. Weitere Treffen waren für 1984 in Karlsruhe und 1985 in Ulm vorgesehen. In den Akten findet sich aber kein Hinweis auf ein weiteres Treffen. Der Versuch der Vernetzung schlug wohl wegen zu unterschiedlicher Strukturen fehl.

7.6 Bürgerausschüsse / Bezirksbeiräte

Die Entscheidung zu **Bürgerausschüssen** bzw. **Bezirksbeiräten** von 1956 blieb nicht für alle Zeit unangefochten.

In der Amtszeit von OB Dullenkopf flammte die Diskussion um die Einführung von Bezirksverfassungen erneut auf. Nach den Eingemeindungen von sechs Nachbargemeinden zwischen 1972 und 1975 wollten die früher eingemeindeten Durlach, Knielingen, Grünwinkel und weitere auch eine Ortsverwaltung und damit ähnliche „demokratische“ Rechte bekommen wie die neu eingemeindeten Ortsteile. Um die Anzahl der Ortsverwaltungen zu begrenzen, sollten mehrere Stadtteile zu einem Bezirk zusammengefasst werden. In Summe waren neun Bezirke vorgesehen. Parallel dazu diskutierten die Bürgervereine über die Möglichkeiten, in verschiedenen Ausschüssen zumindest informatorisch gehört zu werden (Vollversammlung 28.11.1972).

In der Vollversammlung vom 17.01.1974 wurde von einer Besprechung des AKB-Vorsitzenden Dr. Karl-Heinz Hugenschmidt mit dem OB und Vertretern verschiedener Parteien berichtet. Dabei ging es um neue Aufgaben der Bürgervereine nach **Ablehnung der Bezirksbeiräte** durch den Gemeinderat. Der OB habe eingeräumt, dass die Zusammenarbeit Bürgervereine und Stadtverwaltung gut gewesen sei. Eine noch bessere Zusammenarbeit würde angestrebt werden, was in einer Resolution der AKB festgehalten wurde.

Einen weiteren Anlauf gab es 15 Jahre später: OB Seiler musste im Fall Durlach nachgeben, welche 1989 eine Ortschaftsverfassung erhielt.³ Nach dem Ende der Diskussion über weitere Ortschaftsräte beschloss der Gemeinderat, den Bürgervereinen und der AKB jährlich eine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, die zweckgebunden wurde. Gleichzeitig wies der OB alle Dezernate an, die Bürgervereine „rechtzeitig und verstärkt“ an städtischen Entscheidungen zu beteiligen, so ein internes

³ Die Stadtteile ohne Ortschaftsverfassung überwiegen nach wie vor: Über 75 % der Karlsruherinnen und Karlsruher wohnen dort und werden durch Bürgervereine vertreten. Nimmt man die Bürgervereine in Durlach und Neureut dazu, wohnt ca. 88 % der Bevölkerung in Stadtteilen mit Bürgervereinsvertretung.

Schreiben des AKB-Vorsitzenden Hugenschmidt vom 21.03.1989. Auch die Mitwirkung der Bürgervereine in Ausschüssen wurde wieder aufgegriffen.

Wenige Jahre später gab es nochmals die Diskussion um die Einführung von Bezirksbeiräten, die erst nach zwei Jahren heftigster politischer Debatten 1995 beendet war und den Bürgervereinen ihre Vertretungsrolle weiterhin zugestand. In diesem Zusammenhang wurde im Februar 1994 das Angebot des OB Seiler angenommen, Bürgerversammlungen in den Stadtteilen mit Bürgerverein und Stadtverwaltung durchzuführen. Am 05.07.1994 debattierte der Gemeinderat noch kontrovers über verschiedene Formen der Mitwirkung der Bürgervereine. Daher beschloss die Vollversammlung im März 1995, die Einführung von Bezirksbeiräten nicht zu akzeptieren. Sollte der Gemeinderat Bezirksbeiräte einführen wollen, würden die Bürgervereine ein Bürgerbegehren mit dem Ziel eines Bürgerentscheids anstreben.



BNN 18.10.1995

Neben starken juristischen und finanziellen Bedenken bei den jeweiligen Diskussionen zu Bezirksbeiräten in den 70er- und 90er-Jahren wurde infrage gestellt, ob denn alles (partei-) politisch dominiert werden müsse oder ob persönliche Verbindungen in den Bürgervereinen nicht ausreichen und sogar viel menschlicher sind, so wie es OB Seiler später einmal ausdrückte (OB-Schreiben an den AKB-Vorsitzenden Prof. Wolfgang Fritz vom 29.04.2013).

7.7 Ausbau der Mitwirkung der Bürgervereine

Nach Ablehnung der Bezirksbeiräte Mitte der 1990er-Jahre beschloss der Gemeinderat, die Bürgervereine noch mehr zu unterstützen und ihnen auch weitere Instrumente an die Hand zu geben, damit sie sich mehr und besser in den politischen Prozess einbringen können. Die Bürgervereine können seitdem zur Erfüllung einer effektiven Bürgervertretung folgende ihnen gebotenen Möglichkeiten nutzen:

- Bürgerversammlungen
- Kooperationsgespräche
- Mitwirkung der Bürgervereine in gemeinderätlichen Ausschüssen
- Informationsfahrten / Informationsveranstaltungen vor Ort

Nach intensiven Gesprächen mit der AKB unter ihrem Vorsitzenden Gerhard Herm bot der Oberbürgermeister an, dass **Bürgerversammlungen** in Regie der Bürgervereine mit städtischer Unterstützung durchgeführt werden können, alternativ zu Bürgerversammlungen nach § 20 a der GemO, bei denen die Stadt selbst Veranstalter ist und deren Durchführung vom Gemeinderat beschlossen wird (OB-Brief vom 18.09.1996). Es wurde auch fest zugesagt, dass die Stadt zu allen Formen von Bürgervereinsversammlungen Referenten schickt.

Am 28.01.2004 lud erster Bürgermeister (EBM) Siegfried König zu einem ersten Kooperationsgespräch ein. In der Vollversammlung vom 24.3.2004 wurde berichtet, dass die **Kooperationsgespräche** als Ergänzung zum Format „Forum Ehrenamt“ zu sehen seien und dass EBM König feststellte, dass die Arbeit der Bürgervereine bei der Stadt respektiert sei. Künftig wolle EBM König zweimal pro Jahr zu Kooperationsgesprächen einladen. BM Wolfram Jäger wolle die Kooperationsgesprächsreihe mit den Karlsruher Bürgervereinen fortsetzen (Kooperationsgespräch am 23.03.2010). Mit den Jahren dünnten sich die Termine für Kooperationsgespräche allerdings aus.

Bereits 1972 wurde in der Herbst-Vollversammlung über die Möglichkeiten debattiert, wie die Bürgervereine in verschiedenen Ausschüssen zumindest informatorisch gehört werden könnten. Ein Ansatz der Mitwirkung war wohl das Angebot des Stadtplanungsamtes (Prof. Martin), Spaziergänge durch die Stadtteile zu organisieren, was in der Herbst-Vollversammlung 1978 vorgestellt wurde. In der Frühjahrs-Vollversammlung 1989 wurde die Mitwirkung der Bürgervereine in Ausschüssen wieder aufgegriffen. In regelmäßigen Abständen wurde in der Politik und Verwaltung über die Form der Mitwirkung in den Ausschüssen diskutiert. Wenngleich die Mitwirkung in den Ausschüssen, insb. im Planungsausschuss, beschlossen wurde, wurde über die konkrete Organisation der Teilnahme von den Bürgervereinsvertretern immer wieder geklagt, so z. B. in der Herbst-Vollversammlung 2000: Sie müssten zu lange warten, bis ‚ihr‘ Tagesordnungspunkt aufgerufen werden würde. Eingeführte Abhilfen waren immer nur Krücken und jeder Ausschussvorsitzende führte neue Regelungen ein. Seit der Ära BM Daniel Fluhrer besteht eine zufriedenstellende Organisation der Mitwirkung. Die andere Form des Mitwirkens bei den periodischen Informationsfahrten des Oberbürgermeisters wurde vor einigen Jahren durch **Informationsveranstaltungen an zentralem Ort** abgelöst.

In den über 70 Jahren war es ein unermüdliches Bestreben, um die frühest mögliche Informationen bei Veränderungen und Neuplanungen zu bekommen.

7.8 Aktueller Stand der Mitwirkung der Bürgervereine

Einen vorerst letzten Anlauf zur Verbesserung der Mitwirkung der Bürgervereine hat die AKB mit dem derzeitigen Vorsitzenden Dr. Helmut Rempp 2017 unternommen. Die im Laufe des Jahres mit OB Dr. Frank Mentrup erarbeiteten Lösungsvorschläge wurden in der Herbst-Vollversammlung 2017 mit ihm und allen Bürgervereinen diskutiert.

- Eingangsbestätigungen und Zwischenbescheide auf Anfragen sollen Standard werden.

Der OB bat aber um Verständnis, dass dies oftmals durch Einbeziehung verschiedener Dezernate schwierig ist oder mitunter lange dauert.

- **Kooperationsgespräche** sollten wieder regelmäßig aufgenommen und mit dem neuen Dezernenten Dr. Albert Käuflein zweimal pro Jahr durchgeführt werden: ein Kleines Kooperationsgespräch mit dem AKB-Vorstand und ein Großes Kooperationsgespräch mit allen Bürgervereinen.
- Vorabinfos an die Bürgervereine über Bauvorhaben oder geplante Änderungen werden zugesagt, sind aber erst dann möglich, wenn in der Verwaltung eine gewisse Bearbeitungsstufe erreicht ist.
- Der AKB wurde bei den Gemeinderatssitzungen ein **fester Sitz** in der ersten Reihe am Medienvertreterisch auf der Empore zugewiesen.

Der Forderung, eine weitere Rubrik für Bürgervereine auf Beschlussvorlagen und ähnlichen Formularen, wie für Ortschaftsräte, einzuführen, dass diese einzubeziehen sind, konnte nicht entsprochen werden. OB Mentrup versprach aber, die Ämter dahingehend im Sinne eines kulturellen Wandels zu sensibilisieren, wann Bürgervereine zu kontaktieren sind.

Bei der Mitwirkung im Planungsausschuss gibt es seit 2020 eine zufriedenstellende Organisation der Mitwirkung: Bürgervereine werden zu „ihrem“ TOP eingeladen, dürfen aber bereits zu Beginn der Ausschusssitzung daran teilnehmen und müssen nicht mehr außerhalb warten, bis sie (u. U. nicht rechtzeitig) aufgerufen werden. Die AKB hat das Recht, an der gesamten Sitzung teilzunehmen. Rederecht wird nur in Ausnahmefällen erteilt. Da die Unterlagen rechtzeitig im Vorfeld zur Verfügung stehen, können schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden.

8. Gesellschaftliches Leben, Tradition und Kultur

Die AKB hatte von Anbeginn an immer einen ganzheitlichen Ansatz und verfolgte nicht nur die Vertretung der Stadtteile bei politischen Themen. So war die AKB 1954 offen, als sie vom OB angefragt wurde, ob die Bürgervereine (BV) bei einem **Kinderfest** im Stadtgarten am 25.05.1954 mitwirken würden (Brief der AKB an die BVe vom 05.05.1954). 1966 engagierte sich die AKB mit einer großen **Spendenaktion** für körperbehinderte und spastisch gelähmte Kinder (30.12.1966).

In den letzten Jahren unterstützte die AKB durch Spenden: die Bahnhofsmission, die Karlsruher Vesperkirche, die Karlsruher Singschule Cantus Juvenum, den Förderverein zur Unterstützung der onkologischen Abteilung der Kinderklinik Karlsruhe e.V. und das Frauenhaus. Allein im Coronajahr 2020 spendeten die AKB und die BVe zusammen 21.000 € aus ihren Vereinsbeiträgen.

Bei der zentralen Feier zum **Volksstrauertag** auf dem Hauptfriedhof ist die AKB von Beginn an eine der Organisationen, die die Opfer der Kriege mit dem Niederlegen eines Kranzes ehrt.

Im Rahmen der Haushaltsstabilisierung 2016 hat sich die AKB u. a. für die Beibehaltung von **Christbäumen** in den Stadtteilen und der Christbaumbeleuchtung auf den (Stadtteil-) Friedhöfen eingesetzt,

„da diese zu unserem kulturellen Erbe gehören. Vor allem in Zeiten der Integration ausländischer Kulturen dürfen wir unsere Symbole nicht aufgeben.“,

so der Einspruch der AKB vom 20.04.2016 an den Gemeinderat. Christbäume und Beleuchtung blieben erhalten.



Spendenaktion der AKB für körperbehinderte und spastisch gelähmte Kinder. Stadtarchiv A13_200_1_13

8.1 Vom Rosenball zum Bürgerball

Zwei Jahre nach der Wiedergründung der AKB fand am 26.05.1955 eine Arbeitssitzung der BVe, wie die späteren Vollversammlungen (VV) zunächst genannt wurden, in Rüppurr statt. Nach dem Tätigkeitsbericht folgte nur ein Tagesordnungspunkt: „Rosenball der Karlsruher Bürgervereine“. In der Einladung hieß es:

„Es ist gelungen, mit dem Rosenball eine Veranstaltung aufzuziehen, die ein gesellschaftliches Ereignis in Karlsruhe zu werden verspricht. Für die Vorbereitungen hat sich ein Ehrenausschuss gebildet, dem neben dem Herrn Oberbürgermeister als Schirmherr die Stadträte Dr. Siegfried Kühn, Dr. Hermann Kessler, Karl Konz (Direktor des Arbeitsamts), Walter Wäldle als Leiter des Stadtjugendausschusses, Friedrich Butz als 1. Vors. der AKB und des BV der Oststadt, Franz Luipold als 1. Vors. des BV der Weststadt und Emil Rotter als 1. Vors. der Bürgergesellschaft Südstadt sowie Ada Kögele für „Frau in der Gemeinde“, angehörten.

Als Gäste sind neben der Bürgerschaft die Repräsentanten der Stadt Karlsruhe, Minister, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und Stadträte anwesend. Hieraus ersehen Sie, dass die Organisation dieser Veranstaltung bis ins Kleinste klappen muss, was an sich eine Selbstverständlichkeit ist, jedoch nur erreicht werden kann, wenn sämtliche Bürgervereine mitarbeiten. Von der Auswirkung dieser Veranstaltung dürfte auch vieles für die künftige Entwicklung der Bürgervereine massgebend sein.“

Mit der Schwarzwaldhalle war 1953 ein attraktiver Veranstaltungsort entstanden und in den angebotsarmen Nachkriegsjahren war dies eine **AKB-Veranstaltung**, die *„als ein gesellschaftliches Ereignis die Verbundenheit der Repräsentanten der Stadt Karlsruhe mit der Bürgerschaft zum Ausdruck bringen soll.“*, so die Mitteilung des Bürgermeisteramtes am 16.06.1955. Erwünschter Nebeneffekt war, dass zum Neustart der AKB und der BVe sich diese ins Gespräch bringen und in der Stadtgesellschaft bekannt machen konnten. Eine Abrechnung des 2. Balls nannte 2.242 verkaufte Karten. Es spielte immerhin das damals sehr bekannte Tanzorchester Karl Pfortner. Und doch war ein Jahr später zu lesen: *„Der Rosenball soll in diesem Jahr ein echter Ball werden“*. Die Ausschmückung der Halle übernahmen das Gartenbauamt und das Badische Staatstheater. Ein erster Höhepunkt war der 5-jährige Jubiläumsball 1959 mit einem einstündigen Vorprogramm durch das Badische Staatstheater. In den Folgejahren wurde immer wieder von der AKB bei den BVen um ein werbendes Mitwirken gebeten. 1962 wird der Stadtjugendausschuss als Mitveranstalter genannt, weil das Publikum überwiegend jugendlich war. Ab 1966 erhielt jeder BV 50 Eintrittskarten von der Stadtverwaltung, um diese zu verkaufen. 1967 fand der Rosenball anlässlich der Bundesgartenschau in der Schwarzwaldhalle und im Stadtgarten als Bürgerball statt. Dies lässt auf ein nachlassendes Interesse in der Bevölkerung an der AKB-Veranstaltung schließen, zumal der 1963 ins Leben gerufene Luftwaffenball ihr den gesellschaftlichen Rang ablief. Anfang der 70er-Jahre kam dann das Ende.

Doch es gab nochmals eine Wiederkehr ab 1978 als **Bürgerball**, veranstaltet von einem Kuratorium. Den Vorsitz hatte Stadtrat Günther Rüssel und Mitinitiatoren waren Stadträtin Gerlinde Hämmerle, spätere Regierungspräsidentin, und Uli Lange, späterer Begründer von „Festival der guten Taten“, sowie Wolfgang D. Eberlein von den BNN. Die AKB wurde Mitglied im Ku-



Rosenball 1970,
Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA Schlesiger
A19/21/6/21 Rosenball 1970

ratorium. Bereits 1994 wendete sich der AKB-Vorsitzende Karlheinz Hügenschmidt an die BVe: „In der Presse wurde Ende letzten Jahres darauf hingewiesen, daß wegen sinkender Besucherzahlen dem „Bürgerball“ das Ende droht.“ Er nannte als Apell die Erlöse der bisherigen 17 Bürgerbälle mit DM 576.453, die an soziale Einrichtungen ausgeschüttet wurden. Doch auch in den Folgejahren ging außerhalb der Tanzsportclubs in Karlsruhe der Lauf der Zeit über den Ball als gesellschaftliches Ereignis hinweg. 2003 kamen noch rund 500 Besucher zu Tony Marschall als Stargast unddas Aus. Im Protokoll der zuvor stattfindenden AKB-Frühjahrs-VV 2003 befand sich noch die Terminankündigung, geholfen hat es nicht.

8.2 Jungbürgerfeier

Im Jahr 1963 erschien das Buch „Das neue Antlitz einer alten Residenz – 10 Jahre Jungbürgerfeier in Karlsruhe 1954-1963“. Demnach war die Jungbürgerfeier ein dokumentarwürdiges Ereignis in der Stadt, auch wenn sich in der Stadtchronik dazu nichts finden lässt. Getragen wurde die Feier von der „Arbeitsgemeinschaft Jungbürgerfeier“, bei der den in diesem Jahr volljährig Gewordenen der „Bürgerbrief“, vielfach vom Oberbürgermeister, überreicht wurde. In der AG waren unter der Federführung des Stadtjugendausschusses Karlsruhe die Vereine „Ring Politischer Jugend Karlsruhe“, **„Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine“** und „Überparteiliche Frauengruppe Karlsruhe“, von Luise Riegger 1946 gegründet, vereint.

Die Bedeutung der Jungbürgerfeier bis zu ihrer Überführung 1975 in ein **Jungbürgerfest** zeigen zum einen ein Brief des Vorsitzenden Walther Wäldele, Gründer des Stadtjugendausschusses und späterer Erster Bürgermeister, an die BVe, zum anderen ein Blick auf die Namen einiger Festredner.



Jungbürgerfeier 1969 mit OB Dullenkopf, Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA A17/121/5/26

1959 hatten 2.000 Jugendliche des Geburtsjahrgangs

1938 die Teilnahme zugesagt, weshalb die BVe ersucht wurden, Personen zum Überreichen der Urkunden zu benennen. Im gleichen Jahr hielt Kurt Georg Kiesinger, der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und spätere Bundeskanzler, die Festansprache. Er reihte sich damit ein zwischen den Bundesministern des Inneren Gerhard Schröder 1956 und Hermann Höcherl 1962. 1968 sprach Bruno Heck als Bundesminister für Familien und Jugend. Es verwundert daher nicht, dass in Lebensrückblicken die Jungbürgerfeier Erwähnung findet: so durch Ursula Villhauer 2012 bei ihrem Abschied von den Hagsfelder Werkstätten, als sie Behinderte in den Räumen des Oberkirchenrats mit Sozialbürgermeister Norbert Vöhringer zur Feier begleitet hatte. Aber auch Ingeborg Niekrawitz schrieb 2024 im Residenz Journal des „Wohnstift Karlsruhe“: *„1956 wurde ich dazu in die Schwarzwaldhalle eingeladen. Am Ende des Festes bekamen wir eine Urkunde, die uns als Bürger von Karlsruhe auswies, und dazu das Grundgesetz. Außerdem wurde uns eine Broschüre des Statistischen Amtes Karlsruhe, die viele Zahlen und Daten über die Stadt enthielt, überreicht“.*

1974 endete das Volljährigkeitsalter von 21 Jahre. Es wurde auf 18 Jahre herabgesetzt und der Veranstaltungsmodus angepasst.

8.3 Bundesgartenschau

In der Erinnerung an die Bundesgartenschau 1967 verfasste der AKB-Vorstand im Februar 2003 die folgende Resolution:

„Der Vorstand der AKB unterstützt eine Bewerbung der Stadt Karlsruhe für die Bundesgartenschau 2015. Der finanzielle Rahmen sollte jedoch in einem angemessenen Verhältnis zu anderen Ausgaben der Stadt stehen. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung CITY 2015 sind zu berücksichtigen

mit dem Ziel, eine bessere Wohnqualität für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Karlsruhe zu erreichen.“

Die **Bundesgartenschau 1967** hatte die zentralen Grünbereiche der Stadt, Stadtgarten, Nymphengarten und Schlossgarten, nachhaltig verändert. „Damit entstand zugleich eine die Stadt in Nord-Südrichtung querende Grünverbindung vom Oberwald bis in den Hardtwald“, wird das Freiraumkonzept 1967 beschrieben. Nach der Zeit des Wiederaufbaus hatten nicht nur die Karlsruher die Qualität des Grünen im Stadtgebiet entdeckt und so kamen knapp 6,4 Millionen Besucher auf das Gartenschauelände. Die Bürgervereine betei-



Medaille zur Bundesgartenschau 1967. Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA Schlesiger A/13/188/7/34



BVe schmücken Hauptbahnhof, Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA, Schlesiger A14/108/7/13

tigten sich beim Blumenschmuck am Hauptbahnhof zur Begrüßung der auswärtigen Gäste. Auf dem Bild ist die Vorsitzende des BV Bulach, Stadträtin Grete Vogt, beim Bepflanzen der Blumenschalen zu sehen. Nachdem die trennende Straße zwischen Zoo und Stadtgarten durch eine Brücke ersetzt worden war, konnte die **AKB** zusammen mit den BVen Anfang Juli zu einem

großen **Bürgerfest** mit Feuerwerk einladen – und die Karlsruher kamen in großer Zahl, nun in den Zoologischen Stadtgarten. Auch der Schlossgarten verwandelte sich von einem Teil des Hardtwaldes in einen englischen Landschaftsgarten mit viel Freiraum.

An diesen Erfolg sollte beim 300. Stadtgeburtstag 2015 mit einer **Bürgergartenschau** (Büga) angeknüpft werden. Der Leiter des Gartenbauamts Horst Schmitt stellte das Konzept in der AKB-VV 11/2005 vor. War 1967 die Nord-Süd-Richtung gestaltet worden, so sollte es jetzt die West-Ost-Richtung sein:



Bürgerfest mit Feuerwerk, Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA Schlesiger A14a/71/3/1

vom Landschaftspark Rhein über das Beiertheimer Feld zum Ostaeupark. Gleichzeitig begann das Erstellen eines „Masterplan 2015“ durch die Stadt. 2005 waren in einer Analysephase 12 Handlungsfelder entstanden. Anfang 2006 wurden diese in einer Zukunftskonferenz mit Bürgern diskutiert. Es folgten Ämterworkshops, eine Gemeinderatsklausur und eine weitere Bürgerkonferenz als Abschluss am 23.09.2006. In den 12 Handlungsfeldern war eine Büga nicht zu finden. Grüne Schwerpunkte lagen bei „Schönster Zoologischer Stadtgarten Süddeutschlands“ und der „Stadt am Rhein“. Im Dezember 2006 unternahm der AKB-Vorstand nochmals den Versuch, Themen im Masterplankonzept mit einer Bundesgartenschau zu verbinden, und stellte dies in der VV im März vor. Überzeugt werden, konnten die versammelten BVe nicht, „es gibt in Karlsruhe genügend andere Probleme“. Die Idee der Grünraumvernetzung aber lebte weiter, zuletzt im Freiraumentwicklungsplan 2017.

8.4 Draisinenrennen

Die italienische Stadt Siena sollte anlässlich des Stadtgeburtstags 2002 Vorbild für Karlsruhe werden, zumindest im Wettstreit der Stadtteile untereinander. Während in Siena der Wettstreit hoch zu Ross als „Palio“ ausgetragen wird und als Tradition bis ins Mittelalter zurückreicht, sollte in Karlsruhe der Wettstreit mit historischen Laufrädern ausgetragen werden, also mit nachgebauten Draisinen des Karl Friedrich Freiherr Drais von Sauerbronn, jenes berühmten Sohnes der Fächerstadt, der am 29. April 1785 in Mühlburg geboren wurde und den Vorgänger des Fahrrads erfand. Es ging um die Ehre, mit einer Miniaturdraisine für ein Jahr den Wanderpokal des OBs für seinen Stadtteil zu gewinnen. Die Radsportgemeinschaft Karlsruhe (RSG), die AKB und Höfel EVENT GmbH waren die Veranstalter dieses Laufradrennens um den Drais-Pokal. Die Idee geht auf den Vorsitzenden des RSG, Heinz Vogel, zurück.

Die Rennorganisation sah jedes Jahr zunächst mehrere Vorläufe und Zwischenläufe am ersten Tag sowie einen Hoffnungslauf und ein Prominentenrennen am zweiten Tag vor. Höhepunkt war zum Abschluss der Hauptlauf als **Wettstreit der BVe** der Stadtteile. Es waren zwei Runden pro Lauf vorgegeben.

Jeweils am vorangehenden Wochenende bestand beim Waldheim (Gustav-Jacob-Hütte) Gelegenheit zu einem Probetraining auf der Linkenheimer Allee.



Am Start des BV-Rennens 2005: v.l. Peter Cernoch, Reimund Horzel, Ralf Zielosko

Die Rennen fanden immer zum Stadtgeburtstagsfest statt: 2002 – 2007 auf dem Friedrichsplatz und 2008 letztmals mit aktiver Beteiligung der AKB auf dem Bahnhofsplatz. Danach kam es zwischen den Organisationen zu Unstimmigkeiten. 2009 übernahm das Stadtmarketing das Draisinenrennen mit neuem Konzept. Das Rennen sollte kein Spaßrennen mehr sein, sondern eine sportliche Veranstaltung. Da der Wettstreit auf den Holznachbauten nicht mehr möglich war, wurden neue Laufmaschinen in Zusammenarbeit mit der Hochschule Karlsruhe, Höfel Event, dem Schulamt Karlsruhe und der RSG entwickelt. Unter den neuen Bedingungen wurde das organisatorische Mitwirken am Draisinenrennen 2010 von den BVen einstimmig abgelehnt.

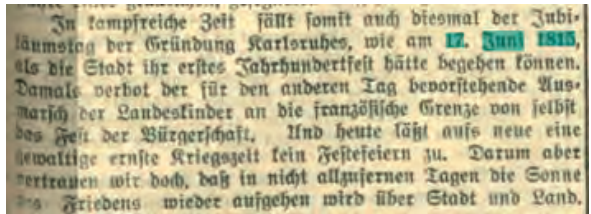
8.5 Stadtjubiläum 2015

Bereits 2010 begannen die Vorbereitungen zum 300. Geburtstag der Stadt Karlsruhe am 17. Juni 2015. Gegründet wurde ein „**Forum Stadtjubiläum 2015**“, zu dem die **Bürgervereine** eingeladen waren, um zusammen mit dem Stadtmarketing das Jubiläumskonzept in einem Ideenwettbewerb und mit Stadtteilbeiträgen auf den Weg zu bringen. Recht schnell stand

fest: Es sollte mit einem 15-wöchigen Festival im Schlossgarten gefeiert werden. „Der Festivalsommer muss mit einem Knaller starten und muss auch mit einem Knaller enden“, hieß es damals vom amtierenden Oberbürgermeister Heinz Fenrich.

Auch wenn schon die Jubiläen zu 250 Jahre und 275 Jahre Anlass für Festlichkeiten waren, so zeigt ein Blick in die Geschichte, dass die beiden 100er-Jubiläen kriegs-

bedingt ausfielen. 1815 befand sich Europa im letzten der „Napoleonischen Kriege“. Die Großherzoglich-Badische Staatszeitung berichtete am 21.06.1815, dass



B.P. 17.06.1915

Fürst Blücher am 16. Juni auf dem Weg war, General Wellington zu Hilfe zu kommen, und dass die entscheidende Schlacht von Waterloo am 18. Juni begann. 100 Jahre später befand sich das Kaiserreich im 1. Weltkrieg. Zwei Tage vor dem Jubiläum fielen Bomben von französischen Fliegern auf die unvorbereitete Stadt. Der Angriff mit 11 Toten hatte eine empörte Resonanz in der nationalen Presse.

Da lag es in Friedenszeiten nahe, die 300 Jahre mit einem fröhlichen und bunten **Bürgerfest** zu feiern. Bereits am 28. Januar 2010 wurden in einem 1. Forum mit Vertretern der BVe in drei Workshops Themen gesammelt, auch für die Testläufe 2011 und 2013. Im April 2012 folgte ein 2. Forum mit der Ankündigung, u. a. über das Konzept von Stadtteilprojekten zu informieren und in Gruppen die Ideen weiterzuentwickeln. Im Juni verabschiedete der Gemeinderat dann das Gesamtkonzept und einen Monat nach dem 3. Forum am 5. November stellte das Stadtmarketing mit dessen Leiter Norbert Käthler das Konzept der Stadtteilprojekte sowie den geplanten Flyer im AKB-Vorstand vor. Das Sitzungsprotokoll vermerkt: „Es wurde über die entscheidenden Gremien (Anm.: zur Auswahl der Projekte) diskutiert. Das sind die BVe und in Stadtteilen mit Ortschaftsräten die Ortschaftsräte. Unterstützung durch das Stadtmarketing ist zugesagt. Zwischenzeitlich wurde der Text des Flyers nach unseren Vorschlägen korrigiert.“

Mit Beginn 2013 kam das Thema „Stadtgeburtstag 2015“ immer wieder auf die Tagesordnung im AKB-Vorstand. Am 24.07.2013 wurden ausführlich die Durchführung der Stadtteilkonzepte besprochen und erste Stadtteilideen vorgestellt. Die Idee, parallel einen Stadtteilwettbewerb zur Umstellung auf regenerative Energien mit einer finanziellen Belohnung durch die Stadtwerke an den besten Stadtteil durchzuführen, wurde wieder ver-

STADTGEBURTSTAG KARLSRUHE 2015



STADTTEILPROJEKTE

worfen. Im September wurde berichtet, dass bis zum 01.11. die Vorentscheidungen zur Auswahl der Projekte von den BVen getroffen werden sollten. Doch bestand noch große Unsicherheit über die finanzielle Unterstützung.

In der Oktobersitzung wurde dann bekannt, dass jeder Stadtteil 2 € pro Einwohner zur Verfügung bekomme. Die finanzielle Abwicklung lag bei den BVen. Am 19.02.2014 wurden die ausgewählten Projektträger vom Stadtmarketing eingeladen. Damit begann für diese der Formalismus mit den unterschiedlichsten vertraglichen Regelungen und Finanzplänen, wobei insbesondere die Haftungsfrage weiter unklar war. Es kam gar der Gedanke auf, einen „(Absicherungs-)Verein“ zu gründen. OB Dr. Frank Mentrup dachte an die AKB, was jedoch die Satzung ausschloss. Der AKB-Vorsitzende Prof. Fritz schlug einen Trägerverein vor, entwarf die Satzung und gründete zusammen mit dem Vorstandsmitglied Hans-Peter Köppel den Verein mit. Köppel begann später im Ansprechbüro des Stadtmarketings für die Stadtteilprojekte mitzuarbeiten.

Am 14.04.2014 wurde der Verein „**Stadtteilprojekte KA 300 e.V.**“ gegründet, an dem auch die **AKB** beteiligt war. Der Verein wurde Haftungsträger und Finanzsteuerer. Der OB erklärte die Projekte als „im gesamtstädtischen Interesse“, so dass die städtischen Ämter einfacher beteiligt werden

konnten. Die BVe selbst regelten in einer Kooperationsvereinbarung mit den Projektträgern die finanzielle Zuteilung. Über die Projekte selbst - 89 Projekte waren von den BVen und Ortverwaltungen geplant - wurde in der AKB-VV am 12.11.2014 berichtet. Das Jubiläumsjahr konnte kommen.



Bürgerpavillon im Schlossgarten,
Foto: ONUK

Die lange Vorbereitungszeit hatte sich indes gelohnt: Karlsruhe erlebte einen einzigartigen **Festivalsommer vom 17. Juni bis 24. September 2015** mit der Europäischen Jonglier-Convention (bereits ein Vorschlag des BV Südweststadt zum Stadtgeburtstag 2011), 300 Tage Globale im ZKM, Stadtleuchten am 19. September, dem 2001 begonnenen Draisinenrennen – jetzt auf Hightech-Draisinen, der Eröffnung des „Garten der Religionen“ im City-Park der Südstadt und vielem mehr, aber auch mit Veranstaltungen, wie den **Stadtteilduellen**, die von den BVen organisiert wurden. Sie fanden im Schlossgarten und seinem besonders markanten Pavillon statt, dessen Holzbalken noch heute als Sitzbänke verarbeitet in den Grünanlagen der Stadt stehen.

Bereits im März starteten die ersten Projekte in den Stadtteilen und setzten sich Monat für Monat bis zum Oktober fort. Auch hier entstand Bleibendes wie der erste Wäscherinnen-Lauf in Bulach, eine Dorflinde in der Nordweststadt, die Krähen in Grünwinkel, die Edelroststahlskulptur „Rintheimer Sandhasen“ von Andres Helmling, der Bücherschank auf dem Leopoldplatz in der Innenstadt-West, Ergebnisse dreier Gymnasien auf der Spurensuche zum Nationalsozialismus in der Weststadt oder das Buch „Bilder.Erzählen.Geschichte“ über Geschichte und Leben in Weiherfeld-Dammerstock. Am 16.09.2015 war in der AKB-Vorstandssitzung das Fazit kurz und knapp: „Die Stadtteilprojekte liefen sehr gut.“ Der Evaluationsbericht des Stadtmarketings vermeldete nach einer Umfrage für die Stadtteilprojekte 70.373 Besucher sowie eine Besucherquote von ca. 21 % und damit Platz 4 aller zur Wahl stehenden Veranstaltungen.

Geblieben vom Festivalsommer 300 Jahre Karlsruhe ist auch die mit großem Abstand von 80 % meist besuchte Veranstaltung: die „Schlosslichtspiele“, wo, nach der Idee von Prof. Peter Waibel, dem damaligen Leiter des ZKM, von Künstlern gestaltete Licht- und Videoprojektionen auf der Fassade des Schlosses gezeigt werden.



Schlosslichtspiele
copyright FrankBaudy@seidenstopper.de

8.6 Fußball

Um sich nicht immer nur in der politischen Arena zu messen, wählten die BVe 2008 den Fußballplatz als Austragungsort und forderten die Politik und die Stadtverwaltung heraus. Initiiert wurde die Idee vom 2. Vorsitzenden der AKB, Richard Haller. Ausgetragen wurde das Fußballspiel als ein Benefizspiel zu Gunsten des integrativen Theaterprojektes des Sandkorntheaters „Die Sp!nner!“, und der „Lebenshilfe Karlsruhe, Ettlingen und Umgebung“ im Rahmen der „Special Olympics National Summer Games“. Austragungsort: SV Ka-Beiertheim.

Am 18. Juni 2008 traten an: eine **Auswahl der Stadtverwaltung und des Gemeinderats der Stadt Karlsruhe** und eine **Auswahl der „Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB)“**. Schirmherr war Bürgermeister Harald Denecken.

Pünktlich piffte der ehemalige Bundesligaschiedsrichter Hans Fux das 60-minütige Spiel an. In der achten Spielminute erzielte Daniel Weinkötz für die AKB bereits das erste Tor. Zehn Minuten später erfolgte der Ausgleich durch Wolfgang Barnick, Fahrer von BM Harald Denecken. Zwei Minuten vor der Halbzeit ging die AKB wieder durch Daniel Weinkötz in Führung. „Das ist die Rache, weil sie ihre Anträge nicht schnell genug bearbeiten“, wird eine spöttische Zuschauerstimme kolportiert.

Kurz nach Anpfiff zur zweiten Halbzeit erzielte in der 34. Minute erneut Wolfgang Barnick den Ausgleich, der auch danach die Grundlage zur 4:2 Führung mit zwei wunder-



Rathaus-Elf gelb-rot gegen AKB grün-schwarz



Rathaus-Elf gelb-rot gegen AKB grün-schwarz
Foto: Donnecker

schönen Kopfballtoren legte. In der 57. Minute erzielte Philipp Bohner für die AKB ein wunderbar heraus gespieltes Tor. Das Spiel endete somit mit 4:3 für die Rathaus-Elf, die einen deutlich höheren Altersdurchschnitt aufwies. Die Zuschauer erlebten ein Spiel auf hohem Niveau, fair und freundschaftlich.

8.7 Blumenschmuckwettbewerb

Der jährliche Blumenschmuckwettbewerb hat eine lange Tradition und begann mit einer Versammlung der Mitglieder des Karlsruher Gartenbauvereins am 25.02.1904. Der Verein wurde 1873 gegründet, der Vorsitzende war der Hofgardendirektor.

Das Patronat hatte Prinzessin Max, so bezeichnet wurde Maria-Luise von Hannover und Cumberland als Ehefrau vom letzten Reichkanzler Max von Baden. Vorbild für die Initiative war der Blumenschmuck bei verschiedenen großherzoglichen öffentlichen Feiern. Am 24.11. berichtete die B.L.Z. von der Preisverleihung mit 24-mal 1. Preisen, die aus einer Zimmerpflanze bestanden, gestiftet vom „Verein selbständiger Handelsgärtner“, sowie 2. und 3. Preisen. Der „Stadtrat der Residenz Karlsruhe“ hat mit 150 M die gemeinnützige Initiative gefördert.

Der Wettbewerb wurde jährlich fortgesetzt. Das K.T. warb am 25.05.1928 für die Teilnahme und der letzte Hinweis vor dem 2. Weltkrieg fand sich in der B.P. am 24. 05.1939.

Die Verschönerung unserer Residenz bei dieser Tage der Vorstand des Karlsruher Gartenbauvereins sich zum Ziele gesetzt, auf die tatkräftige Mitwirkung der Bewohner hoffend.

Wer erinnert sich nicht mit Freuden des herrlichen Bildes, das die Stadt in den Jubiläumstagen unseres Großherzogs bot, da die Straßen im Blumenschmuck prangten und von jedem Fenster, von jedem Balkone herab frohe Blütenfarben grüßten. Das freudige Gelingen Aller auf jede Anregung war ein berechtigt Zeugnis dafür, daß ein für Schönheit empfänglicher Sinn den Bewohnern inne wohnt und daß es nur einer zielbewußten Anregung und Führung bedarf, um jene kurze Prachtentfaltung zu einer dauernden zu machen. Sie erreichte damals die herrliche Kreise unseres großen Landesfürsten und seiner Gemahlin, aber auch Aller, die durch die Straßen zogen, Einheimischer und Fremder. — Andere Städte sind in diesem Sinne bereits vorgegangen. Berlin, Hannover, Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt präsentieren sich zur Sommerzeit in einem herrlichen Blumenflor. Karlsruhe mit seinen langen, geraden Straßen hat mehr wie jede andere Stadt Veranlassung, die Eintönigkeit der Häuserfluchten zu beleben, und die Möglichkeit, ein wirklich schönes Bild zu gestalten. — Die Ausführung des Gedankens beruht auf dem Grundsatz, daß viel Wenig ein Bild gibt. Es handelt sich nur darum, daß dem Einzelnen mit Rat und Tat, bezüglich der pflanzlichen und wirtschaftlichen Vorarbeiten, der billigen Beschaffung der Gefäße an die Hand gegangen wird; daß will der Gartenbauverein unter Führung seines sachverständigen Vorstandes tun, es handelt sich aber auch darum, daß der Einzelne den Anregungen desselben, ein freundliches Entgegenkommen zeigt.

K.T. 06.03.1904



BNN 09.05.1950

BNN im Mai berichteten. Das Motto des Wettbewerbs, an dessen Durchführung der Verkehrsverein großes Interesse hatte, lautete: **„Karlsruhe, die Stadt in Grün und Blumen!“**. Der Gartenbauverein ergänzte 1953

seinen Namen mit „Gesellschaft der Blumenfreunde“, um sich dann 1956 ganz umzubenennen. Im „Fächerblick“ der Bürgerhefte berichtete der AKB-Vorsitzende Fritz 2006, dass 1963 das Gartenbauamt der Stadt die Federführung übernommen hätte und von den **Bürgervereinen** unterstützt würde. Der Wettbewerb hatte sich auf über 4.000 Teilnehmer entwickelt. Die AKB lud am 29.03.1968 die Vorsitzenden der BVe zu einer Besprechung über die zukünftige Ausgestaltung des Wettbewerbs ein, zusammen mit dem Regierungspräsidium und dem Gartenbauamt.

Die Auswahl der Preisträger traf eine Kommission nach dem Besuch der Wohnorte. Der Kommission gehörten seit 1969 (Einladung von Gartenbaudirektor Robert Mürb vom 12.06.) in den einzelnen Stadtteilen Vertreter des jeweiligen BV an, die jährlich von der AKB gesucht wurden. Dennoch steht der Wettbewerb im Blickfeld der städtischen Finanzen. So schrieb 1976

OB Otto Dullenkopf: *„... unseren personellen und finanziellen Aufwand ... mit der angespannten Haushaltslage der Stadt in Einklang zu bringen. Eine stärkere finanzielle Beteiligung Ihrerseits (Anm.: der Bürgervereine) ist dabei*

sehr wünschenswert. Ohne ... hätte dies in der Praxis eine wesentliche Reduzierung der Preise, verbunden mit einer Verkleinerung der Abschlußveranstaltung zur Folge“. Aus Spargründen findet der Wettbewerb seit

Erneut ergriff 1950 der Karlsruher Gartenbauverein die Initiative zur Wiederbelebung, wie die AZ und



Gartenbauamtsleiter Georg Zwirner und Preisträgerin Agathe Rheinbold, Okt. 1961
Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA
Schlesiger A8/74/2/52

Ferner hat der Herr Oberbürgermeister wegen einer finanziellen Beteiligung der einzelnen Bürgervereine an uns folgendes geschrieben:

„In diesem Zusammenhang sind Überlegungen notwendig, unseren personellen und finanziellen Aufwand einerseits und den Beitrag der mitveranstaltenden Träger des Blumenschmuck-Wettbewerbs andererseits mit der angespannten Haushaltslage der Stadt in Einklang zu bringen. Eine stärkere finanzielle Beteiligung Ihrerseits ist dabei sehr wünschenswert. Ohne eine erhöhte finanzielle Unterstützung durch die Mitträger ist die Stadt Karlsruhe künftig nicht mehr in der Lage den Blumenschmuck-Wettbewerb im bisherigen Rahmen weiterzuführen. Dies hätte in der Praxis eine wesentliche Reduzierung der Preise, verbunden mit einer Verkleinerung der Abschlußveranstaltung zur Folge.“

AKB-Brief 04.08.1976

2004 daher nur noch alle zwei Jahre im Wechsel mit dem „Hinterhofwettbewerb“ statt, bei dem nur ein Mitglied der AKB der Bewertungskommission angehört.



Wolfgang-Fritz-Medaille

Für den Vorsitzenden Fritz hatte der Blumenschmuckwettbewerb immer einen besonderen Stellenwert. Nach seinem Tod 2016 beschloss der AKB-Vorstand nach der Idee des 2. Vors. Jürgen Sickinge jährlich eine „**Wolfgang-Fritz-Medaille**“ im

Rahmen des Hinterhofwettbewerbs, des Blumenschmuckwettbewerbs und des diesen 2019 ablösenden Wettbewerbs „Gartenträume“ an den Teilnehmer mit einem besonders qualitätsvollen Beitrag zu verleihen. Der erste Preisträger war 2017 die Familie Mark aus der Weststadt für den nicht alltäglichen Blumenschmuck auf dem Balkon und vor den Fenstern im 3. Stock eines Eckgebäudes.



Verleihung der Wolfgang-Fritz-Medaille durch Jürgen Sickinge, 18.11.2017

8.8 Stolpersteine gegen das Vergessen und zur Ehrung der NS-Opfer

Die Einweihung des beeindruckend gestalteten „Mahnmal für die ermordeten Juden in Europa“ in Berlin erfolgte 2005: Ein Denkmal für Juden oder jüdisch abstammende Menschen, die, nachdem der Plan der Vertreibung aufgegeben wurde, ab 1941 systematisch vom rechtsradikalen nationalistischen NS-Regimes im Holocaust ermordet wurden. Diese Menschen entsprachen nicht dem Bild vom mitteleuropäisch arischen Idealmenschen. Ihr Vermögen wurde zur Kriegsfinanzierung benötigt. Schon 10 Jahre zuvor war es mit Gunter Demnig ebenfalls ein Künstler, der in Köln begann, das Gedenken deutschlandweit in die Städte und Gemeinden zu tragen. Unter dem Namen „**Stolpersteine**“ sind die

quadratischen Metallplatten auf Pflastersteinen, eingemauert in die Gehwege vor den Wohnungen oder Arbeitsstätten der Opfer, bekannt. Dabei verlegte Gunter Demnig bis auf wenige Ausnahmen (Tiefbauamt, OV Grötzingen) die Stolpersteine als künstlerische Aktion persönlich. Die Daten zu den Personen wurden ihm vorgeschlagen. Die ersten Steine in Karlsruhe verlegte er am 18.03.2005 in fünf Straßen. Die so gewürdigte Zahl an NS-Opfern stieg über die Jahre auf über 300 an. Der neueste Stein kam 2024 hinzu. Das Gedenken ist nicht auf die jüdischen Einwohner Karlsruhes beschränkt. Geehrt werden auch die ermordeten Politiker und Gegner des NS-Regimes, insbesondere von SPD und KPD, aber auch die in Grafeneck 1940 in einer Gaskammer getöteten Behinderten, die Verstorbenen infolge von KZ-Haft, Angehörige von Sinti und Roma sowie Verfolgte, die den Freitod wählten. Berührend sind die von Schülern ermittelten Lebensläufe der NS-Opfer - vom bürgerlichen Leben in den gewaltsamen Tod.



In Karlsruhe bildete sich eine Koordinierungsgruppe unter dem Dach des „**Fördervereins Karlsruher Stadtgeschichte**“, an der Hans-Peter Köppel vom AKB-Vorstand mitwirkte. Er brachte das Thema, und die Tatsache, dass Sponsoren gesucht werden, ins Blickfeld der **AKB**. Daraufhin wurde 2011 vom Vorstand beschlossen, zwei Steine zu finanzieren und an die BVe den Vorschlag heranzutragen, dies gleichfalls für Steine in ihrem Stadtteil zu tun. Dem Vorstand wurden der BV Altstadt, die BG Südstadt, der BV Daxlanden und der BV Weststadt als Sponsoren zurückgemeldet. Bedauerlicherweise gibt es bei den Organisatoren kein Verzeichnis einer Zuordnung.

9. Kommunalpolitische Themen

9.1 Verkehr

Gleich zu Beginn nach der Wiedergründung der AKB war eines der Schwerpunktthemen „Verkehr und Lärmschutz“. Eine ernsthafte Forderung in den 50er-Jahren war, die Höchstgeschwindigkeit im Stadtgebiet auf 40 km/h zu begrenzen. Auch das Thema „Fahrradwege“ war schon früh auf der Tagesordnung.

9.1.1 Von der autogerechten zur menschengerechten Stadt

Nach dem Leitbild der autogerechten Stadt in den 1960/70er Jahren (Hans Bernhard Reichow, 1959) erfolgte langsam ein Umdenken in Richtung einer menschengerechten Stadt, in der das motorisierte Fahrzeug nicht mehr im Mittelpunkt steht, sondern der öffentliche Raum nach und nach neu aufgeteilt wird.

Dazu gehören:

- Ausweitung von Fußgängerbereichen
- Ausbau der Radwege
- Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs

Gehwegparken

Zur Ausweitung der Fußgängerbereiche gehört nicht nur die Einrichtung von Fußgängerzonen, sondern auch die Neuordnung des öffentlichen Raums für die einzelnen Verkehrsteilnehmer. Anfang der 2010er-Jahre wurde der Fokus verstärkt auf den ruhenden Verkehr, sprich parkende Motorfahrzeuge im knappen Straßenraum gerichtet. Die Abkehr vom bisher geduldeten, aber verbotenen Gehwegparken war schon 2012 im mit Bürgerbeteiligung erstellten Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Karlsruhe enthalten. Auch das Verkehrsministerium forderte die Städte auf, das ungeregelte Gehwegparken aufzugeben. Tatsache war, dass nicht nur die Straßen zugeparkt waren, sondern die Gehwege wegen zu geringer Fahrbahnbreite mitbenutzt wurden, was auch in Karlsruhe geduldet wurde. Fußgänger „durften“ den verbliebenen Raum nutzen. Im Fächerblick Heft 1/2014 stellte der AKB-Vorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Fritz die Situation dar und beschrieb, wie die Stadtverwaltung von der „Karlsruher Lösung“ wegkommen und einen klaren, auf der Straßenverkehrsordnung

(StVO) basierenden Umgang mit dem ruhenden Verkehr im öffentlichen Straßenraum anstreben wolle. Fritz war noch der Meinung, dass in engen zentrumsnahen Stadtvierteln oder engen dörflichen Stadtteilen durch entsprechende Markierungen oder Mischflächen nur wenige Parkplätze wegfallen würden. Auf jeden Fall hatte der Planungsausschuss das Konzept für den zukünftigen Umgang mit dem Gehwegparken bereits mehrheitlich unterstützt und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt.

Anfang 2016 wurde begonnen, die neue Parkpolitik Stadtteil für Stadtteil umzusetzen, mit der ursprünglichen Planung, die Umstellung im Jahr 2016 durchzuführen und ab 2017 gebührenpflichtig zu verwarnen (BNN 12.04.2016). Die **Bürgervereine** wurden von Anfang an einbezogen und sollten die Umstellung maßgeblich mit umsetzen, was diese ablehnten,

damit der erwartete Unmut in der Bevölkerung nicht auf ihnen abgeladen wird. Die BVe in guter Kenntnis ihrer Stadtteile sagten aber voraus, dass die Umstellung 2 - 3 Jahre dauern würde, was sich als realistische Einschätzung herausstellte. Die BVe wirkten mit vielen Vorschlägen und kritischer Begleitung an der Umsetzung im Interesse



OB Mentrup beim Pressetermin am 18.12.2018
Bildrechte: Thomas Riedel

ihres Stadtteils mit, nachdem die Stadtverwaltung erkannt hatte, dass Plan und Wirklichkeit verschieden sein können, immer wieder flankierend unterstützt von der AKB. Auch am Ende des Umstellungsprozesses Anfang 2019 musste sich die AKB nochmals einschalten. Da die Stadt die versprochene Übergangszeit, in der noch keine gebührenpflichtige Verwarnung ausgesprochen werden sollte, nicht einhielt, wandte sich die AKB nochmals an OB Mentrup und forderte eine angemessene Übergangszeit ein. Aufgrund von schlecht funktionierenden Parkzonen wurde auch in den Folgejahren noch nachgebessert. Nicht zu vergessen ist, dass in den Randbezirken in der Folge Grünflächen auf den Grundstücken zu Parkflächen umgewandelt wurden.

Engagement für das Fahrradfahren

Das Fahrradfahren gehört mit der Person Karl Drais zur DNA von Karlsruhe. Dennoch wurde die Stadt, spätestens mit dem Generalbebauungsplan 1926, wo in rund 100 Seiten der Begriff „Fahrrad“ nur einmal (Stellplätze beim geplanten Strandbad Rappenwört) genannt ist, im Straßennetz zur autogerechten Stadt ausgebaut. Dabei wurde schon 1907 geklagt, dass auf den Radwegen im Hardtwald Fußgänger, gar mit Kinderwagen, unterwegs seien. Eine Folge

Unter dem Vorsitz von Dr. Formann (Karlsruhe) tagte in Karlsruhe der Gesamtvorstand des Vereins „zur Schaffung von **Fahrradwegen**“. Alle an dieser Sache interessierten Kreise wie **Fahrrad- und Autohändler, Automobil- und Motorradfahrer, Polizeidirektion,**

VF 31.03.1931

der Planungen von 1926 war wohl die Gründung des „Verein zur Schaffung von Radwegen“. Dass Radwege in den Jahren entstanden sind, zeigt eine Glosse in der K.n.Z vom 27.09.1948 über die Benutzungskontrollen der Polizei.

Die **AKB** und die **BVe** wurden 1974 mit dem Thema befasst, als ein konzipiertes Radwegnetz noch vor der Detailplanung mit diesen in der Herbst-VV unter Vorlage einer Broschüre besprochen wurde. Jahre vergingen bis



Nahverkehrsgesellschaft und
Ministerium für Verkehr BaWü

1996 ein „**Radlerforum**“ gegründet wurde. Die erste Teilnahme der AKB ist 2015 dokumentiert. 2003/04 begann eine intensivere Fahrradförderung, die vom ADAC Fahrradtest ausgelöst wurde. In einem BYPAD-Verfahren (Bicycle Policy Audit) entstand ein 20-Punkte-Förderprogramm, das der Gemeinderat 2005 beschloss. Karlsruhe hatte das Ziel, Fahrradstadt Nr. 1 im Südwesten zu werden. 2010 hielt BM Michael Obert in der Vollversammlung (VV) der AKB einen Vortrag „**Fahrradfreundliches Karlsruhe**“, verwies auf das 20-Punkte-Programm und

kündigte jährlich zwei neue Radrouten an. Es folgte eine intensive Diskussion bestehender Probleme und Missstände. In jährlichen Treffen des Forums wurden die Fortschritte bewertet: City-Route, Leihfahrräder, Fahrradstraßen. Dem Fahrrad wurde zunehmend mehr Raum im öffentlichen Bereich eingeräumt. Dies wurde von den Teilnehmern begrüßt, auch wenn dem ADFC als Interessenverband im Zurückdrängen des Kfz-Verkehrs dies nicht schnell und weitgehend genug ist. 2018 eröffnete der „Regionalverband Mittlerer Oberrhein“ die Diskussion zu **Radschnellwegen**

von und nach Karlsruhe, die sich auch 2025 noch in der Detailplanung befinden. Bei diesen Planungen wurden die BVe der betroffenen Stadtteile einbezogen. 2020 wurde das BYPAD-Verfahren wiederholt, und zusätzlich der Fußverkehr in einem Fragebogen einbezogen. Mitgewirkt haben u. a. die AKB und der ADFC. In der Folge firmierte das Radlerforum in „Forum für Aktive Mobilität“ um. 2022 erhielt Karlsruhe die Silbermedaille als „**Fahrradfreundliche Kommune**“.

Kombilösung

Bereits der 1970 neu gewählte OB Otto Dullenkopf verabschiedete sich von dem Leitbild der autogerechten Stadt und unterstützte die menschengerechte Stadt mit einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr, eine U-Strab als Teil einbezogen. Planungen in den 1960er-Jahren zu einer Tieferlegung des Straßenbahnverkehrs dienten noch der autogerechten Stadt und sollten ihre „Hindernisse“ beseitigen. Danach stand nun immer mehr die Entlastung der Innenstadt vom zunehmenden Straßenbahnverkehr im Fokus. Da 1972 mit der Umwandlung der Kaiserstraße zur Fußgängerzone begonnen wurde und die Kriegsstraße schon in Teilbereichen als Bundesstraße vierstreifig ausgebaut war, entspannten sich die Verkehrsverhältnisse in der Innenstadt und eine Tieferlegung war zunächst nicht mehr erforderlich.

Der nächste Anstoß kam mit der Erweiterung des Karlsruher Stadtbahnnetzes, als Karlsruher Modell bezeichnet, in die Region hinaus auf DB-Gleisen. Dieser zusätzliche S-Bahn-Verkehr mit Doppeltraktionszügen in der Innenstadt stellte eine neue Herausforderung dar. Der KVV-Geschäftsführer Dieter Ludwig postulierte, dass Auswärtige die Innenstadt zum Einkaufen nur ohne Umsteigen besuchen werden. Eine U-Bahnstudie und weitere Untersuchungen 1989 – 1992 zeigten die Notwendigkeit einer U-Strab im Innenstadtbereich oder einer Trasse in der Kriegsstraße auf.

1992 beschloss der Gemeinderat die Alternative: **Untertunnelung der Kaiserstraße**. Große Kritik zu verschiedenen Aspekten führte 1996 zur Gründung der Initiative „Stoppt den Stadtbahntunnel“ und es kam am 20.10.1996 zu einer Bürgerentscheid, der mit 2/3-Mehrheit gegen den Bau einer U-Strab ausfiel. Der damalige OB Prof. Seiler kommentierte das Abstimmungsergebnis mit dem Bibelzitat „... vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“.

In diesem turbulenten Debattenjahr beschäftigte sich die **AKB** mit dem Thema und wurde vom Dezernat IV am 01.04.1996 zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „**U-Strab**“ eingeladen, bei der die Vertreter der Projektgruppe „U-Strab“ die aktuellen Planentwürfe erläuterten.

Nach der Ablehnung durch den Bürgerentscheid wurden neue Vorschläge erstellt, welche die Variante Kriegsstraße ins Planungsgeschehen einbezog. Allerdings wurde in einer Diskussionsrunde der **BVe Altstadt, Stadtmittle und Südweststadt** mit Baubürgermeisterin Heinke Salisch, dem Stadtplanungsamt und Planungsbüros im Juni 1997 bei der Kriegsstraßen-Diskussion ein durchgehender Tunnel noch verworfen, weil sie keine Durchgangsstraße sei, so in den BNN vom 25.06.1997 zu lesen.

Die Planungen wurden nun öffentlich begleitet. Dazu wurde 1998 ein „Arbeitskreis Öffentlicher Verkehr in der Innenstadt“ gegründet, dem Vertreter der Gemeinderatsfraktionen, von ADAC, **AKB**, Architektenkammer, BUZO, Einzelhandel, IHK, Pro Bahn, TSNV und VCD sowie diverse Vertreter der Stadt und der Verkehrsbetriebe und den Gutachterbüros Koehler/Leutwein und PTV angehörten.

Eine weitere Bürgerbeteiligung im Jahr 2001 mit dem Titel „**City 2015 – Zukunftschancen für die Karlsruher Innenstadt**“ war breit aufgestellt: ein Begleitausschuss des Gemeinderats, ein Workshop von fünf auswärtigen Architekturbüros, ein Bürgerforum, Bürgerarbeitsgruppen, eine **Projektgruppe Bürgervereine**, Facharbeitsgruppen von Verbänden, eine Klausurtagung Expertenforum sowie Bürger- und Besuchergutachten.

Parallel dazu wurde auch AKB-intern die „AG City 2015“ gebildet, die sich im Juni 2002 auf Folgendes einigte: *„Eine Mehrheit wünscht eine U-Strab – eine Minderheit wünscht die Beibehaltung einiger Straßenbahnlinien in der Kaiserstraße.“*

Die Ergebnisse aus „City 2015“ mündeten nach einem Grundsatzbeschluss des Gemeinderats 2002 in einen zweiten Bürgerentscheid, dem die Kombilösung zugrunde lag: die Untertunnelung in der Kaiserstraße als U-Strab und der Umbau der Kriegsstraße mit einem Straßentunnel und oberirdischen Straßenbahnlinien mit einem Kostenrahmen von ca. 500 Mio. €. Bei einer Beteiligung von 73% der stimmberechtigten Karlsruher stimmten rund 56% für diese Lösung.

In der Folge bewegte die Reihenfolge der Realisierung der Kombilösung die Gesellschaft und die Fachwelt. Die AKB/BVe wurden am 10.12.2007

zu einem Gespräch zum Thema „Kombi-Lösung und die Weiterentwicklung des ÖPNVs in Karlsruhe“ mit Dr. Walter Casazza und Gerhard Schönbeck (Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft KASIG) eingeladen.

Am 26.02.2008 veröffentlichten die **BVe Altstadt, Stadtmitte, Südstadt und Südweststadt** eine Pressemitteilung mit der Forderung „Kriegsstraße zuerst“. Dabei wurde die 2002 durch die Karlsruher Bürger getroffene Entscheidung der Kombilösung nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Daraufhin lud die KASIG am 16.04.2008 die AKB/BVe erneut zu einem Arbeitsgespräch ein: „*Reihenfolge der Baumaßnahmen bei der Kombi-Lösung*“. Die anwesenden BV-Teilnehmer sprachen sich mit überwiegender Mehrheit für das Vorziehen der Kriegsstraße aus.



Die Bürgervereine wollten den vorgezogenen Umbau der Kriegsstraße, Grafik: KASIG

Im Herbst 2008 entschied der Gemeinderat die Reihenfolge: erst Stadtbahntunnel, dann Kriegsstraße.

Ein letzter Versuch 2009, die Kombilösung zu verhindern, misslang, obwohl genügend Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt wurden. Die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens wurde verneint und diese Entscheidung vom Verwaltungsgerichtshof in Mannheim bestätigt.

Über Jahre blieb es eine Zitterpartie, ob der Umbau der Kriegsstraße tatsächlich realisiert werden kann, weil die Förderzusage von Bund und Land (zusammen 80 % der Kosten) nur unter dem Vorbehalt erfolgte, dass die Notwendigkeit des Umbaus (Kosten-Nutzen-Analyse positiv) zeitnah zum Baubeginn nochmals nachgewiesen werden kann.



In der unterirdischen Haltestelle Marktplatz wird das rote Band durchgeschnitten.
Foto: KASIG/Uli Deck-artis

Am 21. Januar 2010 erfolgte der offizielle Spatenstich des Stadtbahntunnels am Europaplatz. Das baubegleitende „**Forum Kombilösung**“, das während der Bauzeit die Aufgabe hatte, die Öffentlichkeit einzubeziehen, wurde weitergeführt. Fertig gestellt wurde der Stadtbahntunnel und die oberirdische Kriegsstraße am 11. Dezember 2021 und der Autotunnel am 19. Oktober 2022. Der Zeit- und Kostenrahmen musste mehrmals angepasst werden. Die Kosten hatten sich verdreifacht auf ca. 1,5 Mrd. € bei einem städtischen Anteil von 300 Mio. €.

Auch ein Vierteljahrhundert nach dem Grundsatzbeschluss werden die Arbeiten in der Kaiserstraße nicht abgeschlossen sein. Eine hochwertige Einkaufsstraße für das Umland ist sie inzwischen nicht mehr. Eher dominiert dort zunehmend der Niedrigpreis- und Gastro-Sektor.

9.1.2 Das Tangentenkonzept der Stadt Karlsruhe

Vorgesehen wurden die Nord- und Südtangente bereits mit dem Generalbebauungsplan von 1926. Der Tangentengedanke wurde 1970 sogar im Städtebaubericht der Bundesregierung und in der Regierungserklärung vom 28.10.1969 aufgegriffen: „*Straßenbaumaßnahmen,, Bau von Ring- und Tangentenstraßen am Rand der Kerne der Großstädte,*“.

Die Südtangente

Mit dem Entwicklungsprozess zum „Räumlichen Leitbild“ von 2013 bis 2016 (beteiligt für die AKB der Vors. Fritz) bekamen die Südtangente (und ihre Randbezirke) eine völlig neue Betrachtungsperspektive: Die Zone im Süden und Westen zwischen Durlach B3 über die Anschlüsse BAB 5, Schwarzwaldkreuz, Bulacher Kreuz, B36, Rheinhafen, Rheinbrücke zum Anschluss an die BAB 65 wurde zum „Dynamischen Band“.



Räumliches Leitbild Karlsruhe 11/2016

Quelle: berchtoldkrass, UC STUDIO, S.US

Geplant wurde die heutige Südtangente dem Generalbebauungsplan von 1926 folgend, in dem im Süden eine Verkehrsstraße 1. Ordnung (durchgezogene Linie) und im Norden eine „Kraftfahrzeugstraße“, heutige BAB, (grüne Linie, Bahnlinie orange), konzipiert war. Beide Umgehungsstraßen wurden 1961 vom Gemeinderat im Karlsruher Verkehrslinienplan zur Entlastung insbesondere der Kriegsstraße aufgegriffen, die bis heute weiterhin eine Bundesstraße ist. Auf der Südtangente endet die B10 von Westen kommend am Kühlen Krug. Die Fortsetzung ist eine Kreisstraße, was sich im Ausbau erst ganz im Osten nach der Einmündung der B3-Umgehung Wolfartsweier im Wechsel von 4-streifig auf 2-streifig bemerkbar macht. Eine Anfrage 2009 im Landtag von Johannes Stober



Generalbebauungsplan 1926 Verkehrslinienplan

(MdL, heute Vorsitzender des BV Oberreut) erklärte dies in der Antwort des Innenministers: „Die heutige B10 im Innenstadtbereich ... ist nicht ausreichend leistungsfähig, um den weiträumigen Verkehr in befriedigender Weise abzuwickeln. Vor diesem Hintergrund hat der Bund eine neue Straßenführung im Norden von Karlsruhe als durchgehende Verbindung

kommen am Kühlen Krug. Die Fortsetzung ist eine Kreisstraße, was sich im Ausbau erst ganz im Osten nach der Einmündung der B3-Umgehung Wolfartsweier im Wechsel von 4-streifig auf 2-streifig bemerkbar macht. Eine Anfrage 2009 im Landtag von Johannes Stober

von der B3 im Osten bis zur Rheinbrücke im Westen vorgesehen. ... Die Südtangente hat die Stadt Karlsruhe in eigener Zuständigkeit geplant und realisiert. Sie dient auch heute noch vorwiegend der Abwicklung des innerstädtischen Ziel- und Quellverkehrs. Diese Funktion wird durch ein ... Prognose-Verkehrsmodell aus dem Jahr 2005 bestätigt, in dem der Anteil des Durchgangsverkehrs auf der Südtangente mit 12 % ausgewiesen ist. Somit erfüllt die Südtangente in sehr untergeordneter Weise eine Umgehungsfunktion. Sie ist deshalb bislang weder von der Stadt noch vom Bund als eine alternative Streckenführung der B10 in Betracht gezogen worden.“ Ausgeführt wurde auch, dass Verkehrszahlen über den Durchgangsverkehr auf der B10 im Verhältnis zur Südtangente nicht bekannt seien. So verwunderte die Antwort nicht, denn die Realität ist eine andere, wenn auf der Südtangente in der Nacht die Lkws dominieren und tagsüber immer wieder Staus sind: Alles 88 % Ziel- und Quellverkehr?

Freigegeben für den Verkehr wurde die Südtangente ab 1970, im Bereich des Hauptbahnhofs erst 1988 mit dem letzten und schwierigsten Teilstück. Zu dessen Baubesichtigung mit Bahndammdurchstich (Edeltrudtunnel) und Tieflage zur Querung der Gütergleise hatte der **BV Weiherfeld-Dammerstock** 1987 eingeladen. Diesem wurde auch zugesichert, dass der Anschluss an die BAB erst nach



Blick Weiherfeldbrücke nach Osten

Fertigstellung der Nordtangente erfolge. Im März 1987 war dies Schnee von gestern. OB Seiler hat in einem Brief darauf gedrängt, dass der Anschluss bereits mit der Fertigstellung erfolgen soll. Der Bund hat dem zugestimmt.

Bis 2001 wurde in den Vollversammlungen von den BVen regelmäßig berichtet, die Südtangente sei überlastet und mache Lärm, viel Lärm. In der AKB-VV 1/2001 war die Südtangente dann das zentrale Thema. Dieter Behnle (Leiter der Verkehrsbehörde) berichtete: „Heute gibt es auf der Südtangente ein höheres Verkehrsaufkommen als auf der Autobahn“. Die Zahlen sprechen für sich: 1987 ca. 40.000, 2000 regelmäßig über 95.000 Fahrzeuge täglich und mit einem Spitzenwert im Mai von 100.946 Kfz. Geschwindigkeitsmessanlagen wurden abgebaut, um den Verkehrsfluss zu verbessern. In der AKB bildeten sich zur Lärmproblematik ein Arbeitskreis für Knielingen und einer für Beiertheim-Bulach. In einer **Resolution der AKB** an OB Heinz Fenrich vom 05.02.2001 wurden durchgehend 80 km/h



Lärmschutz bei Knielingen

und Haushaltsmittel für Lärmschutzmaßnahmen gefordert. Eine Reihe von Lärmschutzmaßnahmen von Knielingen bis Bulach wurde bis heute realisiert. Eine Ruhezone an der Südtangente bietet sich jedoch nur auf der grünen Überdeckelung zwischen Bulach und Beiertheim, was sich andere Stadtteile auch wünschen würden, nachdem feststand, dass es weder eine Entlastung durch die Nordtangente noch durch BAB-Querspangen nördlich und/oder südlich der Stadtgrenzen geben würde.

In der Analyse des Verkehrsentwicklungsplans 2012 (VEP), in dessen vier Foren die Teilnehmer die Thematik Verkehr aus unterschiedlicher Sicht und Interessenlage betrachtet haben, die **AKB** war mit Hans-Peter Köppel beteiligt, las sich die Kreisstraße nun so: „Auf der Südtangente als Stadtautobahn ist die Höchstgeschwindigkeit überwiegend auf 80 km/h, abschnittsweise auch auf 100 km/h beschränkt, was aufgrund der hohen Verkehrsdichte und der dichten Folge von Anschlussstellen angemessen ist.“



VEP 2012 Habelmehl&Follmann Prognose

Ausgerichtet ist der VEP auf das Jahr 2025. Bis dahin sollten viele Maßnahmen umgesetzt werden, um die Prognose Null (alles bleibt gleich) in drei Szenarien hinsichtlich der Verkehrsströme zu verändern. Alle Szenarien gehen von der **2. Rheinbrücke mit Querspange zur B36** aus (s. nächster Abschnitt). Bis 2025 wurden zwar eine Reihe anderer Maßnahmen des

Handlungskonzepts umgesetzt, Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen auf der Südtangente hatte dies kaum. Auch nach Realisierung einer 2. Rheinbrücke mit Querspange wird kaum Entlastung prognostiziert. Es bleibt bei 90.000 Kfz



VEP 2012 Habelmehl&Follmann Straßenkategorie 2025

mit Kolonnen von Lkw (mautfreie Kreisstraße!). Die Südtangente ist als BAB-Querspange angekommen. Flüsterasphalt bei Belagssanierung oder Tempo 60 nachts (bereits 1996 als AKB-Forderung für Lkw von der VV beschlossen) werden aber entlang von Wohngebieten nicht realisiert.

Nordtangente

Auch die Planung der Nordtangente blickt auf eine fast 100-jährige, sehr wechselvolle Geschichte zurück. Für den Planungsausschuss am 14.02.1978 stellte das Stadtplanungsamt die Planungsetappen zusammen. Der Generalbebauungsplan von 1926 wurde erst 1948 weiterverfolgt. Laut Protokoll der AKB vom 19.03.1959 stellte der BV Rintheim einen Antrag für einen Ausspracheabend mit der Stadtverwaltung zum Thema Planungsstand der Umgehungsstraße. Grundlage war die Verlegung des BAB-Anschlusses Karlsruhe-Durlach nach Norden. Eine gemeinsame Resolution der drei **BVe Hagsfeld, Rintheim und Waldstadt** zur Tieferlegung der Trasse richtete sich an das Regierungspräsidium. 1963 formierte sich eine Aktionsgruppe der BVe Hagsfeld, Rintheim und Waldstadt, die sich kritisch mit der Nordtangentenplanung auseinandersetzte. Dies war wohl der Auftakt für den Widerstand gegen die Nordtangente, der nicht mehr abebbte.

Wie sehr die Interessen einzelner Stadtteile auseinanderlagen, zeigte sich beim Hardtwald-Durchstich. Dieser stieß immer heftiger auf Ablehnung, nicht nur von den BVen der betroffenen Stadtteile. In einer Erklärung vom 19.04.1982 forderte die BG Durlach und Aue jedoch den kompromisslosen Bau der Nordtangente mit Hardtwald-Durchstich.

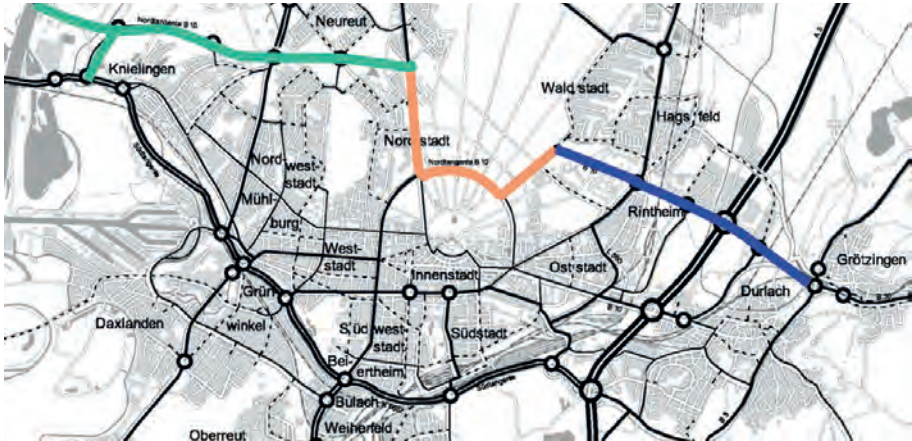
Der Gemeinderat zog am 21. Oktober 1981 die Zustimmung zur ursprünglichen Nordtangentenplanung mit einer Stimme Mehrheit zurück: ein erster Schritt des Abschieds von der Nordtangente. Am 18. Mai 1982 entschied sich die Mehrheit für die als „**Hängebauch-Lösung**“ bezeichnete Trassierung über den Adenauerring anstelle der Hardtwald-Durchfahrung.



Planerischer Wandweg der Nordtangente Karlsruhe

Generalbebauungsplan (Schneiderplan)	1926
(Autobahn und Eisenbahntrasse)	
Schweizer-Plan	1948
Vorläufiger Flächennutzungsplan	1961
Verkehrslinienplan	1961
Bebauungspläne	Rintheim 1954 Brühl 1956 Bruchweglücken 1961 Hagsfeld 1963 Lange Röhre 1966
Entwurf zum Flächennutzungsplan	1975

1994 wurde der B-Plan Nordtangente-Ost rechtskräftig (im Bild blau). Daraufhin diskutierte die VV vom 28.06.1994 die Forderung zum 2-spurigen Ausbau und zum optimalen Lärmschutz im Osten sowie die Erfordernis zu einer weiteren Rheinbrücke im Westen nördlich von Knielingen (im Bild grün). Noch besser sei eine Variante, die eine großräumige nördliche Umfahrung im Umland von Karlsruhe vorsähe.



Nordtangente 1982, grün Westteil, blau Ostteil, orange Hängebauch, Quelle: StPIA Karlsruhe

2003 bezeichnete der Bundesverkehrswegeplan die Nordtangente als eine Baumaßnahme des Bundes für den vordringlichen Bedarf. In der VV vom 14.01.2004 diskutierte die AKB über die Notwendigkeit einer **zweiten Rheinbrücke** und einem Anschluss an die Südtangente. Einigkeit bestand über die Entlastung der Südtangente und dem Bedarf einer weiteren leistungsfähigen Durchgangsstraße. Das Thema wurde an den **AK Verkehr und Umwelt der AKB** zur Weiterbearbeitung gegeben. In einem Brief von OB Fenrich an die AKB vom 06.02.2004 warb er eindringlich für die Unterstützung der weiteren Planungen für die Nordtangente-West mit Rheinbrücke und Querspange in zwei-streifigem Ausbau. Noch im selben Jahr folgte im Oktober ein Gespräch der AKB mit dem Regierungspräsidium über die Nordtangente-Ost.

Am 06.06.2005 diskutierte bei einer Informationsveranstaltung das Stadtplanungsamt mit der AKB auf Basis eines Sachstandsberichts. Hauptargument war die Entlastung der Südtangente. 2007/08 beschäftigte sich die AKB weiter mit der Nordtangente:

- Es gab ein erneutes Gespräch im Regierungspräsidium zu der Nordtangente und zu einer 2. Rheinbrücke.

- Es gab eine Veranstaltung mit BM Ullrich Eidenmüller über „Simulation der Verkehrsströme durch eine neu gebaute Nordtangente“.
- Im Sommer 2008 wurde ein „**Forum Verkehrsentwicklungsplan**“ eingerichtet, bei dem die AKB im „Inneren Kreis“ Mitglied war. In zwei Treffen (18.07. und 19.09.) wurden auch Aspekte der Nordtangentenplanung erörtert.

Angeführt von OB Fenrich beschloss der Gemeinderat 2009, **keine Nordtangente** zu bauen. Auch die Hängebauchlösung fand keine Mehrheit mehr. Man könne auch ohne Nordtangente auskommen.

Dies führte zu Protesten in den südlichen Stadtteilen, beispielhaft in Weiherfeld-Dammerstock, wo der BV daraufhin im März 2009 einen wirkungsvollen Lärmschutz an der Südtangente forderte.

So entzweite das Großprojekt weiterhin die Stadtgesellschaft und damit auch die Meinungsbildung bei den BVen. In der VV vom 14.11.2012 empfahl der AKB-Vorstand der Versammlung, keinen Beschluss über einen Antrag des BV Waldstadt mit folgender Begründung zu fassen: „dieses Thema ist schon mehrmals kontrovers diskutiert worden, die Meinungen der Bevölkerung und damit auch der Bürgervereine in den nördlichen und in den südlichen Stadtteilen sind zu unterschiedlich.“ Man sah keine Lösungen, die die einen entlasten könnten, ohne die anderen zu belasten.

2017 wurde das **offizielle Aus für die Nordtangente** verkündet: Die Stadt Karlsruhe beantragte, die Freihaltetrasse der Nordtangente aus dem Regionalplan zu entfernen.

Planungen zur Nordtangente-Ost:

Der Einstieg in die Nordtangente-Ost, den der Gemeinderat mit Tieferlegung und Untertunnelung 1991 beschlossen hatte, erfolgte ab 2004 mit dem 4-spurigen Bauabschnitt von der B10 im Pfinztal mit Autobahnanschluss KA-Nord nur bis zur Elfmorgenbruchstraße, obwohl sich die BVe weiter für eine Fortführung bis zur Theodor-Heuss-Allee einsetzten. Nach dem Beschluss des Gemeinderats 2009, die Nordtangente aufzugeben, ging es nur noch um die **Südumfahrung Hagsfeld** bis zur Haid- und-Neu-Straße.

Was dazu 2014 der Gemeinderat beschlossen hatte, war mit dem Bebauungsplan allerdings nicht mehr vereinbar. Also alles zurück auf Anfang. Im dritten Anlauf 2016 wählte die Stadt das Verfahren der Planfeststellung anstatt des Bebauungsplans für eine größere Rechtssicherheit. In der

Neuplanung ging es bzgl. der Bahntrassenquerung wieder um die Alternative Brücken- oder Troglösung.

Vor der Gemeinderatsentscheidung im Herbst 2019 setzten sich die östlichen BVe dafür ein, eine zweistreifige Troglösung anstatt einer Brückenslösung zu planen. Die Troglösung wie auch der geforderte Anschluss des Technologieparks wurde im Sommer 2020 vom Gemeinderat beschlossen. Seit dem sind die BVe Hagsfeld, Rintheim, Waldstadt in die Planungen einbezogen.

Planungen zur Nordtangente-West:

2010 befürworteten die BVe Knielingen und Neureut-Heide zwar die „Neue Rheinbrücke“, aber insgesamt wurde die Nordtangente-West von den westlichen BVen abgelehnt. Auch die beschlussfassende Behandlung „Neue Rheinbrücke“ konnte auf AKB-Ebene in der VV nicht stattfinden. Die Bewertung in den einzelnen Stadtteilen war zu unterschiedlich.

Gegen den Planfeststellungsbeschluss zur seit ca. 2000 geplanten 2. Rheinbrücke reichten der BUND und die Stadt Karlsruhe 2017/18 Klage beim Verwaltungsgerichtshof Ba-Wü ein. In einem Vergleich erhielten die Kläger die Zusage zu einem zusätzlichen Rad- und Gehweg auf der Brücke sowie zu einer die Straßenführung auf die Südtangente ergänzenden Querspange zur B36.

Seit Juni 2021 besitzen die Planfeststellungsbeschlüsse beiderseits des Rheins Rechtskraft. Bereits seit 2019 wird die **2. Rheinbrücke und die Querspange zur B36** vom Regierungspräsidium geplant. Es wurde ein **„Projektbegleitungskreis Querspange“** eingerichtet, zu dessen Mitgliedern die westlichen BVe und die AKB gehören. Eine erste Sitzung fand am 07.11.2019 statt. Zur optimalen Koordinierung der Interessen der BVe der betroffenen Stadtteile (N-Kirchfeld, N-Heide, Knielingen, Nordstadt und Nordweststadt) beschloss die **AKB**, einen **Arbeitskreis** einzurichten, der sich regelmäßig mit der Ortsverwaltung und dem Ortschaftsrat Neureut abstimmt. Die BVe, der Ortschaftsrat und die Stadt Karlsruhe fordern die Zweistreifigkeit und eine nördliche Variante. Das Regierungspräsidium plant die Vierstreifigkeit und eine zu Knielingen nähere Variante. Die AKB wird sich weiter für die Interessen der betroffenen BVe einsetzen.

9.1.3 Deutsche Reichsbahn/Bundesbahn/Deutsche Bahn AG

Regelmäßig waren im politischen Tagesgeschäft Lärmschutz und Übergänge an den bestehenden Bahntrassen ein Thema. So wurde z. B. der Lärmaktionsplan DB-Lärm Anfang der 2010er-Jahre mit den Bürgervereinen ausgiebig erörtert: 2011 im Umweltausschuss und 2012 in der FrühjahrsvV, in der das Thema DB-Lärmschutz intensiv mit MdBs, wie auch dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein behandelt wurde. Grundlage waren die notwendigen Maßnahmen des Bundesverkehrsministeriums zur Lärmentlastung, auch zugunsten der Karlsruher Bevölkerung. Es wurde auf den Koalitionsvertrag verwiesen: Bis 2020 solle der Schienenlärm um 50 %, d. h. um 3 dB, mit entsprechend zur Verfügung gestellten Mitteln reduziert werden.

In den letzten 120 Jahren war die Bahn zweimal ein dominierendes Thema der städtischen Verkehrs- und Baupolitik, und zwar bei der Planung von Neubau- oder Ausbaustrecken (NBS/ABS). Die erste große Veränderung im Stadtgebiet stand in den 1910er-Jahren im Zusammenhang mit der Verlegung des Hauptbahnhofs und damit einer völlig neuen Trassenführung, bei der sich die BVe betroffener Stadtteile z. T. einzeln oder koordinierend mit Petitionen zu Wort meldeten (siehe Kap. 2). Bei der zweiten großen Veränderung geht es seit ca. 20 Jahren um den Ausbau einer **Güterverkehrstrasse Rotterdam – Genua**. Grundlage ist der Staatsvertrag von 1996 zwischen NL, DE, CH und I. Diese Güterverkehrstrasse wurde zunächst als EU-Projekt CODE 24 von 2010 – 2015 gefördert, auf das Joachim Hornuff (BV Weiherfeld-Dammerstock) bereits auf der Herbst-VV 2011 hinwies. In der darauf folgenden VV 2012 wurde das Bahnprojekt mit politischen Vertretern vertieft diskutiert. Erste Planungen für den Teilbereich Mannheim – Karlsruhe wurden entwickelt, dabei auch die große und kleine Pfalzlösung und damit die mögliche Reaktivierung der Freihaltetrasse in Oberreut, historisch „Dammerstockkurve“ genannt.



Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe als Teil des europäischen Güterverkehrskorridors Rotterdam-Genua, Quelle: Ministerium für Verkehr Ba-Wü

Infolge der Korridorstudie Mittelrhein flammte 2015 die Diskussion um die Planungen Mannheim – Karlsruhe wieder kurz auf. Da der Osten von Karlsruhe besonders betroffen schien, löste dies heftige Proteste vor allem in Hagsfeld und Rintheim aus. Aus politischen Gründen wurden die Planungen ausgesetzt und von der Deutsche Bahn (DB) erst 2019 in größerem Maßstab wieder aufgenommen. Als Suchraum für eine neue Trasse wurde zwischen Mannheim und Karlsruhe der gesamte Bereich des Oberrheingraben in der Pfalz und in Baden zugrunde gelegt. Seit 2020 werden die Planungen mit öffentlichen Vertretern aller betroffenen Kommunen, Initiativen und Verbänden im **Dialogforum** erörtert, so auch mit den BVen in Karlsruhe. Diese werden vertreten durch die **AKB**, durch deren Vorsitzenden Dr. Helmut Rempp, der in diesem Projekt auch in engem Kontakt mit der Stadtverwaltung steht.

Der Planungsstand Mitte 2025 ist, dass im Bereich Karlsruhe nur zwei Trassen infrage kommen: einerseits im Westen eine Bündelung mit der B36 verbunden mit einer durchgängigen Tunnellösung im westlichen Stadtgebiet, andererseits im Osten ebenerdig zwischen der Kernstadt und Durlach in Bündelung mit der Autobahn A5 durch den Elfmorgenbruchwald. Da die Belastung der Siedlungsgebiete infolge von Lärm und Erschütterungen durch den Güterverkehr Tag und Nacht sehr hoch wäre, wobei ca. 90 % der Güterzüge im Transit am Karlsruher Güterbahnhof aktuell und zukünftig vorbeifahren, hat der Gemeinderat im Juli 2022



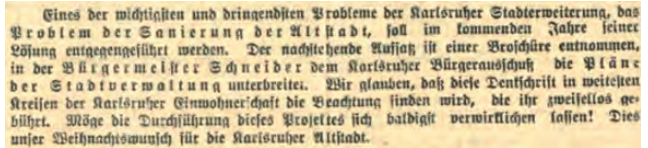
Trassenvarianten im Westen und Osten von Karlsruhe. Quelle; BNN-Infografik 02.06.2022

die Forderung auf eine **Tunnellösung auch für den Osten** beschlossen. Gleichlautend forderten die BVe, vertreten durch die AKB, solch eine Tunnellösung von nördlich von Hagsfeld bis südlich von Karlsruhe bereits im Oktober 2021 in einem Positionspapier. Da die DB eine Tunnellösung im Osten ablehnt, weil eine kostengünstigere ebenerdige Führung möglich sei, kann über die Untertunnelung nur vom Deutschen Bundestag als so genannte übergesetzliche Maßnahme entschieden werden.

9.2 Bauprojekte

9.2.1 Altstadt-sanierung

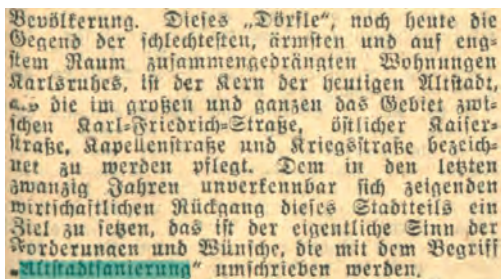
Der Autor Knut Jakob vom Bürgerverein Altstadt befasste sich im Buch „Stadtgeschichte“ zum 100jährigen Bestehen des Vereins ausführlich mit dem Thema „Altstadt-sanierung“ ab dem Jahr 1955. Doch das Thema ist weit älter, wie die bereits beschriebenen Ein-



Eines der wichtigsten und dringendsten Probleme der Karlsruher Stadterweiterung, das Problem der Sanierung der Altstadt, soll im kommenden Jahre seiner Lösung entgegengeführt werden. Der nachstehende Aufsatz ist einer Broschüre entnommen, in der Bürgermeister Schneider dem Karlsruher Bürgerversammlung die Pläne der Stadtverwaltung unterbreitet. Wir glauben, daß diese Denkschrift in weitesten Kreisen der Karlsruher Einwohnerschaft die Beachtung finden wird, die ihr zweifellos gebührt. Möge die Durchführung dieses Projektes sich baldigst verwirklichen lassen! Dies unser Weihnachtswunsch für die Karlsruher Altstadt.

K.T. 25.12.1930

gaben zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegen die Ansiedelung der Pro-



Bevölkerung. Dieses „Dörfle“, noch heute die Gegend der schlechtesten, ärmsten und auf engstem Raum zusammengedrängten Wohnungen Karlsruhes, ist der Kern der heutigen Altstadt, also die im großen und ganzen das Gebiet zwischen Karl-Friedrich-Straße, östlicher Kaiserstraße, Kapellenstraße und Kriegsstraße bezeichnet zu werden pflegt. Dem in den letzten zwanzig Jahren unverkennbar sich zeigenden wirtschaftlichen Rückgang dieses Stadteils ein Ziel zu setzen, das ist der eigentliche Sinn der Forderungen und Wünsche, die mit dem Begriff „Altstadtsanierung“ umschrieben werden.

K.T. 25.12.1930

stitution, dem Lärm durch die Wirtschaften und die Enge nach Ansiedelung vertriebener Elsässer gezeigt haben. Die 30er-Jahre griffen den Gedanken der Sanierung wieder auf und machten Hoffnung, die letztlich durch den 2. Weltkrieg zunichte gemacht wurden.

Das Problem überlebte, das „Dörfle“ wurde weitgehend von der Kriegszerstörung ausgenommen. Die schon schlechte Bausubstanz wurde schlechter, die Armut und Enge blieb. Für die Angehörigen der US-Armee war der Bereich „Off Limits“. 1948 wurde in der Zeitung KnZ zur Gewährung von Baudarlehen „Altstadtsanierung“ nur noch in Klammer geschrieben: Es hieß nun „Altstadtgesundung“.

Der **Bürgerverein Altstadt** wurde 1955 wiedergründet als Bürgerverein Stadtmitte. Vorgeschlagen als ein Hauptziel war „Schaffung gesunder sittlicher und hygienischer Verhältnisse“. In die Satzung schaffte es der Punkt aber nicht. Dafür wurde in kurzer Zeit ein Programm „mit dem Endziel Sanierung“ entwickelt und an die Stadt übermittelt. Dies wurde aufgegriffen: „Der Oberbürgermeister und der Bürgerverein waren sich in der gemeinsamen Besprechung am 20.06.1956 in der Sanierungsfrage wohl einig: Sie haben die Sanierung beide gewollt. Daß sich jeder etwas ganz anderes darunter vorstellte, hatte der Bürgerverein nicht verstehen wollen.“ So schreibt Knut Jakob 2001 und beschreibt damit, wie sich die Sanierungsfrage weiterentwickelte: aus Sicht des BV in die falsche Richtung.

Noch im gleichen Jahr sah die Verwaltung die Argumente für eine Flächenanierung auf ihrer Seite. Die Planung begann mit einer zentralen Achse durch das Sanierungsgebiet: der Durchbruch von der Rüppurrer Straße zur Kaiserstraße, die heutige Fritz-Erler-Straße.

Die Sanierung der Altstadt

Ein geplanter Projekt der Karlsruher Stadtverwaltung.

K.T. 25.12.1930



Abriss ehem. Café Reith, Stadtarchiv
Karlsruhe 8/BA Schlesiger A29/169/4/41

Für den BV wurde es ein Kampf gegen Windmühlen. 1962 begann die Abrisswelle und setzte sich immer im Wechsel mit weiteren Beschlüssen des Gemeinderats fort, bis das „Dörfle“ eine leere Fläche war. Nur eine Gruppe wurde nicht, wie über 1.000 Anwohner, in andere Stadtviertel „umgesetzt“, wie die Terminologie statt dem historisch belasteten „umgesiedelt“ war, die Bordelle. Sie wurden nur



Geräumte Altstadt, Stadtarchiv
Karlsruhe 8/BA Schlesiger
A25/101/3/26 A, Foto 1973



Metzgerei in der Fritz-Erler-Straße,
Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA
Schlesiger A24/156/4/33

Am 15.12.1959 beschloss der Gemeinderat diskussionslos die (Flächen-) Sanierung. Grundstücke waren schon gekauft und mit einer Veränderungssperre belegt. Jakobs zitiert **Prof. Egon Eiermann** aus der Erinnerung: „Heute ist die Karlsruher Sanierung beschlossen worden. Sie bedeutet Abriß und Neubau. Was sagt ihr dazu?“ „Schöner, besser, sauber, hygienisch sei das“, sagten die Studenten. „Kinder tut so etwas nie. Ich bin heute aus dem Sanierungsbeirat ausgetreten.“

verschoben. Legendär das Bild der bis 1978 standhaften Metzgerei, um die die Fritz-Erler-Straße herumgebaut werden musste. 1974 war der Abriss weitgehend beendet. Der Neuaufbau nach den Plänen der Münchner Gruppe Hilmer/Sattler durch die „Neue Heimat“ konnte beginnen.

Neben dem Bürgerverein Altstadt, der sich unter diesem Namen 1974 neu gründete - für die westliche Innenstadt blieb der Bürgerverein Stadtmitte zuständig - , bildete sich kurzzeitig aus einer Bürgerinitiative heraus noch ein Bürgerverein Bürgerviertel, welcher einen eigenen Vorschlag zum Flächennutzungsplan 1977 entwickelte.

Und die AKB? Diese befasste sich 1966 auf der Frühjahrs-VV mit dem Altstadtproblem und beschloss eine Stellungnahme, die dem Oberbürgermeister im September zugeleitet wurde. Darin ging es jedoch keineswegs darum, die Flächensanierung in Frage zu stellen. Kernpunkte waren, dass sich die östliche Kaiserstraße zwischen Adlerstraße und Durlacher Tor zu einem „nächtlichen Rummelplatz“ mit Imbissbuden und Schnellgaststätten herausbildet habe. Die Verlagerung des Vergnügungsviertels wäre der Technischen Hochschule nicht angemessen. Hierzu sollten die Konzessionen reduziert werden. Die zweite Sorge galt den „Auswüchsen des Dirnenwesens“. Deshalb sollten die bisherigen Häuser keinesfalls aufgelöst werden. Im Gegenteil wird vorgeschlagen, dass am Stadtrand der Lohfeldsiedlung ein privat zu finanzierendes „Mädchenwohnheim“ evtl. als Hochhaus zur Verfügung gestellt werden sollte. Weiteres ist nicht überliefert, die AKB war in dieser Zeit sehr mit anderen gewichtigen Themen beschäftigt.

Der **BV Altstadt** nahm eine Ausstellung zur Altstadtsanierung 1981 nochmals zum Anlass, mit der Stadt ins Gericht zu gehen. „Im Ergebnis kann das, was sich als Sanierung darstellt, als Konfrontationsarchitektur bezeichnet werden“, ergänzt um den Vorwurf fehlender Bürgerbeteiligung. Dies wurde vom Leiter der städtischen Koordinierungsstelle, Artur Reddmann, im Bericht der BNN vom 29.07. zurückgewiesen: *„Für die „Macher der Sanierung“ stellte sich immer folgende Reihenfolge: 1. Bürgerinformation (Hier haben wir wirklich nichts zu kurz kommen lassen) und 2. Die Bürgerbeteiligung, die wie gesagt in Form der persönlichen Betreuung stattfindet.“* Ist es so geworden, das frühere Dörfle: Schöner, besser, sauber, hygienisch?

9.2.2 Karlsruher Lebensversicherung KLV

„Um kein anderes Gebäude in Karlsruhe, das in der Nachkriegszeit erbaut wurde [1953/55], hat es eine ebenso lebhaftete Diskussion gegeben, wie um das Verwaltungsgebäude der „Karlsruher“ am Friedrich-Scholl-Platz,

denn viele Anwohner fürchteten um die mit Bäumen bepflanzte Grünfläche neben dem Stadtgarten.“, so Stadtwiki Karlsruhe.¹

In den 1970er-Jahren stand eine Erweiterung der KLV-Gebäude zwischen Bahnhof- und Gutschstraße an. Geplant wurde Anfang der 1970er-Jahre eine Erweiterung der Verwaltungsgebäude um zwei Hochhäuser zu einem „Dreifingerturm“, was nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß.

Daher führte bereits Ende Dezember 1973 die **AKB** ein Informationsgespräch mit dem Generaldirektor der KLV Herrn Dr. Schwebler. Da die Planungen auch im März 1974 noch nicht im Planungsausschuss debattiert werden konnten, erschien es der AKB „dringend erforderlich, (dass) wir uns mit diesem Problem zu befassen haben und auch auseinanderzusetzen.“ Die für die VV im April 1974 vorgesehene Debatte, zu der sämtliche Parteien, Vertreter der KLV und Vertreter der inzwischen gebildeten Bürgerinitiative gegen die KLV-Erweiterung eingeladen waren, kam allerdings nicht zustande, da die KLV wenige Tage zuvor den Termin absagte. Die KLV erklärte, dass sie im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung neue Lösungsmöglichkeiten suchen wolle. In der Folge legte die KLV ihre Hochhauspläne ad acta und erweiterte ihre Kapazitäten durch Längsbauten und an anderem Ort.



KLV-Generaldirektor Dr. Robert Schwebler (r.) und Gartenbaudirektor Robert Mürb, im Stadtgarten mit KLV-Verwaltungshochhaus, 7. Juli 1973, Stadtarchiv A26_06_2_40, 8/BA Schlesiger 1973

9.2.3 Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts

Karlsruhe wurde nach dem Krieg zum Standort der beiden höchsten Gerichte ausgewählt. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) kam 1951 nach Karlsruhe und bezog 1969 einen neuen Gebäudekomplex auf dem Gelände des früheren Hoftheaters. Dieses Gebäudeensemble des Berliner

¹ Das heutige Rathaus West war bis zum Einmarsch der Alliierten das Verwaltungsgebäude der Karlsruher Lebensversicherung

Architekten Paul Baumgart passte sich zwischen Schlossplatz und Botanischem Garten harmonisch ein.

Infolge der deutschen Wiedervereinigung stiegen in den 1990er-Jahren einerseits die zu verhandelnden Fälle beim BVG stark an, andererseits war die Entfernung zur neuen Bundeshauptstadt Berlin gewachsen. Beide Gründe legten eine Erweiterung der Gebäude oder einen Umzug nahe. Da eine Aufstockung oder Nachverdichtung der bereits denkmalgeschützten Architektur nicht möglich war, konnte nur ein Erweiterungsbau die Lösung sein, für den der Wettbewerb und die Planung 2002 einen größeren Teil des Botanischen Gartens vorsahen, der allerdings gleichfalls denkmalgeschützt ist. Die Ausschreibung des Architekturwettbewerbs schloss alternative Standorte aus.

Die Aufregung war groß, die Reaktionen allerdings zwiespältig, weil Karlsruhe einerseits auf das BVG stolz war, den Botanischen Garten aber nicht angetastet sehen wollte. Widerstand formierte sich.

Auch die **AKB** schaltete sich in den Diskussionsprozess ein und übte Kritik am Umfang der geplanten Überbauung des Botanischen Gartens. In der VV vom 03.06.2002 war die BVG-Erweiterung zentrales Thema. Im FB 4/2002 legte der Vorsitzende Fritz die Position der AKB dar. Zuvor bat die AKB um Erhalt der einmaligen Gartenanlage mit einem Schreiben an BMin Heinke Salisch (Kopie an die BNN, 14.05.2002) folgenden Inhalts:

„Wir können uns vorstellen, durch entsprechende architektonische Konzepte und Raumalternativen wohl die notwendige Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts funktional sinnvoll und gleichermaßen verträglich für den Botanischen Garten zu gestalten. Die hohen Richter, für Ihre den Menschen zugewandten Entscheidungen gerühmt, sind sicherlich auch bezüglich der Frage der Erweiterung ihres hohen Hauses ebenso den Bürgerinnen und Bürgern und der Stadt gegenüber offen, eine gemeinsame und für alle Betroffenen in unserer Stadt tragfähige Lösung zu akzeptieren. Hierzu sollten offene Gespräche geführt werden.“
Am 12.07.2002 griff die BNN das Thema auf.



Neubau BVG mit begrünter Vorderfront,
Quelle: Peter Hartleb

Parallel zur AKB-Aktivität gründete sich am 04.06.2002 die „**Initiative Botanischer Garten**“, die fortan die Interessen der Bevölkerung verfolgte. Nach z. T. harten Auseinandersetzungen wurde dann nach einigen Korrekturen 2007 ein kompakter Erweiterungsbau nach Plänen des Architekten Michael Schrölkamp, am Rande des Botanischen Gartens fertiggestellt. Das BVG blieb Karlsruhe erhalten.

9.2.4 Standortdebatte für ein Freizeitbad im Westen

Lange Zeit war es nach dem Bau des Fächerbads 1982 im Nordosten ruhig geworden um den Bäderbau der Stadt. Die Planung, Hallenbad auf dem Gelände der Dragonerkaserne (Kaiserallee), wurde als nicht mehr zeitgemäß aufgegeben. Das Tullabad als Bauwerk der 50er Jahre stand unter Denkmalschutz. Die Sanierung war jedoch unverhältnismäßig aufwändig.

Das Bäderdezernat initiierte 1998/99 zusammen mit dem Sport- und Bäderamt sowie dem Stadtplanungsamt eine Untersuchung zum Bau eines Sport- und Freizeitbads im Bereich des Beiertheimer Feldes. Drei Standorte kamen in die Diskussion: A im Beiertheimer Feld (Süd) – am Rodelhügel (Günter-Klotz-Anlage), B in Höhe der Krankenhäuser (Vincentius- + Marien-Kr.), C am Weinbrennerplatz (in Verbindung mit einer Schulsporthalle). Das Planungsamt sprach sich für C (Weinbrennerplatz) aus. Die **Bürgervereine Beiertheim und Weststadt** sahen hier insbesondereverkehrliche Probleme sowie fehlenden Freiraum.

Dies nahm die **AKB** zum Anlass sich in der Frühjahrs-VV 1999 mit dem Thema zu befassen. Die Diskussion beschränkte sich auf A und C, während B, vom Bäderamt aufgrund des größten Platzangebots und einem Studienmodell bevorzugt, keine Rolle spielte. Nach eingehender Diskussion sprachen sich die Anrainerbürgervereine einstimmig für den Standort Rodelhügel (A) aus. Dem schloss sich die AKB mit großer Mehrheit an und wollte den OB entsprechend informieren. Auf Vorschlag des AKB-Vorsitzenden Gerhard Herm wurden zur darauf folgenden VV sechs Wochen später Vertreter der Stadt eingeladen, um das Thema nochmals zu diskutieren. Es sprachen BM Vöhringer (Bäderdezernent), Gartenbaudirektor Schmidt und ein Stadtplaner.

In den Vorträgen bevorzugten sie den Weinbrennerplatz. Genannt wurde, dass hier die Frischluftschneise am wenigsten beeinträchtigt würde und

der ökologisch geringste Eingriff erfolge. Die BVe überzeugte dies nicht. Sie stützten sich auf Umfragen in der Bevölkerung. Herm griff dies auf. Das Protokoll vermerkte: „Politik sollte nicht am Willen der Bürger vorbei gemacht werden. Die BVe haben sich mehrheitlich für den Standort Rodelhügel entschieden. Dieses Votum soll BM Vöhringer mit auf den Weg nehmen.“ Der Gemeinderat folgte dem Votum: Das Bad ging nach einer Namensdiskussion 2008 als Europabad in Betrieb.



Europabad. Foto: Karlsruher Bäder

9.3 Die grüne Stadt

Die „Grüne Stadt“ ist innerhalb des IQ-Prozesses (Innovativ und Quer) eines von 6 Korridorthemen, die 2016 als kommunalpolitische Schwerpunkte für die Entwicklung der Stadt Karlsruhe formuliert wurden. In der **Begleitgruppe „Grüne Stadt Karlsruhe“** ist die AKB seit der Auftaktsitzung vom 18.4.2016 Mitglied.

Die AKB hat sich aber schon sehr viel früher für grüne Themen eingesetzt. Sie wurde 1969 von Stadtrat Dr. Otto Figlestahler angesprochen, um bei der Erstellung des ersten Baumkatasters mitzuwirken.

Themen wie „**Urban Gardening**“, bei dem die AKB 2019 intensiv in die Erarbeitung des Mustervertrags einbezogen war, oder die Diskussionen zu den **Flächennutzungsplänen**, die 2017 den Bestand der Kleingärten betrafen, sind zumindest zu nennen. Die AKB setzte sich z. B. vehement für den Erhalt aller **Kleingärten** ein und wurde Mitglied im Kleingartenbeirat, der die Kleingärten weiterentwickeln soll.

Stadtweites Thema war auch der Erhalt der **Platanen in der Kaiserstraße** 2022, für den sich die BVe der Altstadt, Stadtmitte und Oststadt, unterstützt durch die AKB, zusammen mit der Initiative „Unser Karlsruhe“ und dem Klimabündnis einsetzten.

Beim Hofgut Maxau finanzierte die AKB die Anlage eines **Blühstreifens** entlang der landwirtschaftlichen Monokulturen.

9.3.1 Erweiterung der Technischen Hochschule

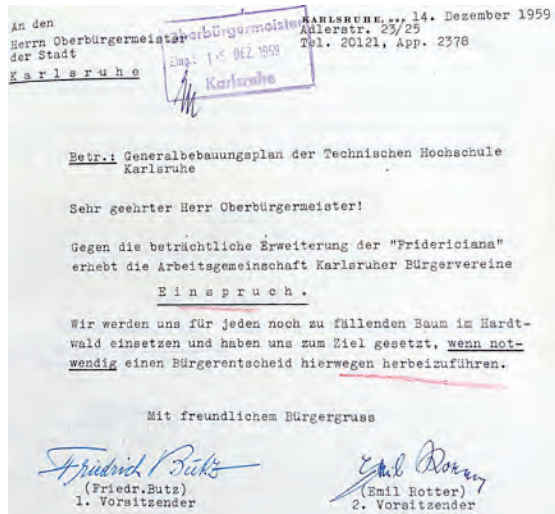
In den 1950er-Jahren stand die Erweiterung der Technischen Hochschule (TH, heute KIT) an. Dieses Thema griff die AKB bereits in einer Vorstandssitzung am 14.02.1957 kritisch auf, da die Erweiterung nur durch eine Bebauung im damaligen Hardtwaldbereich und durch das Fällen einer Großzahl von Bäumen möglich gewesen wäre. Es waren Sportplätze, Anlagen für ein Studentendorf und weitere Institutsgebäude geplant. Auch die Erstellung von Bauten für das Staatstechnikum (heute Hochschule) an der Moltkestraße war in der Diskussion.

1959 setzte sich die AKB mit der Arbeitsgemeinschaft der Hardtwaldfreunde e.V. in Verbindung, die sich in einem Brief vom 28.12.1959 an die AKB ebenfalls gegen „die Waldzerstörung an der Ost- und Westflanke des Hardtwaldes und den tiefen Einbruch in den Fasanengärten“ aussprachen.

Zuvor hatte die AKB Einspruch gegen den Generalbebauungsplan der Technischen Hochschule

eingelegt (Brief an OB Günther Klotz vom 14.12.1959). Die AKB wandte sich gegen die beträchtliche Erweiterung der „Fridericiana“ und erklärte: **„Wir werden uns für jeden zu fällenden Baum im Hardtwald einsetzen und haben uns zum Ziel gesetzt, wenn notwendig einen Bürgerentscheid hierwegen herbeizuführen.“** Unterzeichnet war der Einspruch von Friedrich Butz und Emil Rotter, 1. und 2. Vorsitzender der AKB.

Im Ergebnis stimmte der Gemeinderat am 16.02.1960 und der Stadtplanungsbeirat am 12.04.1960 aber der Erweiterung, d. h. dem Generalbebauungsplan der Technischen Hochschule zu.



Stadtarchiv Karlsruhe

9.3.2 Forstreform in den 2010er-Jahren

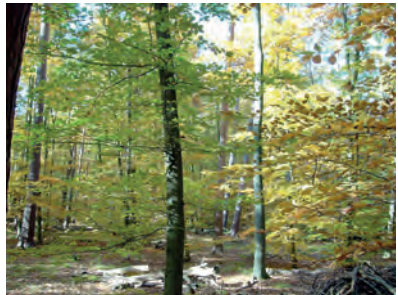
Es wäre zu schön gewesen, wenn in Karlsruhe das Einheitsforstamt die Forstreform überlebt hätte. Ausgangspunkt war eine kartellrechtliche Klage, maßgeblich der Holzindustrie. Der Bund Deutscher Forstleute informierte darüber seine Mitglieder im April 2018 und nannte es treffend „*Ein Holzkrimi tobt durch das Land*“. Um was ging es?

Nördlich von Karlsruhe liegt der Hardtwald, dessen Besonderheit darin besteht, dass er mit dem Schloss- bzw. Fasanengarten als Grünzone bis an die Innenstadt von Karlsruhe reicht, was auf den einzigartigen Grundriss als barocke Planstadt zurückzuführen ist. Damit bildet der Hardtwald neben seiner Funktion als Naherholungsgebiet und als Standort zur Trinkwassergewinnung auch eine wichtige Zone zur Kaltluftbildung sowie eine Frischluftschneise für die Stadt.

Die Verwaltung und Organisation des Forsts lagen in Karlsruhe in einer Hand, in der des städtischen Forstamts als **Einheitsforstamt**, obwohl der Hardtwald sich im Stadtkreis in etwa je zur Hälfte aus Stadtwald (2.250 ha) und Staatswald (2.326 ha) zusammensetzt. Das städtische Forstamt war also die Anlaufstelle für alle Belange des Waldes in Karlsruhe.

Dies wurde 2015 grundsätzlich infrage gestellt in der eingangs erwähnten kartellrechtlichen Klage durch mehrere Instanzen. Sie wurde letztinstanzlich (Bundesgerichtshof BGH 12.06.2018) abschlägig beschieden.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens wurde allerdings bereits 2016 eine Neuorganisation des Landesforstes in den Koalitionsvertrag der Landesregierung geschrieben und auch angegangen, obwohl sich herausstellte, dass eine zwingende organisatorische Trennung von Stadtwald und Staatswald, die bis zum BGH-Urteil im Raume stand, nun nicht mehr erforderlich sei.



Quelle: Günter Josef Radig

Gegen das Herauslösen des Staatswaldes aus dem Einheitsforstamt gab es heftigen Widerstand. Die Stadtverwaltung stand daher mit der Landesregierung in Kontakt, um eine für den Wald im Stadtkreis Karlsruhe zufriedenstellende Lösung zu finden, bei der eine Forstverwaltung für den gesamten Wald zuständig bleibt. Mehrere Schreiben mit mehreren Lö-

sungsmöglichkeiten (Kauf, Pacht oder organisatorische Lösung) wurden an das Ministerium gerichtet. Sogar ein persönliches Gespräch zwischen Stadtverwaltung und Ministerium fand auf höchster Ebene statt.

Um dem Anliegen Nachdruck zu verleihen, taten sich verschiedene Vereine und Verbände, gemeinsam mit den **BVen in Karlsruhe, vertreten durch die AKB**, sowie Industrievertretern zusammen, um sich direkt an den zuständigen Minister Peter Hauk zu wenden. In einem abgestimmten Schreiben vom Juli 2018 wurden die Forderungen der Stadtverwaltung auf breiter Basis bekräftigt. Dabei hat die AKB in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung, insbesondere dem Forstamt, gehandelt.

Trotz abschlägigem Antwortschreiben setzte die AKB darauf, dass eine Sonderlösung für den Stadtkreis Karlsruhe noch möglich sein müsse. Die AKB gab im November 2018 eine weitere Stellungnahme im Beteiligungsportal des Ministeriums ab und wandte sich parallel nochmals an Minister Hauk.

Auch weitere Initiativen des Gemeinderats zusammen mit der Stadtverwaltung halfen nichts: Zum Jahresbeginn 2020 wurde die vom Land beschlossene Forstreform in Kraft gesetzt. Der Forstbetrieb im Staatswald auf Karlsruher Gemarkung ist nun zwei verschiedenen Forstbezirken zugeordnet: der überwiegende Teil des Staatswaldes mit dem Schwerpunkt im nördlichen Hardtwald dem Forstbezirk „Hardtwald“ mit Dienstsitz in Waghäusel-Kirrlach, der kleinere Teil des Staatswaldes zwischen Durlach und dem Thomashof, der sogenannte Rittnertwald, dem Forstbezirk „Unterland“ mit Dienstsitz in Eppingen. Demzufolge gibt es nicht einmal mehr eine örtliche Ansiedelung in Karlsruhe.

9.3.3 Masterplan 2015 – Landschaftspark Rhein

Auch im Hinblick auf den „Stadtgeburtstag 300 Jahre“ 2015 entwickelte die Stadt über zwei Jahre bis zur Veröffentlichung im Januar 2007 einen „Masterplan 2015“ mit 12 Themenfeldern, darunter „Stadt am Rhein“ mit dem Leitprojekt „Landschaftspark Rhein“. Zur Einordnung der Umsetzung schrieb OB Fenrich im Vorwort: *„Der jetzt vorliegende „Karlsruher Masterplan 2015“ versteht sich dabei als ein Orientierungsrahmen, an dem alle Verantwortlichen ihre Entscheidungen und ihr Vorgehen zur zukünftigen Entwicklung Karlsruhes ausrichten. ... Das Wie wird dann in der Umsetzungsphase geplant, diskutiert und entschieden. Damit bleibt der Prozess dynamisch.“*

Die Beschreibung des Prozessablaufs endete mit: „Die Umsetzung der Leitprojekte steht in engem Zusammenhang zu den weiteren auch gesetzlich wahrzunehmenden Aufgaben der Stadtverwaltung. Sie findet letztlich darin auch ihre Begrenzung.“ Also ein Masterplan nach dem Motto „Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste“.

Für das Leitprojekt „Landschaftspark Rhein – PAMINA - Rheinpark“ wurde vermerkt „läuft bereits, Fertigstellung bis 2015“. Als wesentliches Element des Landschaftsparks Rhein erhielt das Karlsruher Rheinufer eine durchgehende Wegverbindung von der südlichen bis zur nördlichen Gemarkungsgrenze. Die Brücke über die Hafeneinfahrt wurde das „Tor“ zur Stadt. Weiter ging es mit den Vorhaben rund um das Hofgut Maxau, um den Knielinger See und um die Aufwertung des Jachthafens.



Entwurf: Thomas Henz, Gartenbauamt Karlsruhe

Der **AKB-Vorstand** befasste sich im Januar 2009 mit dem Vorhaben im Rahmen einer Konzeptvorstellung von Ute Müllerschön, als Pächterin des Hofguts zusammen mit ihrem Mann Thomas. Zum durchgehenden Geh- und Radwegkonzept wurde hinsichtlich der zwei benötigten Brücken festgehalten, dass zur Kostenübernahme ein PPP-Modell (Publik-Privat-Partnership) erforderlich sei, „da im Gemeinderat zur Finanzierung ... keine Mehrheit zu finden sein wird“. Beschlossen wurde, zu einer Informationsveranstaltung einzuladen, die am 25. Juni 2009 im Knielinger Museum stattfand.

Der AKB-Vorsitzende Fritz schrieb dazu im FB 3/2009: „Der Landschaftspark Rhein beschäftigt die Bürgervereine. Im Juni treffen sich die Vorstandsvorsitzenden der 25 Karlsruher Bürgervereine zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der AKB mit Gartenbaudirektor

Helmut Kern, Stadträten und Verbandsvertretern.“ Er beendet seinen Artikel mit: „Aber letztlich kommt es auf das schnelle Umsetzen des Konzepts an, sonst bleibt dieses Projekt trotz der Steigerung des landschaftlichen Reizes nur Stückwerk“. Dem ist nichts hinzuzufügen: Das „Tor zur Stadt“ fehlt noch 2025.

9.3.4 Forum Recht

Am 22. März 2019 hatte der Bundestag in einem Stiftungsgesetz entschieden, das großartige Projekt „Forum Recht“ auf den Weg zu bringen und als **Hauptstandort Karlsruhe (neben Leipzig)** ausgewählt. Dieses Forum soll als ein internationaler Ort der Begegnung und Information über den Rechtsstaat und die Geschichte des Rechts entstehen und damit das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat fördern. *„Das wird kein Museum werden, sondern ein innovatives und interaktives Begegnungszentrum, wo Rechtsstaat sehr greifbar wird, wo wir die Werte und die Bedeutung des Rechtsstaats vermitteln können“*, erklärte die damalige Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley. Primäres Ziel der **„Stiftung Forum Recht“** ist es, Recht und Rechtsstaat erlebbar werden zu lassen und für die Bewahrung rechtsstaatlicher Prinzipien zu werben.

Nach einer Machbarkeitsstudie 2017 für den Standort Karlsruhe wurde im Januar 2018 im Gemeinderat über das Forum Recht und dessen Standort in Karlsruhe einstimmig zustimmend abgestimmt. Im März 2019 wurde das Bundesgesetz beschlossen: Für Karlsruhe wurde der BGH-Standort mit genauer Straßenbegrenzung festgelegt und für Leipzig ohne örtliche Festlegung.



BGH, ehemaliges Erbgroßherzogliches Palais und Palaisgarten, Quelle: Fränkle, Stadt Karlsruhe, schwarzer Umriss (Forum Recht) von den Autoren.

Das Forum Recht sollte also auf dem **bundeseigenen Areal des BGH**, neben dem Erbgroßherzoglichen Palais in der Herrenstrasse/Kriegstrasse, entstehen.

Der **Bürgerverein Stadtmitte** argumentierte im Stober-Bürgerheft 6/2019 gegen den Standort aus mehreren Gründen: mikroklimatische Lage, Erhalt der unter der Baumschutzverordnung stehenden Bäume und vor allem aus städtebaulicher und historischer Sicht Beeinträchtigung des ehemaligen Erbgroßherzoglichen Palais und des Palaisgartens. Alternative, würdigere Standorte wurden vorgeschlagen. Nicht nur der BV Stadtmitte sprach sich gegen den Standort am Karlstor aus, sondern auch weitere BVe.

Eingesetzt hat sich die Initiative „Unser Karlsruhe – lebenswert – nachhaltig – klimagerecht“, ein Zusammenschluss von Institutionen der Wirtschaft, Stadtgesellschaft sowie des Umwelt- und Naturschutzes unter der Leitung von Prof. Robert Mürb, bei der die AKB Mitglied ist, mit mehreren Anläufen 2019 und 2020. In einem offenen Brief der Initiative vom 18.10.2019 an die Fraktionen des Gemeinderates und die Stadtverwaltung und den Oberbürgermeister, heißt es *„So unverzichtbar das „Forum Recht“ für die „Residenz des Rechts“ Karlsruhe ist, so ungeeignet erscheint verschiedenen Organisationen der Standort direkt am Karlstor aus Gründen des Städtebaus, des Denkmalschutzes im Sinne des kulturellen Erbes und der Erhaltung des historischen Parks bis zum Karlstor.“*

2020 gab es weitere Stellungnahmen, auch an den Gemeinderat, in denen für vergleichsweise **bessere und würdigere Standorte** geworben wurde. Einbezogen wurden BGH-Präsidentin Bettina Limperg, Dr. Ingo Wellenreuther, MdB und Ullrich Eidenmüller, Vorsitzender des Fördervereins FORUM RECHT e.V.. Trotz kontroverser Diskussion konnte der Gemeinderat Ende September 2020 keine Änderung der Standortfrage erreichen. Vorgeschlagene alternative Standorte waren vor allem der Schlossplatz in Symmetrie zum BVG (KIT-Gebäude im Landesbesitz) oder das Markgräfliche Palais am Rondellplatz (im Privatbesitz).

Nach der Standortdebatte wurde im Oktober 2020 der Aufstellungsbeschluss im Planungsausschuss verabschiedet. Ein Architektenwettbewerb kann stattfinden, sobald in Berlin die Entscheidungen getroffen werden. Die neue Bundesregierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zur Stiftung Forum Recht in Karlsruhe und Leipzig.

9.4 Soziale Quartiersentwicklung

Die Notwendigkeit einer sozialen und sozialräumlich ausgerichteten Quartiersentwicklung wurde früh erkannt und daher bei den ersten Stadtentwicklungsprozessen ab 2001 berücksichtigt. In den einzelnen Prozessen waren die jeweiligen BVe eingebunden und tauschten ihre Erfahrungen über die AKB aus. Ziel war es, allen Bevölkerungsgruppen die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben zu ermöglichen.

Ein **Gesamtkonzept** wurde aber erst 2017/2018 entwickelt: die „**Quartiersentwicklung Karlsruhe 2020**“. Im Januar 2018 wurde ein trägerübergreifender **Lenungskreis** eingesetzt, der sich aus verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere der bisher in der Quartiersarbeit tätigen Träger und der AKB zusammensetzte. Übergreifendes Ziel war die Entwicklung inklusiver und generationengerechter Quartiere, in denen verschiedene Bedarfe und strukturelle Unterschiede berücksichtigt werden. Dieses Konzept wurde im Juli 2018 vom Gemeinderat verabschiedet.

Bei den stadtteilbezogenen Aktivitäten in bevorzugt erstausgewählten Stadtteilen beteiligten sich die Bürgervereine als intime Kenner ihrer Stadtteile frühzeitig. Sie wirkten in unterschiedlicher Form konkret mit. Gleichzeitig war die AKB als übergeordnete Ansprechpartnerin der städtischen Ämter bei den Konzeptentwicklungen eng eingebunden. AKB-Vertreter war das AKB-Vorstandsmitglied Reimund Horzel, der für den Kontakt zur Stadtverwaltung beauftragt war.

Ab 2020 wurde das Konzept zum „**Konzept Soziale Quartiersentwicklung**“ (**SQE**) weiterentwickelt. Das erweiterte Konzept zielt darauf ab, inklusive und generationengerechte Quartiere zu schaffen, in denen verschiedene Bedarfe und strukturelle Besonderheiten berücksichtigt werden. Dafür sollten in der gesamten Stadt Karlsruhe 1. Stadtteilnetzwerke entstehen (koordiniert von Stadtteilkoordinatorinnen und -koordinatoren), 2. Stadtteilhäuser als generationenübergreifende Begegnungszentren geschaffen sowie 3. die Quartiersarbeit bedarfsgerecht gefördert werden (neue Förderrichtlinien). Für eine gute Soziale Quartiersentwicklung wurde außerdem eine enge Zusammenarbeit von bürgerschaftlich Engagierten, Politik, Verwaltung und sozialen Trägern als unerlässlich betrachtet.

Bei der Weiterentwicklung des Konzepts war die AKB in engem Austausch mit den Dezernaten 2 (BM Dr. Albert Käuflein) und 3 (BM Dr. Martin Lenz), den zuständigen Ämtern und mit dem Gemeinderat.

Es gab Zukunftswerkstätten, Workshops und das **Begleitgremium Soziale Quartiersentwicklung**, in dem die AKB vertreten ist. Hinzu kamen seit 2020 jährliche Austauschtreffen der Sozial- und Jugendbehörde mit allen BVen.

Der Gemeinderat debattierte die jeweiligen Konzepte 2018 bzw. 2020 in mehreren Sitzungen im Sozialausschuss. Im Juli 2023 verabschiedete er das Konzept SQE. Zuvor, im März 2023, hatte die AKB-Vollversammlung

Fördermodule – Soziale Quartiersentwicklung | August 2022



Quelle: SJB, Stadt Karlsruhe

beschlossen, den **Arbeitskreis SQE** unter dem Vorsitz von Dr. Christine Dörner (Vors. des BV Beiertheim) zu gründen. Damit konnte die Konzeptentwicklung noch enger begleitet und einige für die BV-Praxis bedeutsame Änderungen erreicht werden. Dazu verfasste die AKB verschiedene Stellungnahmen und führte Gespräche mit den Ämtern. Infolge dessen wurde die Vorgabe der Anzahl der Angebote für ehrenamtlich betriebene Stadtteilhäuser um ca. 50% reduziert, die sehr kurz bemessene Entwicklungszeit für Stadtteilhäuser-Konzepte verdoppelt und das Fördervolumen flexibler einsetzbar.

Weiter wurden AKB und Gemeinderat Teil des Begleitgremiums Soziale Quartiersentwicklung, um die oben genannte Bedeutung der engen Zusammenarbeit zu betonen.

Trotz der guten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung konnten noch nicht alle Forderungen seitens der BVe umgesetzt werden. Auch werden die BVe nicht immer angemessen in die Aktivitäten einbezogen, fordern dies aber ein. Es gibt nach wie vor nicht für alle Stadtteile SQE-Mittel für die Entwicklung und Förderung sorgender Gemeinschaften und fürsorglicher Nachbarschaften auf Basis bürgerschaftlichen Engagements, was von den BVen bemängelt wird. Dazu sind **Partizipation und Mitentscheidung** der BVe und der Menschen in allen Stadtteilen zu stärken, z. B. mit **Bürgerhäusern und durch Projektförderung**. Für alle Stadtteile sollte es ein **Stadtteilbudget** geben nach dem Vorbild der Projektförderung beim Stadtgeburtstag 2015. Diese Themen werden von der AKB mit Nachdruck weiterverfolgt.

9.5 Aktuelle politische Themen

Abfallentsorgung

Als in den 1980er-Jahren den Kommunen der Müll über den Kopf wuchs, beschloss der Gemeinderat 1988 den Bau eines Müllheizkraftwerks und dafür 1992 den Standort Rheinhafen. Bereits im November 1988 hat die **AKB** einen Ausspracheabend mit der Stadtverwaltung zur thermischen Abfallverwertung anberaumt. In der VV vom 27.01.1993 diskutierten BM Ullrich Eidenmüller und Dr. Rolf Wiedenmann, Vorsitzender des BV Daxlanden, zu „Pro und Kontra Müllverbrennung“ unter Teilnahme von Dr. Koch, Vertreter der Karlsruher Ärzteschaft. Gleichzeitig stellte die AKB einen Antrag an den OB, parallel zum Planfeststellungsverfahren für die Müllverbrennungsanlage andere Müllentsorgungsmöglichkeiten untersuchen zu lassen. 1994 stieg die Stadt auf eine damals vielversprechende neue Technik um, auf eine von einer italienischen Firma vertriebene **Thermoselect**-Anlage. Die von der EnBW betriebene Anlage kam über den Probetrieb ab 1999 nie hinaus und musste wegen vielfältiger Mängel bereits 2004 stillgelegt werden.

2008 versuchte die AKB zusammen mit der Politik, die „Blaue Tonne“ zu verhindern, um die **Papiersammlungen** örtlicher Gruppen zu stützen. Das Gericht gab der Firma Kühl allerdings Recht, da die Argumente der Stadt Karlsruhe gegen die Blaue Tonne nicht ausreichend waren. Auch gegen die Blaudeckeltonne der Stadt Karlsruhe hat sich die AKB 2014 aus gleichem Grund ausgesprochen.

2019 wurde das Verpackungsgesetz verabschiedet, das die Dualen Systeme verpflichtete, die recyclingfähigen Abfälle zu sammeln. Sogenannte Leichtverpackungen des Systems „**Grüner Punkt**“ konnten folglich nicht mehr über den Entsorger der Gemeinde eingesammelt werden. Bisher landeten diese in Karlsruhe zusammen mit anderen Wertstoffen, mit Ausnahme von Papier und Holz, in der Wertstofftonne.

Der Gemeinderat votierte in seiner Sitzung am 28.03.2023 mit einer knappen Mehrheit für den Erhalt der **Wertstofftonne** und damit gegen die Gelbe Tonne, die nur für Leichtverpackungen vorgesehen ist. Vorausgegangen waren seit Sommer 2021 zahlreiche Aktivitäten der AKB: mehrere Gesprächsrunden mit der Stadtverwaltung und mehrere fundierte Stellungnahmen der AKB.

Unabhängig von der Entscheidung des Gemeinderats musste die Leerung der Wertstofftonnen 2024 an das Dualen Systems übergeben und von diesem ausgeschrieben werden: Knettenbrech + Gurdulic (K+G) be-

kam den Zuschlag. Wegen der unbefriedigenden Leerungspraktiken von K+G gab die AKB dem Gemeinderat für Februar 2024 die Empfehlung ab, Maßnahmen zur Abhilfe zu erörtern.

Im März 2025 wurde mit der AKB der aktuelle Sachstand zu Überlegungen einer Neuordnung des **Vollservices** in Karlsruhe für den TSK-Service für Restmüll, Grünabfälle und Papier besprochen, der am 27. Mai im Gemeinderat beschlossen wurde. Für die Wertstoffentsorgung durch K+G trifft diese Neuregelung zum Vollservice nicht zu. Das kann bei der nächsten Ausschreibung 2026 neu geregelt werden. Die AKB wird das Thema im Interesse der Bevölkerung weiter aufmerksam verfolgen.

Energieleitplan (ELP)

Um in Deutschland die Ziele der Energiewende zu erreichen, gab es verschiedene Initiativen und Gesetze auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Der Karlsruher Gemeinderat beschloss 2020 im Klimaschutzkonzept die Erstellung eines **Energieleitplans (ELP)**. Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes des Landes Baden-Württemberg wurde daraus eine gesetzliche Verpflichtung. Danach war eine **kommunale Wärmeplanung** spätestens bis zum 31.12.2023 beim Regierungspräsidium Karlsruhe einzureichen. Karlsruhe ging mit seinem ELP über die Verpflichtung hinaus und betrachtete neben dem Bereich Wärme auch den Bereich Strom, dessen Verbrauch künftig stark steigen wird. Hinzu kam auf Bundesebene im Herbst 2023 die Novellierung des **Gebäudeenergiegesetzes (GEG)**, welche auch eine kommunale Wärmeplanung als Orientierung für Gebäudeeigentümer vorschreibt.

Der ELP liegt seit September 2023 vor. Er ist ein strategisches Planungsinstrument für die Stadtverwaltung zur zukünftigen Energieversorgung. Die kommunalen Akteure werden in den nächsten Jahren damit planerisch weiterarbeiten. Ziel sind stadtteilbezogene Konzepte für den abgestimmten Fern- und Nahwärmeausbau.

Die **AKB** gründete für diese Herausforderung bereits auf ihrer VV im Frühjahr 2023 eine **Arbeitsgruppe „Energiewende“** unter der Leitung von Dr. Jürgen Scherle (Vors. BV Oststadt). Das Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die städtischen Aktivitäten zum Thema Energiewende kritisch und konstruktiv zu begleiten. Die AKB hat bereits verschiedene Aktivitäten gestartet und dabei die Stadtwerke Karlsruhe und die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur KEK einbezogen. Die AKB ist im Austausch mit der Stadtverwaltung und dem Klimabündnis. Sie verfasste eine Stellungnahme zum ELP für den Gemeinderat am 28.11.2023. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung.

Grundsteuerreform 2025

Da durch das Baden-Württemberg-Modell der Grundsteuerreform nur die Grundstücksbewertung ohne Berücksichtigung der Immobilie zugrunde gelegt wird, werden Eigentümer mit größeren Grundstücken vielfach mit einer unverhältnismäßigen Erhöhung der Grundsteuer belastet. Die **AKB** gab dazu eine Stellungnahme an den Karlsruher Gemeinderat ab. Hierin forderte sie, denn Hebesatz Grundsteuer B für die Jahre ab 2025 derart festzulegen, dass Eigentümer mit größeren Grundstücken und mit eingeschränktem Baurecht nicht um das Vielfache des bisherigen Betrags belastet werden dürften, ohne die Möglichkeit zu haben, dem mit der Reform verbundenen Ziel der Nachverdichtung nachkommen zu können. Damit sollte die Stadt anerkennen, dass eine Vervielfachung des Grundsteuerbetrags für die Betroffenen nicht zumutbar und gesellschaftspolitisch schwer zu akzeptieren ist. In der folgenden Gemeinderatssitzung im Oktober 2024 über die Entscheidung des Hebesatzes wurden für Härtefälle Prüfungen in Aussicht gestellt. Gleichfalls kündigte der Gutachterausschuss eine Überprüfung der Bodenrichtwerte, die der Berechnung zugrunde liegen, im Einzelfall an.

Bündnis für Demokratie und Menschenrechte

Im Februar 2024 hat sich das Karlsruher Bündnis für Demokratie und Menschenrechte mit über 40 lokalen Organisationen gegründet. Dies sind Initiativen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Parteien, Vereine, Verbände und Institutionen. Nach dem Vorbild des Bündnisses auf Landesebene betont der breite zivilgesellschaftliche und überparteiliche Zusammenschluss das gemeinsame Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Region. Die **AKB** ist nach einstimmigem Vorstandsbeschluss diesem Bündnis beigetreten. Am 8. April 2024 war es soweit: Die Koordinierungsgruppe des Bündnisses veröffentlichte eine gemeinsame Erklärung, in der sich die Bündnispartner für ihre namensgebenden Werte positionierten. Das Bekenntnis zu Menschenwürde sowie zum Demokratie-, Rechtsstaats- und Sozialstaatsprinzip eint die vielfältigen Akteure aus der Karlsruher Stadtgesellschaft. Mittlerweile haben sich bereits über 70 Organisationen zusammengeschlossen.



Leitlinienprozess Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Stadt Karlsruhe hat sich zum Ziel gesetzt, Leitlinien zur Bürgerbeteiligung zu entwickeln. 2023 startete das Amt für Stadtentwicklung (AfSta)

hierfür einen Diskussionsprozess. Ein trialogisch besetztes Konzeptgremium mit Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderates, der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft sollte diese Leitlinien entwickeln. Nach dem Eigenanspruch des AfSta sollen die Leitlinien für eine systematische und mitgestaltende Öffentlichkeitsbeteiligung die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung auf eine neue Basis stellen und die Verwaltung verpflichten, diese anzuwenden.

Die **AKB** war von Anfang an in den verschiedenen Diskussionsformaten beteiligt, vor allem im Konzeptionsgremium, in dem Karin Armbruster, AKB-Vorstandsmitglied und Vors. BV Grünwinkel, die AKB vertritt. Unser Ziel war und ist es, die Bürgervereine als gesetzte Partner der Verwaltung im Prozess zu verankern, damit die Bürgerbeteiligung und die dafür gedachten Leitlinien auch zum gewünschten Erfolg führen. Um dieses zentrale Ziel bestmöglich zu erreichen, sollte den BVen eine besondere Verantwortung und Mitwirkung im Beteiligungsprozess zukommen, denn BVe sind überparteilich tätig und vertreten in direkter Kommunikation, z. B. bei Bürgerversammlungen, alle Menschen in ihrem Stadtteil. Zudem sind sie in der Regel mit den örtlichen Vereinen und Akteuren sehr gut vernetzt und haben somit die Möglichkeit, mehr Menschen direkt zu erreichen als jede andere Organisation.

Im Unterschied zu anderen Vereinen kümmern sich BVe um alle gesellschaftlich relevanten Themen und sind mit der AKB darüber hinaus auch stadtweit vernetzt. Damit nehmen die BVe im Konzert aller Vereine und Organisationen eine Sonderstellung ein, die in den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung abgebildet werden sollte. Die AKB hat sich daher bereit erklärt und sieht es auch als Erfordernis an, im Austausch mit der Stadtverwaltung eine Beschreibung der mitgestaltenden Rolle der BVe im Beteiligungsprozess zu erarbeiten. Der verwaltungsseitige Leitlinienprozess wird in der zweiten Jahreshälfte 2025 mit einer Gemeinderatsentscheidung abgeschlossen.

Haushaltseinsparungen Doppelhaushaltsplan 2026/27

Die AKB hat der Stadtverwaltung angeboten, dass wir als Bürgervereine bereit sind, uns konstruktiv am Prozess der Haushaltskonsolidierung für den nächsten städtischen DHH und die mittelfristige Finanzplanung einzubringen. Eine stadtteilbezogene, aber auch gesamtstädtische Interessenlage wäre für uns die Leitlinie. Hierzu wurde eine kreative Erörterung geeigneter Themenfelder im noch zu bestimmenden Gesprächsformat vorgeschlagen.

10. AKB in der Öffentlichkeit

„Tu Gutes und sprich darüber.“ Das gilt auch für eine ehrenamtlich geführte Bewegung, wie die der BVe. Durch Veranstaltungen in ihrem Stadtteil oder durch Präsenz machen sie immer wieder auf sich aufmerksam. Darin unterstützt sie die AKB bei zentralen Veranstaltungen. Beispielsweise mit Informationsständen bei den **Stadtfesten** zu den Stadtgeburtstagen oder zu den **Heimattagen** 2017 (Baden-Württemberg-Tag 2017).



AKB-Informationsstand Juli 2008



Heimattage 2017 im Mai

10.1 Die Verbrauchermesse offertta

Die Zusammenarbeit von Messe und AKB beruhte 2009 auf Gegenseitigkeit: Ziel der Verbrauchermesse offertta war, die Mitglieder der Bürgervereine über einen ermäßigten Eintrittspreis als Besucher zu gewinnen. Ziel der **AKB** war, die BVe bei den Messebesuchern bekannt zu machen. So konnte mit der Hinte-GmbH als Veranstalter der Verbrauchermesse ein Vertrag geschlossen werden: Die AKB erhielt für sie kostenneutral einen Standplatz auf der Messe.

Die Messe offertta wurde erstmals 1972 veranstaltet, bis 2002 auf dem Festplatz. Dann erfolgte der Umzug auf die Messe Karlsruhe und expandierte. 2012 übernahm die Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH (KMK) die offertta als Veranstalter und führte den Vertrag weiter.

Die AKB hatte am 19.08.2009 die BVe zu einer ersten Vorbereitungsitzung eingeladen, um die Gesamtkonzeption festzulegen. Da der Stand über die gesamte Messezeit von gut einer Woche zu besetzen war, wurden die einzelnen BVe, die sich beteiligt haben, den Messetagen zugeteilt, wobei zwei Vereine gleichzeitig anwesend sein sollten. Aus dem Kreis des

AKB-Vorstands wurde zusätzlich eine Stammmannschaft gebildet, die abwechselnd präsent war.



OB-Kandidat Dr. Frank Mentrup lernt 2012 Karlsruhe mit dem Fotorätsel besser kennen.

gezählt und für die Kartenziehung verwahrt. Am letzten Messetag wurde jeweils die Kartenziehung zelebriert.

Jeder der BVe war am Tag der Anwesenheit mit einem Plakat zu seinem Stadtteil vertreten und konnte mit der Ausgabe von Informationsmaterial an die Standbesucher für sich werben. Weitere Werbebeschenke waren jedem Verein freigestellt: Die Pralinen des BV Südweststadt bildeten regelmäßig das Highlight.

Für das erste Messejahr 2009 wurde für die Standbetreuer der BVe eine Fahrt nach Straßburg mit Besuch des Europaparlaments als „Belohnung“ vorgesehen, zusammen mit den drei Gewinnern des Bilderrätsels. Neuland für die AKB wurde mit einem Flyer über die AKB und ihre Vereine betreten, in dem dieser über Werbepartner finanziert wurde, die dafür mit ihrem Logo vertreten waren.

Ein für die Gestaltung des Standes sich als Glücksgriff erweisender Vorschlag kam von Rolf Apell (AKB-Vorstandsmitglied, Vors. BV Stadtmitte), ein Fotorätsel anzubieten. Auf drei große Tafeln wurden Fotos von Stadtteilen abgebildet. Auf den Teilnahmekarten waren die Stadtteile genannt, jedoch war zu erraten, welcher der Stadtteile auf welcher der Tafeln mit einem oder mehreren Bildern vertreten war. Täglich wurden die Karten



AKB-Vorsitzender Prof. Fritz bei der Ziehung der Gewinner 2012



AKB-Rätselhelfer 2013:
J. Sickinger links, H. Müller



Ziehung 2018: AKB-Vorsitzender
Dr. H. Rempp (rechts) mit Barockdame,
J. Gröbel (Mitte)

Das Konzept, das in wenigen Wochen und mit zwei Organisationsbesprechungen entstanden war, war in seinem Kern so erfolgreich, dass es über 10 Jahre beibehalten werden konnte. Geändert haben sich die Bilder, die Erweiterung auf 10 Preise Dank weiterer Sponsoren und das Dankeschön an die Standbetreuer: vom Jakobustheater 2010 über eine Führung durch das Staatstheater 2013 bis zur Besichtigung der neuen Leitstelle der Feuerwehr 2018.

Begann der Messeauftritt zunächst mit einem einfachen Messestand, so konnte 2016 mit einem professionell gestalteten Stand, der der AKB zur Verfügung gestellt wurde, eine neue Qualität der Außendarstellung erreicht werden. Dennoch ging in den letzten Jahren die Zahl der Messekontakte deutlich zurück. Der Anteil auswärtiger Messebesucher stieg stetig an, sodass kaum neue Mitglieder aus Karlsruhe für die BVe gewonnen werden konnten. Die Vorteile, dass sich die BVe sowohl intern austauschen, als auch ihre Arbeit in der Öffentlichkeit darstellen konnten, wogen die Nachteile des abnehmenden Zielpublikums nicht auf. Dies führte zur Entscheidung, die Teilnahme an der offerta zu beenden, zumal nach 2019 eine „Coronapause“ entstand. Nachgeholt wurde 2023 nur noch das Dankeschön an die Standbetreuer von 2019 mit einer Busfahrt nach Rastatt zur Besichtigung des Schlosses im Rahmen einer Führung und mit geselligem Abschlussessen im Hopfenschlingel.

10.2 Einbürgerung und Einbürgerungsfeier

Jahr für Jahr wird eine große Zahl an Personen mit ausländischer Nationalität in Karlsruhe eingebürgert und erlangt so die vollen politischen Teilhaberechte. Z. B. erhielten 2011 ca. 300 Menschen mit Migrationshintergrund die Einbürgerungsurkunde, nachdem in den Jahren 2006/07/08 die Anzahl der Einbürgerungen gesunken war.

Eine Würdigung erfährt der zunächst reine Verwaltungsakt der Einbürgerung mit einer jährlich stattfindenden Einbürgerungsfeier der Verwaltung der Stadt Karlsruhe mit einer Begrüßungsrede des OB, einer Rede einer Neubürgerin oder eines Neubürgers, stellvertretend für alle Neueingebürgerten, und einer musikalischen Umrahmung vom Orchester des Helmholtz Gymnasiums.

Die **AKB** hat sich seit 2017 für die Einbürgerungen interessiert. Neben dem regelmäßigen Besuch der Einbürgerungsfeier wurden Kontakte mit der Leitung des Ordnungsamts und dem zuständigen Sachgebiet „Einbürgerung“ aufgenommen und die Unterstützung der BVe angeboten. Zunächst verständigte man sich darauf, dass beim Verwaltungsakt der Einbürgerung den Menschen Informationsmaterial über die BVe der einzelnen Stadtteile mit dem Hinweis ausgehändigt wird, dass diese bei der Integration in den Stadtteil behilflich sein können. Auch der OB wies in der Folge in seinen jeweiligen Reden kurz auf das Angebot der BVe hin.

Im Sinne der kontinuierlichen Verbesserungen führten die Gespräche mit dem Büro für Integration der Sozial- und Jugendbehörde zu der Idee, das Thema gesellschaftliche Mitgestaltung nicht nur durch den OB anzusprechen, sondern anhand von Informationsständen im Foyer direkte Gespräche und Informationen anzubieten. Man sah insbesondere bei den BVen eine besondere Rolle. Aus der Auswertung der Veranstaltung von 2022 hat sich ergeben, dass es Informationsbedarf gibt zu Möglichkeiten, Karlsruhe und die Region zu erleben, und auch, sich einzubringen als Bürger des Landes und der Stadt. Dies führte zu dem Plan, eine kleine Informationsmeile mit sieben Organisationen anzubieten, darunter die AKB. Die AKB war also im November 2023 mit einem Informationsstand vertreten und hatte Informationsmaterial von den BVen aller Stadtteile am Stand. 508 Karlsruher Neubürgerinnen und Neubürger aus 58 Ländern erhielten 2023 in Karlsruhe die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Aktion war so erfolgreich, dass sie 2024 im Rathaus wiederholt wurde. 2024 erhielten 439 Personen den deutschen Pass. Die Standanfrage für 2025 wurde auch schon positiv beschieden und wird derzeit bearbeitet.



Einbürgerungsfeier 2017, Maximilian Lipp, 1. v. l., Meri Uhlig 2. v. r., OB Dr. Frank Mentrup 1. v. r., Foto: Fränkle



Einbürgerungsfeier 2023, mit Herbert Müller, AKB

11 AKB – für die Gesellschaft im Ehrenamt

11.1 Die Vorsitzenden ab 1953



**Friedrich
Butz**

1953-1958

Vorsitzender
des Bürger-
verein der
Oststadt

Stadtarchiv Karlsruhe
8/BA Schlesiger
A12/10/6/4

Butz, Friedrich



**Dr. Karl-Heinz
Hugenschmidt**

1958-1995

Stadtarchiv Karlsruhe
8/BA Schlesiger
A30/166/4/31

Hugenschmidt
1. Vorsitzender



Gerhard Herm

1995-2002

Ehrevors. des
Bürgerverein
Weiherfeld-
Dammerstock

Stadtarchiv Karlsruhe
8/BA Schlesiger
A57/104/5/12

Gerhard Herm
Gerhard Herm
(1. Vorsitzender)



**Prof. Dr.
Wolfgang
Fritz**

2002-2016

Stellv. Vors. des
Bürgerverein
Oststadt

Wolfgang Fritz
Wolfgang Fritz
(1. Vorsitzender)



Dr. Helmut Rempp
seit 2016

Vorsitzender des
Bürgerverein Rintheim
seit 2010

11.2 Vorstandsmitglieder mit besonderer Ehrung



Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA
Schlesiger A40/111/1/05

1980

Dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine von 1958 bis 1995 **Dr. Karlheinz Hugenschmidt** wurde für seine langjährigen Verdienste im Ehrenamt von OB Otto Dullenkopf das **Bundesverdienstkreuz** am Bande verliehen.



Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA
Schlesiger A53_197_1_01

1987

Dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine von 1995 bis 2002 **Gerhard Herm** wurde für seine langjährigen Verdienste im Ehrenamt von OB Prof. Dr. Gerhard Seiler das **Bundesverdienstkreuz** am Bande verliehen. Gewürdigt wurde auch die Tätigkeit als Vorsitzender des Karlsruher Anglervereins und zuvor Vorsitzender des Bürgerverein Weiherfeld-Dammerstock 1961 bis 1982 und anschließend stellv. Vorsitzender der AKB.



2021

Für seine 25jährige Mitgliedschaft im AKB-Vorstand, seit 1995 als Beisitzer und seit 2014 als Schriftführer, wurde **Jürgen Gröbel** geehrt. OB Dr. Frank Mentrup überreichte eine **Urkunde für ehrenamtliches Engagement** der Stadt Karlsruhe. Der AKB-Vorsitzende Dr. Helmut Rempp überreichte die **Wolfgang-Fritz-Medaille** für besondere Verdienste. Bei der Bürgergesellschaft Südstadt wurde er nach 18 Jahren Tätigkeit im Vorstand zum Ehrenmitglied ernannt.

11.3 AKB-Vorstände vor 20 Jahren und heute



Der AKB-Vorstand nach der Wahl 2002 mit dem neuen und alten Vorsitzenden:

Vordere Reihe von links – Richard Haller, Harald Dirr, Vorsitzender Prof. Dr. Wolfgang Fritz

Hintere Reihe: Ehrenvorsitzender Gerhard Herm, Hilde Willmann, Joachim Hornuff, Robert Pfeiffer, Dr. Hubert Keller

Es fehlen: Gunther Spathelf, Heiko Singer und Jürgen Gröbel

Der AKB-Vorstand nach der Wahl 2023 traf sich zur Vorstandssitzung.



Von links: Herbert Müller, Reimund Horzel, Marlies Pirlich, Rolf Apell, Vorsitzender Dr. Helmut Rempp, Dr. Markus Dreixler, Karin Armbruster, Dr. Andreas Bieberstein, Roger Hamann, Joachim Hornuff



Im Folgenden sind im Portrait unsere 25 Bürgervereine und deren Stadtteile dargestellt.

„Bürgerverein“ (BV) wird als Oberbegriff verwendet, auch für die Eigennamen

- Bürgergesellschaft (BG)
- Bürgergemeinschaft (BG)
- Bürgerkommission (BK)

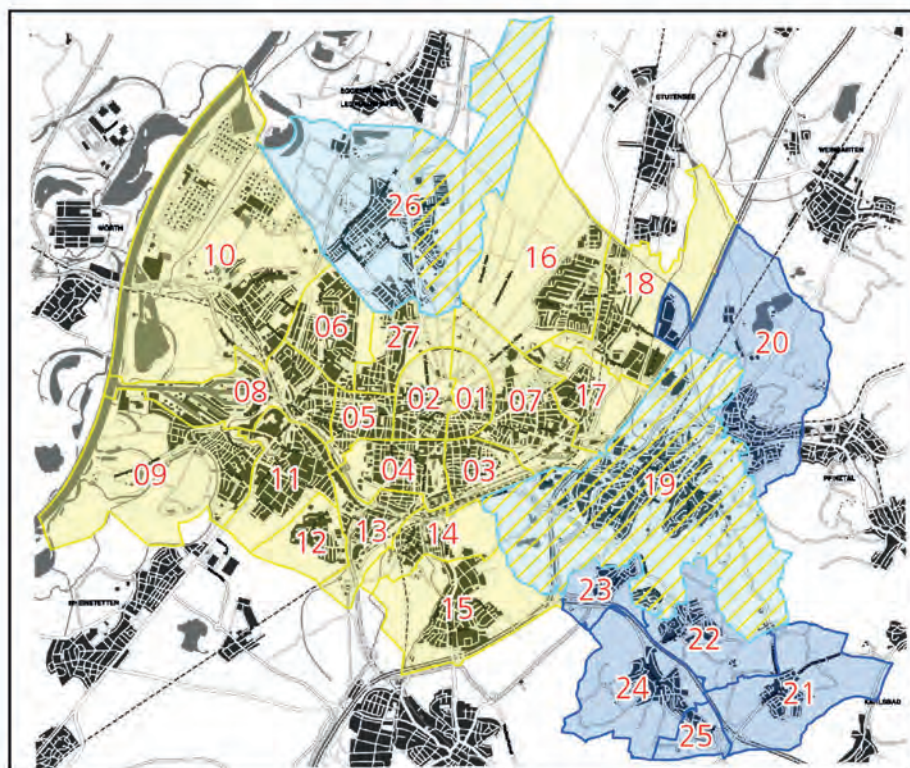
Einwohnerzahlen lt. „Daten und Fakten 2024/25“ AfSta, Stadt Karlsruhe, als Wohnberechtigte Bevölkerung, Stand 30.09.2023

Die Träger als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB) sind die 25 Bürgervereine im Stadtgebiet. Dadurch können sich ca. 88 % der Karlsruher Bevölkerung mit ihren Anliegen an ihren Bürgerverein wenden. In den sieben Stadtteilen, die im Zuge der Gemeindereform der 70er Jahre ihre Selbständigkeit als Gemeinde verloren, werden die Interessen der Bevölkerung durch sechs Ortschaftsräte (OR) vertreten. Die zuvor zusammengelegten Ortschaften Grünwettersbach und Palmbach erhielten einen Ortschaftsrat.

Im Zuge dieser bevorzugenden kommunalen Regelung forderten früher eingemeindete Stadtteile gleichfalls Ortschaftsräte, was jedoch erfolglos war. Lediglich Durlach wurde ein Ortschaftsrat und ein Stadtamt mit erweiterten Kompetenzen zugestanden, sodass insgesamt für ca. 25 % der Bevölkerung in Wahlen ermittelte und parteipolitisch gebundene Kommunalpolitiker die Interessen dieser Stadtteile wahrnehmen. Durch die beiden Besonderheiten, dass in Neureut neben dem Ortschaftsrat zwei zugehörige Siedlungen einen Bürgerverein haben und in Durlach mit drei Bürgervereinen eine Doppelstruktur besteht, ergeben sich mehr als 100 %.

Die 25 Bürgervereine zeichnen sich gegenüber den Ortschaftsräten durch ihre parteipolitische Unabhängigkeit aus. Darüber hinaus sind sie ganz überwiegend gemeinnützig tätig und die von den Mitgliedern gewählten Vorstände arbeiten ehrenamtlich zum Wohl des ganzen Stadtteils. Dies erfolgt nicht nur in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung, sondern auch durch gemeinschaftsbildende Aktionen und Veranstaltungen im Stadtteil. Mit dem Instrument der Bürgerversammlung haben die Bürgervereine bei herausgehobenen Entscheidungen zudem die Möglichkeit, nicht nur alle vier Jahre bei Wahlen, sondern unterjährig bei Bedarf eine Willensbildung der Bewohner herbeizuführen.

Auch wenn die Schwerpunkte der einzelnen Vereine, wie die folgenden Portraits zeigen, etwas differieren, so schaffen die zweimal jährlich durchgeführten Vollversammlungen der AKB die Gelegenheit, sich auszutauschen, voneinander zu lernen, sich abzustimmen und das Potential und die Kompetenz von über 250 Bewohnern der Stadt in den Vorständen zur Verfügung zu haben. Die Stadt Karlsruhe kann sich glücklich schätzen, einen basisdemokratischen Weg mit den Bürgervereinen in Ergänzung zum parteipolitischen Gemeinderat etabliert zu haben.



© Liegenschaftsamt | Stadt Karlsruhe

Stadtteile

01 - Innenstadt-Ost - BV	12 - Oberreut - BV	22 - Hohenwettersbach - OR
02 - Innenstadt-West - BV	13 - Beiherthim-Bulach - 2 BV	23 - Wolfartsweier - OR
03 - Südstadt - BV	14 - Weiherfeld-Dammerstock - BV	24 - Grünwettersbach - OR
04 - Südweststadt - BV	15 - Rüppurr - BV	25 - Palmbach - OR
05 - Weststadt - BV	16 - Waldstadt - BV	26 - Neureut - OR + 2 BVe - Neureut-Kirchfeld - Neureut-Heide
06 - Nordweststadt - BV	17 - Rintheim - BV	27 - Nordstadt - BV
07 - Oststadt - BV	18 - Hagsfeld - BV	
08 - Mühlburg - BV	19 - Durlach - OR + 3 BVe - Durlach und Aue - Untermühl- und - Dornwaldsiedlung - Bergwald	
09 - Daxlanden - BV	20 - Grötzingen - OR	
10 - Knielingen - BV	21 - Stupferich - OR	
11 - Grünwinkel - BV		

Vertretung

BV - Bürgerverein
OR - Ortschaftsrat
OR + BV
BV in Stadtteilen mit OR

Einwohner  6.530Fläche  160 ha

Innenstadt-Ost

1812 wurde das „Dörfle“, ursprünglich Klein Karlsruhe genannt, in die Stadt Karlsruhe eingemeindet.

Diese nahe dem Schloss gestattete Ansiedlung einfacher Häuser und Hütten, im Volksmund „Dörfle“ genannt, aber auch abfällig als Calaberich oder Barackendörfle bezeichnet, beherbergte beim Bau des Schlosses tätige einfache Handwerker, Arbeiter, Gewerbetreibende, einschließlich der Huren, und galt als sozialer Brennpunkt.

Mit über 18.000 Einwohner war das Quartier gegen Ende des 19. Jhdt. vollkommen überlastet. Das bürgerliche Karlsruhe tat sich bis in die Neuzeit schwer, den Charme des Milieus zu schätzen.

Erst mit der „Altstadtsanierung“ der sechziger und siebziger Jahre wurde das ‚Dörfle‘ in seine heutige Gestalt gebracht, nachdem ein Großteil der alten Bausubstanz zerstört wurde. Die alteingesessenen Bewohner wurden umgesiedelt und der größte Teil des ‚Dörfle‘ wurde zugunsten großer Wohnblocks, Entfernung oder Einfügung von Straßen und Plätzen neugestaltet. Die Neubauten stehen im eklatanten Gegensatz zu den neu sanierten alten Häusern in der Straße Am Künstlerhaus oder auch den Werkbund-Modellhäusern.

Zwischenzeitlich hat sich die Altstadt zu einem modernen und quirligen Stadtteil entwickelt, geprägt von den vielen Studenten, die hier leben und der hohen Dichte an Kneipen. So verbindet unser Stadtteil in einzigartiger Weise Zentrumsnähe mit Kunst, Kultur, Wissenschaft und Sport. Wer im ‚Dörfle‘ wohnt, profitiert von einem Vorteil, er hat alles vor der Haustüre.





Bürgerverein Altstadt e.V.

Der Bürgerverein Altstadt und Stadtmitte wurde bereits 1901 als Verein eingetragen, der die Existenz eines Innenstadtvereins namens „Bürgerverein der Altstadt e.V.“ nachweist, sich aber als Sprecher für die ganze Innenstadt sah. Der inhaltlich bestimmte Vereinszweck konnte in der nicht einheitlichen Innenstadt natürlich nicht gleich sein, so dass die konkreten Aufgaben nicht mehr differenziert wahrgenommen wurden.

Nach der Auflösung unter dem NS-Regime wurde der Bürgerverein Stadtmitte 1955 für den gesamten Innenstadtbereich wiedergegründet. Bereits um 1959 begann die Verwaltung mit einer umfassenden Planung für eine massive Flächensanierung der Altstadt, gegen die der Bürgerverein und die Bürgerschaft protestierten und sich leider erfolglos wehrten. Der Bürgerverein erwartete „Fortschritte in der Altstadtsanierung“, denn die Zustände in der Altstadt wurden immer unerträglicher. Da der Bürgerverein Stadtmitte die Interessen des Ostteils nicht mehr ausreichend vertrat, führte dies zur erneuten Gründung des Bürgervereins Altstadt (BVA), der 1974 beim Registergericht ins Vereinsregister eingetragen wurde.

Von da an trat der BVA mit Knut Jacob, damaliger erster Vorsitzender, in die aktive Auseinandersetzung mit der Stadt Karlsruhe im Zusammenhang mit der Flächensanierung zur Erweiterung der City mit einem geplanten Totalabriss anstatt Objektsanierung ein. Ab 2008 bis 2014 stand Ralf Cembrowitz, ab 2015 Erich Weichsel dem Bürgerverein Altstadt vor, die sich alle mehr als engagiert für die Bebauung und die Belange der Altstadt einsetzten.

Die Aufgaben des Bürgervereins bestehen in erster Linie aus Unterstützung und Vermittlung bei den gesellschaftlichen Problemen. Dabei vertritt er die Interessen der Bürger im Stadtteil bzgl. Städtebau einschließlich Denkmalpflege und Verkehr.

Derzeitige Vorsitzende: Petra Hauser
<https://www.bv-altstadt.de>

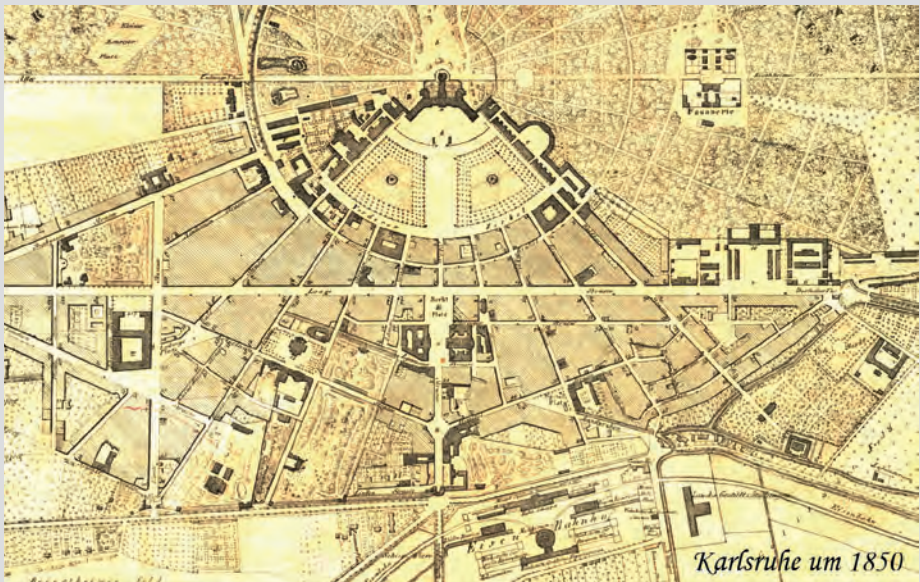
Einwohner	10.200
Fläche	240 ha



Innenstadt-West

Bis etwa 1850 war die Stadt Karlsruhe auf das Gebiet der Stadtteile Innenstadt West und -Ost begrenzt. In Ansätzen war die Südstadt mit dem alten Bahnhof bereits vorhanden. Deutlich außerhalb der Stadt lagen die Dörfer Rintheim, Hagsfeld, Rüppurr, Beiertheim, Bulach, Grünwinkel, Mühlburg und Knielingen. Erst nach 1850 kamen die Stadtteile Südweststadt und Weststadt und später die Oststadt hinzu.

So erstreckte sich Karlsruhe bis ca. 1850 innerhalb der Grenzen vom Mühlburger Tor bis zum Durlacher Tor und vom Schloss bis im Süden zum Ettlinger Tor. Dennoch bildeten sich durch das Dörfle, in dem im östlichen Teil Handwerker und das Kleinbürgertum wohnten, verschiedene Identitäten aus. In der westlichen Innenstadt hat sich das Großbürgertum breitgemacht, im östlichen Teil Handwerker und das Kleinbürgertum. Die öffentlichen Gebäude waren vorwiegend im westlichen Teil mit Ausnahme der Polytechnischen Schule, später TH, heute KIT.





Bürgerverein Stadtmitte e.V.

Aus verschiedenen Geselligkeitsvereinen entstanden die eigentlichen Bürgervereine. Im Osten der Innenstadt waren es im Jahr 1869 die kleinen Bürgerabende, im Jahr 1895 der Kreis angesehener Bürger der Altstadt und im Jahr 1901 der Bürgerverein der Altstadt.

Im Westen gab es 1835 einen Geselligkeitsverein, der sich Bürgerverein nannte. 1927 wurde der Verein in Alt- und Mittelstadt umbenannt. 1955 wurde der Verein Bürgerverein Stadtmitte begründet. Da er aus dem Bürgerverein der Altstadt hervorging und die Aktenlage unklar war, wurde unser Gründungsjahr auf das Jahr 1901 festgelegt.



Der Bürgerverein Stadtmitte versteht sich als Vertreter der Interessen der Bürgerschaft, also von 10.000 Menschen. Der Einzelhandel, die Gewerbebetriebe, die Verwaltungen und die kulturellen Einrichtungen prägen unseren Stadtteil wie keinen anderen. Deshalb setzen wir uns auch für deren Belange ein.

Derzeitiger Vorsitzender: Rolf Apell
info@karlsruhe-stadtmitte.de

Einwohner	20.240
Fläche	214 ha



Südstadt

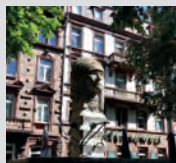
Die Südstadt entstand offiziell am 5. Juli 1847, als das Bauverbot für private Gebäude auf den „Augärten“ aufgehoben wurde und sich die bis dahin als Bahnhofsvorstadt bekannte Ansiedlung, in der auch ein Großteil der Bahnbediensteten wohnte, zur Südstadt wandelte. Erste Mietshäuser des neuen Stadtteils wurden in der damaligen Bahnhofstraße (heute Baumeisterstraße) errichtet.

In knapp 200 Jahren Baugeschichte ging es weiter bis zum „Tivoli“ und heute zum Neubaugebiet der östlichen Südstadt auf dem Gelände des ehemaligen Ausbesserungswerkes der Bahn. Symbol ist das „Südwerk“ an der Schnittstelle der alten und der neuen Bebauung der Südstadt. Neben Großveranstaltungen finden hier auch einige Angebote der Bürger-Gesellschaft der Südstadt statt.

Die erste Schule wurde im Jahr 1877 in der Schützenstraße gebaut, die heutige Uhlandschule. Ein Schülerhort, eine Kinderkrippe und die Volksküche entstanden um 1890 Ecke Baumeister- und Rüppurrer Straße. Die erste Volksküche gab allein im Jahr 1895 gegen ein geringes Entgelt 138.300 Essen an bedürftige Bürger aus.

1902 konnte das Schulgebäude in der Nebeniusstraße seiner Nutzung übergeben werden.

1889 wurde die evangelische Kirche am Werderplatz eingeweiht, 1892 die katholische Liebfrauenkirche.





Bürger-Gesellschaft der Südstadt e.V.

Der Stadtteil Südstadt, das „Eisenbahnlerviertel“, war hinter den Bahnschranken gelegen und somit vom Stadtkern getrennt. Die Unzufriedenheit war entsprechend groß und so traf sich eine stattliche Anzahl beherzter Männer am 26. November 1888, um das Problem zu besprechen. Was zunächst wie eine Protestversammlung aussah, endete schließlich mit der Gründung eines Vereins, der vor allem kommunale Interessen gegenüber den Behörden vertreten sollte.

Ein solcher Verein war damals ein Novum in der Stadt Karlsruhe und im ganzen badischen Ländle. Inhaltlich wurde das Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Verkehrsanbindung zur Innenstadt gelegt: Die Straßenübergänge waren tagsüber meistens gesperrt, da ca. 250 Züge durchfuhren. Erst als die Südstädter mit der Verlegung der Südstadt in die deutschen Kolonien „drohten“ oder wahlweise eine Schwebebahn errichtet haben wollten, wurden sie tatsächlich ernst genommen.

Die Kriegsjahre 1914 bis 1918 brachten die Bürger-Gesellschaft zum Stillstand. Bereits am 1. April 1919 wurde jedoch wieder zur Vorstanderversammlung aufgerufen.

Der Umstand, dass die Bürger-Gesellschaft kein eingetragener Verein war, machte es 1933 möglich, die Arbeit ruhen zu lassen ohne sich auflösen zu müssen. Sobald nach Ende des 2. Weltkrieges die Bestimmungen der Besatzungsmacht über das Vereinswesen gelockert wurden, kamen die Vereinsmitglieder zusammen und wählten einen neuen Vorstand. Bereits im Herbst 1951 gab es wieder Vereinsveranstaltungen und 1966 gab sich der Verein eine neue Satzung und beantragte die Eintragung im Vereinsregister. Damit wurde die Bürger-Gesellschaft der Südstadt als ältester Bürgerverein Karlsruhes auch der erste eingetragene gemeinnützige Verein der Stadt.

Die Bürger-Gesellschaft der Südstadt ist auch in ihrem 137. Jahr aktiv dabei, immer wiederkehrende und neue Probleme anzugehen und möglichst zu lösen: für einen weiterhin lebendigen Stadtteil!

Derzeitige Vorsitzende: Dr. Martina Hillesheimer
www.bg-suedstadt.de

Einwohner	21.280
Fläche	298 ha



Südweststadt

Kultur und Stadtgrün

Die Menschen in der Südweststadt leben zwischen Festplatz, Hauptbahnhof, Stadtgarten und Beiertheimer Feld.

Der Stadtteil gliedert sich in drei Bereiche (Stadtviertel): Der östliche Teil (6.316 Bewohner) wird von Hauptbahnhof und Festplatz sowie dem dazwischen liegenden Stadtgarten/Zoo geprägt. Der mittlere Bereich (12.524 Bewohner) erstreckt sich bis zur Brauer-/Ebertstraße.

Im sogenannten Beiertheimer Feld (1.943 Bewohner) wurden in den letzten 20 Jahren vielfältige Dienstleistungseinrichtungen angesiedelt.

Die Europahalle und das Europabad, die Lina-Radke-Halle, das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM), die Hochschule für Gestaltung (HfG), die Städtische Galerie und das Museum für Neue Kunst, der Filmpalast, ViDia Kliniken, der Generalbundesanwalt und die Landeszentralbank haben aus zum Teil beengten Verhältnissen hier neue Domizile gefunden.

Möglich wurde dies durch die Auslagerung der Produktionsanlagen der Industrie-Werke-Karlsruhe/-Augsburg (IWKA), wobei nur der Hallenbau A (heute ZKM), einer der größten denkmalgeschützten Industriebauten in Europa erhalten blieb.

Die Günter-Klotz-Anlage bietet ein reizvolles Naherholungsgebiet entlang der Alb.

Die Südweststadt ist durch den öffentlichen Personennahverkehr sehr gut erschlossen, die Nähe zur Innenstadt ein zusätzlicher Vorteil.

Fotos: Vlado Bulić



Hirschbrücke



Konzerthaus



ZKM



Hauptbahnhof



Bürgerverein der Südweststadt e.V.

Im Jahr 1896 gründeten honorige Bürger in der „Schremppschen Bierhalle“ einen Bürgerverein und gaben ihm den Namen „Südweststadt-Bürgerverein“. Da ihr noch recht neuer und im Aufbau befindlicher Stadtteil noch keinen Namen hatte, wurde „Südweststadt“ letztlich als offizielle Stadtteilbezeichnung übernommen. Auslöser könnten die Vorbereitungen der Feier des 70. Geburtstags von Großherzog Friedrich von Baden im Jahr 1896 gewesen sein. Im Juni 1977, anlässlich der Wiedereröffnung der renovierten Hirschbrücke, startete das von uns so getaufte „Hirschbrückenfest“.

Wir sind besonders stolz auf unsere Familienmitgliedschaft und gewinnen dadurch auch minderjährige Mitglieder. Wichtige Veranstaltungen sind das Hirschbrückenfest, der Kinderflohmarkt, der Senioren-/Mehrgenerationen-nachmittag, der Frühlingsempfang, die Dreck-weg-Tage, das St. Nikolausfest, der Stammtisch sowie viele Initiativen unserer Bürgerinnen und Bürger. Der Bürgerverein war, ist und bleibt parteipolitisch neutral und offen für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Karlsruhe. Gemeinsam gestalten wir unseren Stadtteil barrierefrei, mit ausreichend Platz, ohne gesellschaftliche Spaltung, für alle Menschen und alle Verkehrsmittel. Wir vertreten gerne die Interessen des Gemeinwohls der Bewohner der Südweststadt.

Vorsitzende und Ehrenvorsitzende des Vereins:

1896-1904 Gustav Boegler, Blechner, Gründungsmitglied

1904-1906 August Clever, Privatier

1906-1909 Oskar Edelmann, Fabrikant

1909-1912 Karl Lenz, Kanzleirat

1912-1926 Karl Spath, Tapeziermeister, Ehrenvorsitzender

1926-1931 Albert Lott, Oberrechnungsrat

1931-1936 Hermann Boegler, Kaufmann

1951-1955 Dr. Karl Elmer Fecht, Chefarzt

1955-1990 Dr. Karlheinz Hugenschmidt, Rechtsanwalt, Ehrenvorsitzender

und 1958-1995 AKB-Vorsitzender und -Ehrenvorsitzender

1990-1997 Dr. Klaus Heilgeist, Steuerberater, Ehrenvorsitzender

1997-2004 Jürgen Rothe, Rechtsanwalt

2004-2020 Jürgen Sickinger, Verwaltungswirt, Ehrenvorsitzender

und 2009-2020 AKB-stellv. Vorsitzender

seit 2020 Vlado Bulić, Architekt

<https://www.suedweststadt.de/>



Hirschbrückenfest

Einwohner	20.240
Fläche	173 ha



Weststadt

Der Bereich südlich der Kaiserallee war ein gründerzeitliches Industriegebiet, hier befanden sich das erste Gaswerk (heutiges Sandkorn-, Marotte- und Jakobus-Theater) und die Bierkeller der Karlsruher Brauereien, die dann auch ihre zunehmend industriellen Produktionsstätten hierher verlegten.

Die danach dazugekommene dichte Wohnbebauung im Jugendstil prägt nach dem Wegzug der Industrie bis heute dieses Gebiet. Im Zentrum der heutigen Weststadt, dem Gutenbergplatz, befand sich zunächst bis 1829 eine Hinrichtungsstätte, danach von 1867 bis 1898 ein Schießplatz für das Militär. Heute findet hier dreimal wöchentlich der schönste Wochenmarkt in Karlsruhe statt. Der nördliche Teil war von Anfang an Behörden- und Villenviertel und ist es bis heute geblieben. Den markanten Beginn am Mühlburger Tor bildet das Rathaus West, weiterhin folgen u.a. das Generallandesarchiv Karlsruhe, das Oberlandesgericht, die Justizvollzugsanstalt und die Staatliche Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe.



Der südliche Teil mit vielen Altbauten, zum Teil direkt an die Günther-Klotz-Anlage angrenzend, ist eines der begehrtesten Wohnviertel in Karlsruhe. Das Wappen zeigt den Krautkopfbrunnen auf dem Gutenbergplatz, weswegen die Einwohner auch „Krautköpfler“ genannt werden. Als imposante Kirchen stehen in der Weststadt die Altkatholische Kirche (1897), Christuskirche (1900), Bonifatiuskirche (1908), Markuskirche (1935) und die Lukaskirche (1964).



Bürgerverein der Weststadt e.V.

Der Bürgerverein wurde im Jahr 1894 gegründet und ist damit 131 Jahre alt. Anlass hierzu war der übelriechende Landgraben mit den Abwässern der angrenzenden Stadtteile, der durch die Sophienstraße Richtung Rhein floss. Um dieses Ärgernis durch eine Überbauung zu beseitigen, schlossen sich die betroffenen Bürger zum Bürgerverein der Weststadt e.V. zusammen.



Auch nach Erreichen des Gründungszwecks blieb der Verein bestehen und hat bis heute einen wesentlichen Anteil an der Gestaltung des kommunalen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens dieses schnell gewachsenen Stadtteil Karlsruhes. Der Bürgerverein veranstaltete 1919

ein Kinderfest auf dem Gutenbergplatz und nannte es Lindenblütenfest. Das älteste Stadtteilstadtteilfest in Karlsruhe war geboren. Bis heute wird es von Jung und Alt gefeiert. Ziel war es, den Kindern der Weststadt nach den Leiden des ersten Weltkriegs etwas Freude und auch etwas zu Essen zu spenden.

Der Bürgerverein versteht sich als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Stadtverwaltung andererseits. Natürlich orientiert sich der Bürgerverein bei all seinen Aktivitäten immer wieder neu an den Bedürfnissen der zurzeit knapp 500 Mitgliedern.

Derzeitiger Vorsitzender: Marcus Burkard
<https://www.ka-w.de>

Einwohner	11.820
Fläche	350 ha



Nordweststadt

Die Karlsruher Nordweststadt ist ein sehr junger Stadtteil. Offiziell als solcher erst 1975 anerkannt, ist die Nordweststadt ein typischer Siedlungsstadtteil. Ausgehend von der Eigenhandbausiedlung, die in den 1920er Jahren entstand, komplettieren Rennbuckelsiedlung, Binsenschlauch-siedlung, Lange Richtstatt, Flugplatzsiedlung, Siemenssiedlung und ein Teil des Gewerbegebietes „Husarenlager“ nördlich der B 36 den jungen Stadtteil. Die Weingärtensiedlung wurde lange Zeit als Siedlung der Nordweststadt aufgeführt, zählt aber laut städtischer Statistik zu Mühlburg.

Eingerahmt vom Naturschutzgebiet „Alter Flugplatz“ im Osten, dem Städtischen Klinikum im Süden, Knielingen im Westen sowie Neureut im Norden, ist die Nordweststadt ein sehr grüner Stadtteil mit einer aktiven Bürgerschaft. Auch wenn eine gewachsene Stadtteilmitte fehlt, hat sich mit dem Wochenmarkt und dem Café Vis-a-Vis am Walther-Rathenau-Platz und der kleinen Einkaufsmeile mit Stadtteilhaus in der Landauer Straße so etwas wie ein Stadtteilzentrum gebildet. Die Bürgergemeinschaft Nordweststadt nutzt dies regelmäßig, um gemeinsam mit den Kirchen, den Vereinen und nicht zuletzt mit den Bürgerinnen und Bürgern die kulturelle und soziale Vielfalt des Stadtteils für ein gutes gemeinsames Miteinander zu fördern.



Luftaufnahme
Flugplatzsiedlung Sept.
1973; Stadtarchiv
8_BA-Schlesiger_
A26a_35_2_11



Propellermaschine
der amerikanischen
Armee auf dem Flug-
platz



Verleihung des Markt-
rechts im Juni 1974
durch OB Dullenkopf



Ehemalige Telegraphen-
kaserne, heutiges
Reitinstitut Egon von
Neindorff-Stiftung



Bürgergemeinschaft Nordweststadt e.V.

Seit über 60 Jahren besteht die „Bürgergemeinschaft Nordweststadt e.V., ein gemeinnütziger Verein, dessen Mitglieder sich engagiert für die berechtigten gemeinsamen Interessen der Stadtteilbürgerinnen und Stadtteilbürger einsetzen.

Die Geschichte der Bürgergemeinschaft ist eng mit ihrem Gründer Karl Ott verbunden. Die Gründung fiel mit dem Ausbau des Stadtteils zusammen. 1959 wurde der Verein als Interessengemeinschaft der sieben Siedlungen aus der Taufe gehoben. Im April 1960 wurde Karl Ott zum ersten Vorsitzenden der Bürgergemeinschaft gewählt. Der im damaligen Jugoslawien geborene Ott wirkte 35 Jahre als Vorsitzender der Gemeinschaft.



Kurz nach der Gründung kam 1960 die erste Zeitung heraus, das „Blättle“ mit dem Namen „Die Nordweststadt“, um die Einwohner des Stadtteils über die Arbeit der Gemeinschaft zu informieren. Mit einer Auflage von 8.000 Exemplaren ist die Stadtteilzeitung ein unverzichtbarer Teil der Kommunikation, modern unterstützt durch einen professionellen Webauftritt und Präsenz in den sozialen Medien.

Die Bürgergemeinschaft betreibt eigenständig das Stadtteilhaus (ehemals Bürgerzentrum) in der Landauer Straße. Auch wenn es sich aktuell „nur“ um eine Containerlösung handelt, ist das Stadtteilhaus mit dem vielfältigen Angebot nicht mehr aus der Nordweststadt wegzudenken.

Derzeitiger Vorsitzender: Dr. Markus Dreixler

<https://ka-nordweststadt.de>

Einwohner	19.910
Fläche	527 ha



Oststadt

Wenn man die heutige Oststadt mit nur einem einzigen Adjektiv charakterisieren müsste, dann wäre es das Wort „kreativ“ – vor allem deshalb, weil man hier überall mit bloßen Augen sehen kann, wie „alten“ Gebäuden neues Leben eingehaucht wurde und viele Baulücken und großflächige Industriebrachen wieder belebt wurden u.a. mit Wohnungen, Büros, Instituten, Ämtern, alle Arten von sozialen und akademischen Einrichtungen sowie großzügigen Parks, Grün- und Sportanlagen.

Herausragende und zukunftsweisende Architekturlösungen findet man im Kreativpark Alter Schlachthof, auf dem Campus der Musikhochschule am Schloss Gottesaue, bei den großen Verwaltungsgebäuden entlang der Durlacher Allee (EnBW, VBK/KVV, BGV, Gesundheitsamt, Polizeipräsidium und Finanzamt) und in der IT- und Forschungsmeile entlang der Haid-und-Neu-Straße (FZI, Technologiefabrik, PTV, Max-Rubner-Institut und Hoepfner-Areal mit Brauerei und zahlreichen HighTech-Startups). Viele Studierende prägen das Straßenbild, denn das KIT ist hier allgegenwärtig!





Bürgerverein Oststadt e.V.

Der Bürgerverein Oststadt (BVO) wurde 1896 gegründet, nur wenige Jahre nach Errichtung der ersten Wohnhäuser östlich des Durlacher Tors. Nachdem die Nationalsozialisten 1936 alle Bürgervereine aufgelöst hatten, wurde in der Oststadt der Bürgerverein 1950 wiederbelebt.

Der BVO betrachtet es als seine Aufgabe, das nachbarschaftliche Zusammenleben zu fördern. Ob Ausflüge, Feste, Picknicks, Spieleaktionen oder Spaziergänge – die Arbeitsgruppe **Oststadt-Nachbarschaft** spielt hierbei eine tragende Rolle!

Als Sprachrohr und Ansprechpartner für wichtige Anliegen in der Oststadt unterstützt der BVO soziale Einrichtungen sowie Vereine, die sich um nachbarschaftliche Hilfen kümmern. Dazu gehören auch Aktivitäten zur Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Stadtgesellschaft. Ein Dauerthema sind Bauvorhaben und Planungen der Stadt zu den Themen Mobilität, Infrastruktur, Gewerbe oder neuer Wohnraum. Hierbei spielt der Dialog mit der Stadtverwaltung eine wichtige Rolle. Der BVO fordert und unterstützt auch öffentliche Beteiligungsverfahren. Mit politischen Parteien gibt es dazu einen regelmäßigen Meinungsaustausch, um diese vor wichtigen Entscheidungen im Stadtparlament von den Vorstellungen des BVO zu überzeugen.



Grundsätzlich tritt der BVO für mehr Grün und umweltverträgliche Lösungen ein. Im Planungsausschuss der Stadt kann er bei Vorhaben in der Oststadt die Anliegen und Meinungen des Stadtteils einbringen. Eine bessere Aufenthaltsqualität im Straßenraum ist dem BVO hierbei immer ein besonderes Anliegen.

Ohne Kunst keine Kultur und ohne Kultur keine Gemeinschaft. Der BVO fördert Kulturschaffende und Künstler, indem er ihnen ein Podium bietet.

Derzeitiger Vorsitzender: Dr. Jürgen Scherle
www.bv-oststadt.de

Einwohner	16.600
Fläche	532 ha



Mühlburg

Im Westen von Karlsruhe ist der Stadtteil Mühlburg gelegen. Die ehemals eigenständige Stadt liegt am Fluss Alb. Im Westen wird Mühlburg vom Rheinhafen Karlsruhe begrenzt, der auch zur Gemarkung Mühlburg gehört. Im Osten schließt Mühlburg im fließenden Übergang an die Karlsruher Weststadt an. Mühlburg ist das zweite Nebenzentrum (sogenanntes B-Zentrum, neben dem noch älteren Durlach) der Stadt Karlsruhe mit regem Geschäftsleben und vielen Einkaufsmöglichkeiten. Der regionale Neckname der Bewohner ist Millichseihle (Milchschweinchen).

Der Ort wurde im Jahre 1248 erstmals als Mullenberc urkundlich erwähnt. Die erste Erwähnung einer Burg Mulnberg findet sich um 1258, als deren Besitzer Markgraf Rudolf I. von Baden 1265 genannt wird. Durch die neue Stadt Karlsruhe in unmittelbarer Nähe verlor Mühlburg wie die alte Residenz Durlach in den darauffolgenden Jahrzehnten sukzessive an Bedeutung. 1886 wurde die Stadt Mühlburg schließlich mit 4.100 Einwohnern und einer Fläche von 210 Hektar nach Karlsruhe eingemeindet. Die Gemarkungsgrenzen von Mühlburg wurden danach stark verschoben. So verlor Mühlburg ein großes Gebiet an die wachsende Karlsruher Weststadt und ein Stück an Grünwinkel, bekam dafür aber das gesamte Gebiet des späteren Rheinhafens von den alten, ebenfalls eingemeindeten Fischerdörfern Daxlanden und Knielingen und gewann somit den Zugang zum Rhein. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts brachte die wachsende Residenzstadt auch den Mühlburgern Aufschwung in Form von Arbeitsplätzen als Tagelöhner und Handwerker. Stolz ist man bis heute darauf, dass Karl Friedrich Benz, der als Erfinder des Automobils gilt, am 25.11.1844 in Mühlburg geboren wurde.





Bürgerverein Mühlburg 1898 e.V.

Im Jahr 1898, also gerade mal 12 Jahre nach der Eingemeindung, wurde der Bürgerverein Mühlburg in einer öffentlichen Versammlung gegründet. Es ging vor allem um lokale Angelegenheiten wie Straßen und Gehwege, Kanalisation und Baufluchten. Bauthemen behielten im wachsenden Stadtteil lange Priorität. Noch vor einer Zwangsgleichschaltung durch die nationalsozialistische Regierung, legte der Verein seine Arbeit 1934 selbst still und nahm sie erst 1954 mit der Neugründung wieder auf.

Vor allem die Bebauung des Gebietes „Mühlburger Feld“ mit Wohnungen brachte ein außerordentliches Bevölkerungswachstum. So gewannen Infrastrukturthemen wieder enorm an Bedeutung.

Heute wie damals sieht sich der Bürgerverein Mühlburg als Interessensvertretung der Menschen im Stadtteil. Es werden Lösungen für Verkehrsprobleme gesucht und Maßnahmen umgesetzt, die zur Verbesserung der Wohnqualität beitragen. Dabei ist der Verein offen für alle Mitbürger, mit und ohne Migrationshintergrund. Auch die Bedürfnisse der Geschäftswelt finden Berücksichtigung.

In seiner Arbeit kooperiert der Bürgerverein mit den Vereinen, Kirchen, Schulen und Jugendtreffs im Stadtteil. Die Abstimmung mit der Polizei, der Stadtverwaltung und den verschiedenen Verbänden ist ebenso Teil der Aufgaben.

Und wie bei allen Vereinen lebt dieses Engagement von den Menschen, die sich einbringen. Der Bürgerverein hat stets ein offenes Ohr für seine Mühlburgerinnen und Mühlburger und setzt sich für diese ein. Mit Kerwe, Fliederfest, Flohmarkt und Bücherhäusle sorgt er für Orte der Begegnung und des Austausches.

Derzeitiger Vorsitzender: Massimo Ferrini
www.bvmuehlburg.de

Einwohner	11.260
Fläche	1092 ha



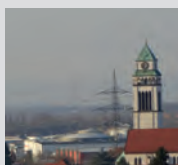
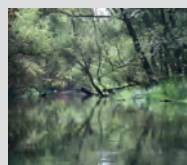
Daxlanden

1261 wird Daxlanden in einer Papsturkunde als „villa daslar“ erstmals erwähnt. Der Ort ist allerdings mit Sicherheit älter, worauf auch die Besitzverhältnisse des Klosters Weißenburg und des Klosters Gottesaue in Daxlanden hinweisen. Am 6. März 1651 ereignete sich die schlimmste Katastrophe für Daxlanden. Nach einem Dammbruch am Rhein wurden durch Hochwasser 700 Morgen Feld, 20 Häuser und die Kirche zerstört. Das neue Daxlanden wurde daher auf dem Hochgestade zurückversetzt wieder errichtet.

Von 1819 bis 1821 erfolgte die Rheinkorrektion bei Daxlanden nach Plänen Johann Gottfried Tullas. Rappenwört wurde nun endgültig rechtsrheinisch, da sich der Rheinverlauf nun nicht mehr änderte.

Mit der Eröffnung des Rheinhafens 1901 in Mühlburg auf teilweise ehemals Daxlander Gemarkung wurde aus dem ehemaligen Fischer- und Bauerndorf immer mehr ein Arbeiterwohnort.

Am 1. Januar 1910 wurde Daxlanden mit 4.227 Einwohnern nach Karlsruhe eingemeindet. Heute ist Daxlanden ein moderner, lebendiger Stadtteil mit nach wie vor dörflichem Charakter und einem ausgeprägtem Vereinsleben.





Bürgerverein Daxlanden e.V.

Vermutlich in Folge der Eingemeindung Daxlandens zur Stadt Karlsruhe anno 1910 entstand ein Gewerbeverein, der die Interessen der Daxlander Bevölkerung gegenüber der Stadt vertrat. Es dauerte bis zum 14. August 1922 bis daraus mit der Eintragung ins Vereinsregister der Bürgerverein Daxlanden entstand. Unter der Nazi-Diktatur erfolgte die zwangsweise Umbenennung in "Bürgerverein Karlsruhe-Daxlanden im NS Volksbildungswerk e.V." Am 21. Dezember 1949 wurde der Verein durch das Amt für Vermögenskontrolle als "nicht aufgelöst" bezeichnet und firmierte als Bürgerverein Karlsruhe-Daxlanden 1922 e.V.

Der Bürgerverein vertritt die Interessen der Daxlander Bevölkerung und versteht sich als Klammer und Vermittler zwischen Bürgern, Vereinen, Kirchen, Verwaltung, Institutionen, städtischen Betrieben usw.

Gleichzeitig pflegt und unterstützt er das Brauchtum und das kulturelle Leben in Daxlanden. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Verbesserung der Lebensqualität und das Fordern des Ausbaues und des Erhalts der Infrastruktur und den Schutz einer intakten Umwelt für ein lebenswertes und attraktives Daxlanden.

Info-Veranstaltungen, Maibaumstellen, Ortsputzede, Kultur in Daxlanden, Schlaucherplatzfest und Ausflüge sind nur einige der vielen Aktivitäten des Bürgervereins.



Derzeitiger Vorsitzender: Horst Kappler
www.buergerverein-daxlanden.de

Einwohner	11.600
Fläche	2.063 ha



Knielingen

Gegensätze verbinden sich

Knielingen: Uraltes Dorf, zum ersten Mal urkundlich erwähnt im Jahr 786, und gleichzeitig mit „Knielingen 2.0“ eins der neuesten Quartiere. Knielingen: Stadtteil mit großer Industrie-Ansiedelung – und gleichzeitig mit viel Natur rund um den Knielinger See. Knielingen: Verkehrsgeplagt und mit vielen idyllischen Ecken.

Vielfalt und Miteinander prägen den Stadtteil. „Holzbiere“, also schroffe, knorrige Menschen, wie man es den Knielingern lange nachsagte, findet man kaum noch. Alteingesessene und Neuzugezogene prägen gemeinsam den Stadtteil. Viele engagieren sich in den etwa 50 Vereinen. Das alle zwei Jahre stattfindende „Straßenfest“ zieht weit über Knielingen hinaus Menschen an.

In Knielingen gibt es viele Kinder und viele Angebote für Kinder. Aber auch die anderen Altersgruppen kommen nicht zu kurz: Die Verkehrsanbindung ist optimal, schnell ist man in der Stadt, aber auch in der Pfalz.



Ein Anziehungspunkt in Knielingen ist der Rhein mit dem Hofgut Maxau – ein Naherholungsgebiet direkt vor der Haustür. Auch kulturell ist manches geboten: Der Museumsverein lässt längst vergangene Zeiten lebendig werden. Chöre und Musikverein laden zu Konzerten ein. Die Gardetänzerinnen der „Sängervereinigung Knielingen“ sind deutschlandweit führend. Auch Handball und Fußball werden in Knielingen großgeschrieben und begeistern Jung und Alt. In Knielingen ist erlebbar: Wenn Gegensätze sich verbinden, wird das Leben vielfältig und attraktiv, lebens- und liebenswert. Wer mehr wissen will: Der „Knielinger Film“ auf YouTube spiegelt die Vielfalt des Stadtteils.



Bürgerverein Knielingen e.V.

Bis zur Eingemeindung Knielingens in die Stadt Karlsruhe im Jahr 1935 wurden die Geschicke des Dorfes durch einen Bürgermeister und Gemeinderat gelenkt. Im Jahr 1959 wurde dann der Bürgerverein Knielingen gegründet, um einerseits die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Stadt Karlsruhe zu vertreten und andererseits das gesellschaftliche Leben in Knielingen zu koordinieren.

Durch das Jubiläum „1.200 Jahre Knielingen“ im Jahr 1986, das der Bürgerverein maßgeblich gestaltete, wurde seine Bedeutung noch einmal deutlich sichtbar. Das „Tagesgeschäft“ des Bürgervereins ist vielfältig: Zweimal im Jahr erscheint der „Knielinger“, der nicht nur Mitteilungsblatt ist, sondern mit seinen Beiträgen auch Knielinger Ortsgeschichte dokumentiert. Seit Jahren organisiert der Bürgerverein am Samstag vor dem 1. Advent die „Adventsstimmung“, einen Advents-Straßenmarkt, der weit über Knielingen hinaus bekannt und beliebt ist. Auch das Straßenfest, das alle zwei Jahre stattfindet, wird vom Bürgerverein organisiert.

Eine langjährige Tradition hat das Treffen des Bürgervereinsvorstands mit den Vorständen der großen Industrieunternehmen am Ort. So ist Austausch und gegenseitiges Verständnis möglich.



In den letzten Jahren hat sich insbesondere das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet: 2019 entstand in Kooperation mit der evangelischen Kirchengemeinde das „Bürger- & Gemeindezentrum“. Seitdem gibt es an jedem ersten Donnerstag im Monat ein „Reparatur-Café“, einmal im Monat das gemeinsame Mittagessen „12 Uhr mittags“ und zahlreiche weitere regelmäßige und punktuelle Veranstaltungen, die offen sind für alle, die daran teilnehmen wollen.

Derzeitige Vorsitzende: Ursula Hellmann
www.knielingen.de

Einwohner **11.230**
 Fläche **440 ha**



Grünwinkel

Die ersten schriftlichen Zeugnisse über Grünwinkel stammen aus den Jahren 1468 bzw. 1583! Damals noch eine Siedlung, deren früheste Spuren aus der römischen Besiedlungszeit stammen. Dieser Gutshof war im Eigentum der Markgrafen von Baden und wurde in der damaligen Schreibweise noch als „Kregen Winkel“ bezeichnet. Diese Schreibweise änderte sich im Lauf der Jahre von Kreenwickel über Kreewinckhel zu Grünwinkel. Dabei hat der Name ursprünglich nichts mit der Farbe Grün zu tun, sondern leitet sich aus der Bezeichnung „Krähenwinkel“ ab. Denn die gab es dort zuhauf. So sind die Krähen bis heute ein beliebtes Motiv in Grünwinkel und sowohl in Krähenskulpturen als auch einem Krähenbrunnen verewigt.

Die Entwicklung vom Gutshof mit Wirtshaus zu einem Dorf hat mehrere hundert Jahre gedauert. Als der Chemiker Anton Sinner Mitte des 19. Jh. ein Brauereigebäude in Grünwinkel pachtete, brachte das den Umschwung. Die Familie Sinner begann mit einer Farbenfabrik, betrieb über die Jahrzehnte eine Essigsiederei, Bleizuckerfabrik, Brennerei und Brauerei. Mit fast 300 Arbeitnehmern zählte es Ende des 19. Jh. bereits zu den größten Unternehmen in Karlsruhe und Umgebung. Anfang des 20. Jh. führte Robert Sinner das Unternehmen durch Aufkäufe anderer Brauereien und den Einstieg in die Nahrungsmittelindustrie zu hohem wirtschaftlichem Erfolg. Die Brauerei wurde 1972 an die Firma Moninger verkauft und ist heute wieder in Besitz einer Brauereifamilie.





Bürgerverein Grünwinkel e.V.

Grünwinkel wurde 1909 eingemeindet. Entstanden aus einem Gutshof und rund um die späteren Gewerbeansiedlungen, war dieser Stadtteil arm. So ging man für eine entsprechende Mitgift die Ehe mit der Stadt Karlsruhe ein. Das war keine leichte Entscheidung, gab man damit ja die Selbstständigkeit und die eigene Verwaltung mit Gemeinderat und Bürgermeister auf. Jahrelang wurde um die Vertragsbedingungen gerungen. Im Ehevertrag wurden etliche Forderungen festgehalten, die der Ehegatte zu erfüllen hatte. Das waren vor allem Infrastrukturthemen, wie Straßenbau, Wasserleitungen und Elektrifizierung.

Wie im echten Leben, waren die Flitterwochen irgendwann vorbei und es zeigte sich, dass nicht alle im „Eheschwur“ gemachten Versprechen erfüllt wurden. Der Ausbau der Versorgung mit elektrischem Strom begann erst 5 Jahre nach der Hochzeit. Der versprochene Neubau einer Schule erfolgte erst 1938. Die Jahre nach dem 1. Weltkrieg waren geprägt von Inflation und Arbeitslosigkeit. Der Wunsch nach einer eigenen Grünwinkler Interessensvertretung, wo man sich kennt und Probleme auf Augenhöhe besprechen und klären kann, kam wieder auf. Daher wurde am 13.06.1925 der Bürgerverein Grünwinkel gegründet. Während des zweiten Weltkrieges ereilte ihn das Schicksal der meisten Vereine in Deutschland, er wurde verboten. Nach der Währungsreform 1948 gewann das wirtschaftliche Leben wieder an Bedeutung und die Grünwinkler brauchten eine starke Interessensvertretung, um beim einsetzenden „Verteilwettbewerb“ nicht zu kurz zu kommen. Folgerichtig wurde der Bürgerverein 1953 wiedergegründet. Bei allen Eigeninteressen hatte man aber auch stets das gesamtstädtische Bild im Blick. Daher erfolgte 1954 die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine, der AKB.

Der Bürgerverein sagt in seinem Leitbild, dass er „für alle Menschen und ihre Anliegen da ist, die in Grünwinkel leben und arbeiten“. Dies drückt sich in vielen Aktivitäten aus, wie der Stadtteilputzete, dem Nachtflohmarkt, dem Martinsfeuer an der Albkapelle oder dem Weihnachtssingen.

Derzeitige Vorsitzende: Karin Armbruster

<https://www.bv-gruenwinkel.de>

Einwohner	10.165
Fläche	243 ha

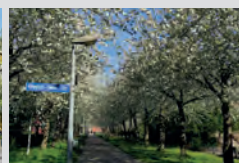


Oberreut

Das Auffälligste vorweg: Nirgendwo sonst als in Oberreut sind Karlsruher Straßen und Plätze so durchgängig dem Gedenken von Menschen gewidmet, die sich eingesetzt haben im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Nirgendwo sonst verpflichtet ein Stadtteil derart durchgängig die demokratische Bildungsarbeit seiner Institutionen: Schulen, Parteien, Kirchen, Vereine und Verwaltung.

Oberreut ist einer der jüngsten Stadtteile Karlsruhes: seit 1950 geplant, seit 1960 bebaut, inzwischen längst erweitert und in manchen Abschnitten bereits wieder neu bebaut. Von viel Grün umgeben, durch Grünschnitten wie dem „Schmallen“ gegliedert, inzwischen in voller Länge angebunden an den ÖPNV, durchzogen von Radwegen, mit Zugängen zu Schnellstraßen, Südtangente und zur Autobahn. Neben Hochhäusern und Geschosswohnungsblöcken etwa der Volkswohnung gibt es auch Straßenzüge voller Reihenhäuser. Die vielen Spielplätze sind stark frequentiert. Jahr um Jahr ist absehbar, wie notwendig die Kindergärten und Familienzentren sind, welche wichtige Infrastruktur, die teilweise in die Jahre gekommenen Schulen darstellen.

Kirchen stehen gleich im Plural mitten im Stadtteil: das ökumenische Gemeindezentrum mit katholischer und evangelischer Kirche und die Neuapostolische Kirche. Durch deren Haupt- und Ehrenamtliche und durch all die Engagierten der Vereine und Verbände gewinnt der soziale Zusammenhalt. So jung der Stadtteil ist, so wichtig und zu wenig bekannt die Geschichte und die Geschichten derer, die hier zusammenkommen, insbesondere die der zahlreichen russischsprachigen Menschen. Ein weiteres Zukunftsprojekt!





Bürgerverein Oberreut e.V.

Nur wenige Jahre jünger als Oberreut selbst ist sein Bürgerverein (BVO). Gegründet 1965 trägt der gemeinnützige Verein auch 60 Jahre später noch durch Feste, Sportturniere und Aktionen zur Attraktivität im Stadtteil bei. Dabei arbeitet der BVO eng mit Vereinen, Verbänden, Kirchen, Parteien und Initiativen einzelner Bürger zusammen. Aktuell informiert werden die Bewohnerinnen und Bewohner alle zwei Monate mit der „Oberreuter Waldpost“, einer Website und einer WhatsApp-Community mit zahlreichen Untergruppen. In der Interessengemeinschaft Oberreut (IGO), gegründet 1970, führt der Bürgerverein zahlreiche Akteure des Stadtteils zusammen. Ebenso unterstützt er das von der evangelischen und der katholischen Gemeinde getragene Sozial-Kulturelle Zentrum (SKO), das im Jahr 2024 von der Stadt die Anerkennung als Stadtteilhaus bekam. Die Altpapiersammlung des BVO erweist sich nicht nur als umweltfreundlich und nachhaltig, sondern ermöglicht mit ihrem Erlös auch die finanzielle Unterstützung vieler Projekte im Stadtteil.

Am wichtigsten aber ist dem Bürgerverein die politische Arbeit. In Blick auf soziale Fragen: wie die ärztliche Versorgung oder das Angebot an Kitaplätzen verbessert werden könnte. Oder wie es möglich wird, Kindern und Jugendlichen vorhandene Plätze für Spiele und Sport zu öffnen. Aber auch in Bezug auf die Gestaltung des Stadtteils: Bänke und Treffplätze wären für ältere Menschen, Familien und Jugendliche gleichermaßen hilfreich, ebenso angesichts zunehmender Hitzetage öffentliche Trinkwasserbrunnen, Fassadenbegrünung oder bepflanzte Laubengänge rund um die Plätze, die es in Oberreut gibt. Zum Glück haben sich immer wieder Menschen im BVO engagiert, die politische Erfahrung aus anderen Bereichen mitbrachten. Wer mitmachen möchte ist herzlich eingeladen. Das gilt in ganz besonderem Maße auch für Frauen, die wie bei vielen anderen Vereinen auch bei uns leider unterrepräsentiert sind.

Derzeitiger Vorsitzender: Johannes Stober
<https://www.oberreut.de>

Einwohner  4.180Fläche  55 ha

Beiertheim

Der Stadtteil Beiertheim wurde 1110 erstmals in einer Urkunde unter dem Namen „Burdam“ erwähnt. 1907 wurde Beiertheim in die damalige badische Landeshauptstadt Karlsruhe eingemeindet. Beiertheim war bis zur Reformation eine wohlhabende Bauerngemeinde, die über einen ausgedehnten Grundbesitz verfügte. Die wachsende Residenzstadt Karlsruhe erwarb von Beiertheim wiederholt Flächen, um sich nach Westen und Südwesten auszudehnen. Auf Beiertheimer Gemarkung entstanden das Ettlinger Tor, die Kriegsstraße, der heutige Festplatz, die Süd- und Südweststadt, der Stadtgarten sowie Teile der Weststadt. Nach der Eingemeindung 1907 kam noch der heutige Hauptbahnhof hinzu.

In Beiertheim befinden sich das Stephaniabad (erbaut vom berühmten Stadterbauer Friedrich Weinbrenner, heute Paul-Gerhardt-Gemeindezentrum), das 1831 erbaute Schul- und Rathaus und die markante Kirche St. Michael. Die Fachwerkhäuser aus dem 18. Jahrhundert tragen wesentlich zur Attraktivität des Stadtteils bei.

Beiertheim hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem immer jünger werden den Stadtteil entwickelt, der auch durch seine Nähe zur Alb eine hohe Lebensqualität bietet.





Bürgerverein
Karlsruhe-Beiertheim

Bürgerverein Beiertheim e.V.

Der Bürgerverein Beiertheim greift wichtige Themen und Ziele des Stadtteils auf und entwickelt sie weiter. Er setzt sich für die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils ein und ist anerkannter Gesprächspartner für die Stadtverwaltung sowie für den Gemeinderat.

Der Bürgerverein wurde nach der Eingemeindung Beiertheims gegründet, um die Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Stadt sicherzustellen. Die erste erhaltene Satzung stammt aus dem Jahr 1913.

Gemeinsam anzupacken, positive Veränderungen herbeizuführen und ein gutes nachbarschaftliches Klima zu pflegen ist dem Bürgerverein ein wichtiges Anliegen. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Dazu gehören:

- Heimatpflege und Heimatkunde
- Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutz
- Denkmalschutz, Denkmalpflege und Erhalt des Ortsbildes
- Kunst und Kultur sowie Jugend- und Altenhilfe
- Alles, was die Wohn- und Lebensqualität verbessert.

Der Vorstand des Bürgervereins engagiert sich ehrenamtlich und organisiert eine Reihe von Veranstaltungen wie den alljährlichen Sommerhock. Genannt seien auch der Beiertheimer Bücherschrank, der sich zu einem wichtigen Ort der Begegnung entwickelt hat, und das Bündnis „Gut leben und älter werden in Beiertheim und Bulach“. Dieses gibt wesentliche Anstöße zur Verbesserung der Lebensqualität und einer lebendigen Nachbarschaft. Leitmotiv ist die sorgende Gemeinschaft.

Derzeitige Vorsitzende: Dr. Christine Dörner
www.beiertheim.de

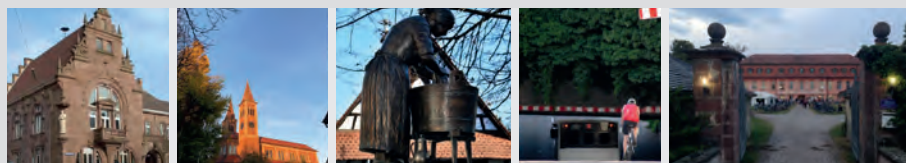
Einwohner  2.870Fläche  233 ha

Bulach

Die Wurzeln Bulachs reichen über 800 Jahre in die Vergangenheit zurück. Papst Coelestin III. bestätigt dem Kloster Frauenalb am 18. Mai 1193 u.a. den Besitz einer Mühle in „Bulande“ und überliefert damit erstmals die Existenz des Ortes. Bulach fällt später durch die Erbteilung der Landesherrschaft an die Markgrafschaft Baden-Baden. Der Ort bleibt dadurch nach der Reformation trotz im 16. Jahrhundert gegenteiliger Anordnungen wechselnder Landesherren katholisch. Hiervon zeugen noch heute die vielen Wegkreuze in und um Bulach herum. In Bulach steht die 1837 fertig gestellte und als „Dom der Hardt“ bezeichnete St. Cyriakus-Kirche. Um 1900 werden entlang der Alb mehrere Großwäschereien errichtet. Aus dieser Zeit stammt die Bezeichnung Bulachs als „Ort der „Wäscherinnen“. Eine Hommage an diese Entwicklung ist der 1996 eingeweihte Wäscherinnenbrunnen.

Nahe dieser Stelle befindet sich auch die bekannteste Unterführung Karlsruhes, das berühmte „Bulacher Loch“, für welches die KVV extra angepasste Busse erwerben musste. 1904 erhält das noch eigenständige Bulach sein markantes Rathaus und kann später seine Gemarkung um das ehemalige Jagdschloss „Gut Scheibenhardt“ erweitern. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929 führen zur Eingemeindung nach Karlsruhe. Der Stadt wurde es somit möglich, sich aufgrund der erheblichen Bulacher „Gelände-Mitgift“ nach Süden und Südwesten auszudehnen.

Bulach hat sich seinen ursprünglichen dörflichen Charakter bis heute weitestgehend erhalten. Nach wie vor besteht der Ortskern aus vielen Fachwerkhäusern. Bulach ist ein beliebter Wohnort für Alteingesessene und junge Familien.





Bürgerverein Bulach e.V.

Der Bürgerverein Bulach hat derzeit ca. 500 Mitglieder und wurde 1925 in Folge zunehmender Unzufriedenheit mit dem örtlichen Gemeinderat gegründet. Die politische Einflussnahme erreichte 1927 mit der Wahl des Kandidaten des Bürgervereins zum Bulacher Bürgermeister ihren Höhepunkt. Die Eingemeindung nach Karlsruhe und die sich hieraus ergebenden Aufgaben waren ein wesentlicher Bestandteil der Vereinsarbeit. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme löste sich der Verein, auch nach internen Querelen, 1934 selbst auf. Eine Wiedergründung erfolgte erst 1954. Das damalige Ziel, eine Interessengemeinschaft für Bulach zu gründen, die die Anliegen der Bulacher Bürger gegenüber der Stadtverwaltung Karlsruhe in allen Belangen vertreten sollte, ist bis heute der wesentlichste Antrieb für die Vereinstätigkeit. Hier konnte für Bulach viel erreicht werden, bspw.:

- Bau des Kreisverkehrs am westlichen Ortseingang
- Bau des Wäscherinnenbrunnens
- Bau der Lärmschutzwände entlang der Südtangente und der L605
- Bau einer Turnhalle
- Errichtung und Erhalt verschiedener Denkmäler und Kunstwerke
- Bauerhaltungssatzung für den Ortskern
- und vieles mehr...

Aber auch der gesellschaftliche Zusammenhalt sowie kulturelle Aspekte werden vom Bürgerverein mit diversen Festivitäten und Initiativen gefördert:

- Maibaumstellen
- Adventssingen
- Sommertagszug mit Wäscherinnenlauf
- Bürgerbrunch

Derzeitiger Vorsitzender: Dr. Andreas Bieberstein
<https://www.bv-bulach.org>

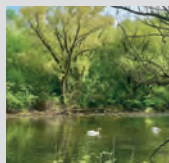
Einwohner  5.925Fläche  305 ha

Weiherfeld-Dammerstock

Das Wohngebiet von Weiherfeld-Dammerstock, gelegen zwischen Weiher- und Oberwald, gehörte zu den selbständigen Gemeinden Rüppurr und Beiertheim. Deren Eingemeindung 1907 und Verlegung des Hauptbahnhofs 1913 führte zur Planung nach Süden. Der Wohnungsmangel 1914 war Anlass zu einem Bebauungsplan der Weiheräcker, die Umsetzung stoppte der 1. Weltkrieg. Erst ab 1920 begann die Erschließung des Gartengeländes in traditioneller Blockrandbebauung. Nach den einzeln stehenden Häusern in der heutigen Acherstraße folgte zur Unterbringung der im Elsass Vertriebenen die Bebauung eines Straßenquartiers mit dem Schneiderblock (Elsässerblock) durch die dazu gegründete Wohnbaugenossenschaft. Die weitere Bebauung erfolgte durch Mehrfamilienhäuser mit großen Gärten. Mittig wurde 1949 eine der Notkirchen (von Otto Bartning) aus Holzbindern und mit Ziegelsteinen des zerstörten Rathauses gebaut. Der Glockenturm der Friedenskirche entstand 1962.



Der Generalbebauungsplan 1926 sah für das Gebiet Dammerstock noch eine Bebauung wie im Weiherfeld vor, getrennt von der Alb mit ihren Wiesen. Ein Architektenwettbewerb änderte dies. Walter Gropius gewann mit einer Zeilenbauweise im Bauhausstil. Das moderne Wohnen zeigte 1929 eine Ausstellung „Die Gebrauchswohnung“. Mit der NS-Zeit kehrte das Satteldach zurück. 1938 folgte die Weihe der Kirche St. Franziskus mit Uhren-Glockenturm sowie einem Klostergebäude und Klostergarten der Kapuzinermönche (bis 1992), heute als Stadtkloster mit offenem Angebot zur Kontemplation. Die bisher letzte Erweiterung sind Gebäude östlich neben den Sportgeländen mit Terrassenhaus, EWG-Hochhaus und Wohnstift „Residenz Rüppurr“ mit zugehörigem Oberwaldbad. Eine Bauplanung gibt es zwischen diesen Gebäuden und für ein Stadtteilhaus als Ergänzung zum Stadtkloster.





Bürgerverein

Weiherfeld-Dammerstock e.V.

Das Gewann Weiheräcker befand sich bis 1920 im Privatbesitz, der Stadt und einer Gesellschaft. Die gebildeten Grundstücke waren groß, die Stadt forderte kleinere. Um ihre Interessen als Eigentümer zu wahren, wurde am 01.11.1921 im Vereinsregister die „Siedelungsvereinigung im Gewann Weiherfeld“ eingetragen. Möglicherweise als Folge der AKB-Gründung gründete sich im November 1926 ein „Bürgerverein Weiherfeld“ und wenige Tage später nannte sich die Siedelungsvereinigung um in „Bürgerverein der Siedelung Weiherfeld“. Beide Vereine stellten den Antrag auf Aufnahme in die AKB. Da dies abgelehnt wurde, schloss sich der „Bürgerverein Weiherfeld“ dem „Siedelungsverein“ an und am 10.09.1927 übernahm dieser den Namen „Bürgerverein Weiherfeld e.V.“ Ein wesentliches Ziel war die Einrichtung eines Busverkehrs in die Innenstadt. Der Verein endete am 28.09.1935 als erster Bürgerverein durch Selbstauflösung nach Wechsel des Vorsitzenden 1934 und der Zusammenarbeit mit der sehr aktiven NSDAP-Ortsgruppe Weiherfeld. Die Liquidation endete am 06.10.1936.

Eine „Bürgergemeinschaft Weiherfeld-Dammerstock“ wurde initiiert am 17.11.1952, die vorbereitende Gründungsversammlung für einen Bürgerverein war am 22.01.1953 und am 15.05.1953 wurde der „Bürgerverein Weiherfeld-Dammerstock“ gegründet. Die Eintragung ins Vereinsregister erfolgte zum 08.01.1974. Den Vorsitz übernahm kurzfristig mit Adam Hoffmann der 1934 abgelöste Vorsitzende, der 1927 den Vereinszusammenschluss bewirkt hatte. Über 18 Jahre stand der spätere AKB-Vorsitzende Gerhard Herm dem Verein vor. Nach dem Versprechen, eine Nordtangente zu bauen, wurde die Südtangente widerstrebend akzeptiert. Verkehr und Lärm sind durch die umschließenden Straßen und Bahngleise bleibende Themen.

Der gemeinnützige Bürgerverein versteht sich als Mittler zwischen den Bewohnern und der Verwaltung in kommunalen Fragen und gleichzeitig als Gestalter des Stadtteils durch Initiativen und Veranstaltungen. Im November findet der 60. Martinsumzug statt mit Martinsreiter, Aufführung der Bettlerszene und regelmäßig über 500 Teilnehmern.

Derzeitiger Vorsitzender: Joachim Hornuff

<https://www.weiherfeld-dammerstock.de>

Einwohner	10.950
Fläche	699 ha



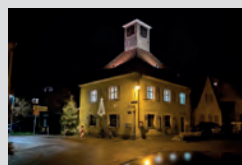
Rüppurr

Gegründet in alemannischer Zeit im Bereich der Lange Straße, zwischen Löwenstraße und Burbacher Straße. 1103 als „Reitburi“ erstmals urkundlich erwähnt. Am nördlichen Ortsteilende seit ca. 1380 Wasserburg des Adelsgeschlechts der „Pfauen von Rüppurr“, dem Rüppurr sein Wappen verdankt: Die „Schlüssel“ sind heraldisch als Pfauenfedern zu verstehen.

1535 bis 1771 Grenze von Baden-Durlach zu Baden-Baden. Im 19. Jhdt. Übergang zum Beginn intensiver Milchwirtschaft. Dem Quark („Rahm“), den die Bäuerinnen in Tüchern auf die Karlsruher Märkte tragen, verdanken die Rüppurrer den Necknamen „Rahmbeutel“.

1907 Eingemeindung durch Vertrag nach Karlsruhe. Rüppurr gibt seine Selbstständigkeit um der größeren finanziellen Möglichkeiten willen auf, die die prosperierende Industrie- und Residenzstadt bietet, und diese sichert sich die Wasserversorgung aus dem Oberwald. Im gleichen Jahr Gründung der Gartenstadt Karlsruhe, die mit ihrem städtebaulichen Konzept für Rüppurr prägende Bedeutung erlangte.

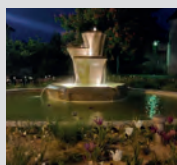
Rüppurr ist eine gesuchte Wohnlage „im Grünen“: der Oberwald mit den Außengehegen des Zoos im Osten, im Süden und Westen Äcker und Weiden mit dem Wanderweg an der Alb, am Horizont die Ausläufer des Schwarzwalds. Hoher Freizeitwert, zu dem die vielen Vereine beitragen. Durch eigenen Autobahnanschluss und Straßenbahn verkehrstechnisch gut erschlossen, um den Preis einer teils deutlichen Lärmbelästigung, relativ gute Ausstattung mit Geschäften des täglichen und längerfristigen Bedarfs, mit Haus- und Facharztpraxen, Krankengymnastik usw. Fünf Kindergärten, zwei Grundschulen, Realschule und Gymnasium. Und was in Rüppurr fehlt, gibt es „vor der Tür“ in Ettlingen ...



Rathaus im Advent



Maibaumfest



Brunnen
Tulpenstraße



Lange Straße
mit Auferstehungskirche



Bürgergemeinschaft Rüppurr e.V.

Am 20.04.1907, nur wenige Monate nach der Eingemeindung, wurde der „Liberaler Bürgerverein des Stadtteils Rüppurr“ als Sprachrohr Rüppurrer Interessen gegründet, die schon bald mit Nachdruck insbesondere zur Gas- und Wasserversorgung sowie zum Straßenbau geltend gemacht werden mussten. Gründungsmitglieder waren überwiegend Rüppurrer Handwerker und Kaufleute. Erster Vorsitzender war Wilhelm Fischer. In den 1920er Jahren hatte der Verein ca. 400 Mitglieder. Die Quellenlage bis zur Selbst- oder Zwangsauflösung 1936 ist dürrtig.

Neu gegründet am 04.12.1952 als „Bürgergemeinschaft Rüppurr“; zum ersten Vorsitzenden wurde Alfred Behnle gewählt. Unverändert ist die Hauptaufgabe die Vertretung der Interessen der Rüppurrer Bevölkerung, insbesondere gegenüber der Stadtverwaltung Karlsruhe, aber auch anderen Gebietskörperschaften. Daneben fördert der Verein das örtliche Gemeinschaftsgefühl durch Feste wie das Maibaumstellen und die Sonnwendfeier.

Zur Verwirklichung ihrer weiteren Ziele hat die Bürgergemeinschaft mehrere Arbeitsgemeinschaften gegründet: Die Geschichtswerkstatt, seit 1998, ursprünglich zur Erstellung einer Ortsteilchronik anlässlich der 900-Jahr-Feier, anschließend der „Rüppurrer Hefte“ zu verschiedenen Themen, und jetzt des digitalen Lexikons Rüppurr. Die Kunstwerkstatt, seit 2004, die zweimal jährlich im Rüppurrer Rathaus gut besuchte Ausstellungen von Künstlern aus Karlsruhe und Umgebung veranstaltet. Seit 2024 die Stadtteilwerkstatt, anfangs Zukunftswerkstatt genannt, in der Rüppurrer Einwohner eine Plattform für das Nachdenken über die weitere Entwicklung ihres Stadtteils finden.

Die Bürgergemeinschaft ist als gemeinnützig anerkannt und seit 1977 im Vereinsregister eingetragen. Ihre Räume sind im früheren Rathaus von Rüppurr, Lange Straße 69. Aktuell hat sie 960 Mitglieder.

Derzeitiger Vorsitzender: Friedrich Lemmen
<https://rueppurr.de/>

Einwohner	12.210
Fläche	1.040 ha



Waldstadt

In der Waldstadt lässt es sich gut leben. Insbesondere bei Familien mit Kindern ist dieser Stadtteil sehr beliebt - liegt er doch mitten im Grünen und ist voll entwickelt! Kindergärten und Schulen finden sich hier ebenso wie Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Sportstätten vielfältiger Art. Welcher Stadtteil hat schon ein Schwimmbad, eine Kletterhalle sowie diverse Tennis- und Fußballplätze zu bieten? Und alles ist zu Fuß oder per Fahrrad gut erreichbar. Dank des Hardtwalds und der vielen Bäume in der Waldstadt lässt sich hier auch der badische Hochsommer vergleichsweise gut ertragen.

Beim ersten Spatenstich am 10. September 1957 lagen als neue Planungsziel-daten der Bau von Wohnungen für 15.000 Menschen auf einer Gesamtfläche von 225 Hektar vor, davon 150 ha im Wald. Am 1. Oktober 1958 waren die ersten Wohnungen bezugsfertig. Mit dem Fortschritt der Bebauung entstand eine Vielfältigkeit der Bauformen, mit denen die Waldstadt sich von anderen Großsiedlungen wohltuend unterscheidet und immer wieder Ziel architekturhistorischer Exkursionen und Gegenstand der Architektenausbildung ist.

Neben der Ernst-Reuter-Schule, der Eichendorff-Schule, der Waldorfschule und dem Otto-Hahn-Gymnasium liegt im Stadtteil auch die Europäische Schule, deren Gründung 1964 im Zusammenhang mit dem Kernforschungszentrum stand und für die Technologieregion Karlsruhe von Bedeutung ist. Seit 1967 gibt es in der Waldstadt das einzige Karlsruher Kellertheater „Die Käuze“, Im Traugott-Bender-Sportpark mit dem SSC, dem Fächerbad und dem KSV sind mittlerweile der Deutsche Alpenverein und weitere Sporteinrichtungen hinzugekommen.

Es ist (noch) nicht alles perfekt, aber daran arbeitet der Bürgerverein seit der Gründung der Waldstadt mit vielen anderen Menschen der Waldstadt. Denn unser Stadtteil darf gerne vom Charakter so bleiben, wie er heute ist - damit sich auch noch zukünftige Generationen daran erfreuen können. Und wer in die Stadt will, der ist mit der Linie 4 oder mit dem Fahrrad in 10 bis 15 Minuten auf dem Karlsruher Marktplatz.

So lässt es sich eben gut leben!



Der Bürgerverein Waldstadt e.V.

Schon 1 Jahr nach der Gründung der Waldstadt wurde von engagierten Bürgerinnen und Bürgern der Bürgerverein ins Leben gerufen. Die gesamte Entwicklung der Waldstadt ist durch das Engagement des Bürgervereins und der Bürgerinnen und Bürger der Waldstadt nachhaltig geprägt worden. Dabei war es immer das Ziel des Bürgervereins, konkrete Probleme aufzugreifen und gemeinsam Lösungen auf den Weg zu bringen. Die Kooperation und Vernetzung mit allen Institutionen der Waldstadt und der Stadtverwaltung war und ist eine die Grundlage der Arbeit im Bürgerverein. Damit wurde die Waldstadt zu einem Stadtteil mit hoher Wohnqualität.

Zu erwähnen sind die Begegnungsstätte Waldstadt, nunmehr nach 25 Jahren als Bürgerzentrum Waldstadt mit erweitertem Angebot, der Brunnen des bildenden Künstlers Emil Wachter im Waldstadt Zentrum, die Verlängerung der Straßenbahn Linie 4 in das Europaviertel sowie die Hausaufgabenbetreuung unterstützt durch viele Spenden.

Das Sozialforum als Nachfolger des „Runden Tisches“ kümmert sich um die Aspekte des sozialen Miteinanders in der Waldstadt und das Projekt „sozialtreffwaldstadt“ unterstützt Menschen in schwierigen Lebenslagen mit Dingen des täglichen Lebens. Das Fächerbad, früher allein durch die Vereine SSC, Bürgerverein Waldstadt, KSV Rintheim-Waldstadt und Polizeisportverein getragen, wurde zur besseren Zukunftssicherung an die Stadt übergeben.

Für den alten Schülerhort und Jugendtreff konnte durch das Eintreten des Bürgervereins ein Neubau realisiert werden. Beim Otto-Hahn-Gymnasium hat die Überzeugungsarbeit des Bürgervereins sowohl die Cafeteria für das „G8“ als auch den Kraftraum für die Leistungssportler befördert. Viele weitere Projekte wie das urban gardening wären hier noch zu nennen. Der Waldstadtbürger als Stadtteilblatt wird seit der Gründung des Bürgervereins herausgegeben. Das Buch „Die Waldstadt in Karlsruhe“ zum 50-jährigen Jubiläum der Waldstadt dokumentiert die gesamte Entwicklung der Waldstadt. Das Waldstadtwappen mit dem Kauz wurde 1980 von Theo Schlüter für den Bürgerverein Waldstadt entworfen und 2004 heraldisch korrekt gestaltet.

Derzeitiger Vorsitzender: Dr. Hubert B. Keller

<https://www.bv-waldstadt.de> bzw. <https://www.ka-waldstadt.de>

Einwohner  6.400Fläche  335 ha

Rintheim

Rintheim wurde erstmals im Jahr 1110 unter dem Namen Rintdan urkundlich erwähnt. Zunächst bestand das Dorf nur aus einem Bauernhof, der einem gewissen Rindolf gehörte. Der Hof lag im Wald. Darauf deutet zumindest die Endung „dan“ hin (althochdeutsch für „Tann“). In späteren Erwähnungen hieß das Dorf 1399 dann Rinttann, 1435 Rynthan, 1536 Rynnten, 1635 Rintten und seit 1689 schließlich Rintheim.

Die Rintheimer werden auch als Sandhasen bezeichnet. Dies verdanken sie angeblich einem Lehrer, der das Umland des 1907 eingemeindeten Stadtteils Karlsruhes als eine der Sandwüste Gobi vergleichbare Gegend bezeichnete. Die Rintheimer Bauern hatten ihre Umgebung durch Bewirtschaftung über Generationen aber in fruchtbares Ackerland verwandelt. Hier fühlten sich auch zahlreiche Hasenfamilien zu Hause und landeten regelmäßig in den Rintheimer Kochtöpfen. Die Äcker und Langohren sind größtenteils verschwunden, der Name „Sandhasen“ hat sich gehalten.

Das heutige Rintheim hat sich zu einem modernen Stadtteil entwickelt, in dem Unternehmer- und Gründergeist (Technologiepark), Spitzenforschung (KIT Campus Ost), mehrere Schulen, kleine und große Einkaufszentren (z. B. Durlach-Center), der städtische Großmarkt und moderne Nachkriegsarchitektur (Rintheimer Feld, Kirchen, TSV-Halle) ebenso anzutreffen sind wie die Spuren des von früher dörflich geprägten Lebens (z. B. Alter Rathausplatz, historische Dreischhalle) – ein l(i)ebenswerter Ort.



Quelle: Generallandesarchiv





Bürgerverein Rintheim e.V.

Lange Zeit dokumentierten der eigene Gemeinderat, der Bürgermeister und das schmucke Rathaus, ein repräsentativer Fachwerkbau an der Ecke Rintheimer Hauptstraße und Forststraße, die Eigenständigkeit Rintheims. Im Rathaus lenkte der letzte Bürgermeister Ludwig Leßle bis 1906 die Geschicke des 2000-Seelen-Dorfes. Seine Eingemeindung nach Karlsruhe zum 01.01.1907 bedeutete indes das Aus für die Eigenständigkeit. Das nun zuständige Rathaus am Karlsruher Marktplatz war für jene Zeiten plötzlich eine „Tagesreise“ weg.

Sehr verständlich ist daher, dass die Rintheimer Bürgerschaft eine Bürgervertretungsform suchte. Sie wählte die Organisation eines Bürgervereins, wie es sie in wenigen anderen Stadtteilen bereits gab. Dieser wurde bereits 1907 gegründet. Der erste Rintheimer Bürgervereinsvorsitzende war der Hirschwirt Jakob Kastner. Weitere Vorsitzende waren Ludwig Erb und Ludwig Bippes bis zur Auflösung des Bürgervereins 1934/35 unter der Nazi-Diktatur.

Sehr früh, bereits 1949, ist das Jahr der Wiedegründung. Diese Bürgervereinigung nannte sich zunächst Einwohnerverein und ab 1953 wieder „Bürgerverein Rintheim“. Erster Vorsitzender war Georg Emmerich.

Die Jubiläumsschrift „Geschichte(n) 1949 – 2024“ zum 75-jährigen Jubiläum der Wiedegründung des Bürgervereins dokumentiert die Entwicklung nach dem Krieg. Am 31.8.2024 fand die 75-Jahr-Feier der Wiedegründung mit einer Straßenbahnrundfahrt und einem Festakt statt.

Der Bürgerverein versteht sich als die politische Vertretung von Rintheim, setzt aber auch gesellschaftlich-soziale Impulse, wie z. B.:

- Maibaumstellen und Maibaumfeier
- Gedenkfeier zum Volkstrauertag und Weihnachtssingen
- Kooperation mit der AWO beim sozialen Quartiersmanagement

Derzeitiger Vorsitzender: Dr. Helmut Rempp
<https://www.rintheim-bv.de>

Einwohner		7.200
Fläche		729 ha



Hagsfeld

Im Jahre 991 wird Hagsfeld zum ersten Mal als „Habachesfelt“ erwähnt. Einer Überlieferung zufolge rührt der Name daher, dass eine neue Gemeinde auf einem Feld voller Habachen (wahrscheinlich Bäume) errichtet worden sei. Am 2. Dezember 1261 bestätigte Papst Urban IV. die Zugehörigkeit von „Hagesvelt“ mit all seinen Höfen zum Kloster Gottesaue. Markgraf Jakob I. vermachte 1453 Hagsfeld seinem Sohn Georg. Die Laurentiuskirche sowie der Friedhof wurden 1499 ebenfalls als Eigentum des Klosters Gottesaue erwähnt.

Der Dreißigjährige Krieg forderte auch in Hagsfeld viele Opfer, so dass es 1650 noch 45 Einwohner zählte. 1851 umfasste Hagsfeld 110 Häuser, in denen insgesamt 908 Einwohner wohnten.

Am 1. April 1938 wurde Hagsfeld mit 2.962 Einwohnern in die Stadt Karlsruhe eingemeindet. Am 24./25. April 1944 luden fehlgeleitete britische Flugzeuge die für den Karlsruher Bahnhofsbereich bestimmten Bomben unter anderem über Hagsfeld ab; der Ort wurde zum größten Teil zerstört und nach dem Krieg wieder aufgebaut.

Heute zählt Hagsfeld zu den begehrtesten Stadtteilen von Karlsruhe mit einer sehr hohen Wohnqualität und ist umgeben von Wiesen und Wäldern. Der Spitzname von Hagsfeld „Hasepelz“ deutet darauf hin, dass sich die Bewohner an Sonn- und Festtagen meist nur Hasenbraten leisten konnten. Das Fell wärmte zusätzlich im Winter.

Der Stadtteil Hagsfeld ist von Anbeginn an sehr stark von seinen Vereinen geprägt. Vom Kleintierzuchtverein und den Gesangsvereinen über die Sportvereine bis zum Fischerverein hat Hagsfeld alles zu bieten. Zusätzlich besitzt Hagsfeld noch eine Freiwillige Feuerwehr, diese wurde 1874 gegründet und ist heute eine der größten Freiwilligen Feuerwehren von Karlsruhe.





Bürgerkommission Hagsfeld e.V.

Die Dachorganisation der Vereine ist die Bürgerkommission Hagsfeld. Die Bürgerkommission wurde am 20.09.1955 gegründet. Unsere damaligen Vereinsvorsitzenden der einzelnen Vereine waren der Meinung, dass Hagsfeld keinen Bürgerverein benötigte, sondern eine Koordination der bestehenden Vereine mit ihren Mitgliedern. Diese Vereinigung ergab einen repräsentativen Querschnitt der Hagsfelder Bevölkerung.

Die Bürgerkommission hat sich heute zu einem Bürgerverein im klassischen Sinne gewandelt. Wir sehen uns als Bindeglied zwischen den Bewohnern, dem Stadtteil, seinen Vereinen und der Stadt. Wir versuchen dem Stadtteil eine Stimme zu geben und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Stadt geltend zu machen. Wir wollen, dass sie sich in Hagsfeld wohlfühlen, dass sie die vielfältigen Möglichkeiten wahrnehmen und am bunten Leben unseres Stadtteils teilnehmen. Unsere Aktivitäten für den Stadtteil Hagsfeld sind:

- Kontakte zu den Vereinen und Institutionen zu pflegen
- Ortsbegehungen
- Stellungnahmen an die Stadtverwaltung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Hagsfelder Bürgerblatt
- Kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen.

Derzeitiger Vorsitzender: Thomas Schöffner
<https://www.hagsfeld.de>

Einwohner 20.700

Fläche 1.950 ha



Durlach

Historische Residenzstadt und liebenswerter Stadtteil Karlsruhes

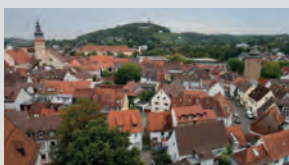
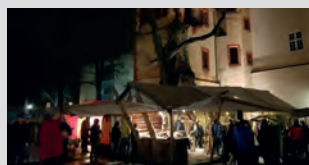
Durlach, der größte Stadtteil Karlsruhes, blickt auf eine lange und bewegte Geschichte zurück. Einst eigenständige Stadt und Residenz der Markgrafen von Baden-Durlach, hat sich Durlach den historischen Charme bewahrt und verbindet heute Tradition mit modernem Stadtleben.

Die Ursprünge Durlachs reichen bis ins Mittelalter zurück, urkundlich erwähnt wurde der Ort erstmals im Jahr 1196. Im Jahr 1565 verlegte Markgraf Karl II. von Baden seine Residenz von Pforzheim nach Durlach und machte die Stadt zum politischen und kulturellen Zentrum der Markgrafschaft Baden-Durlach.

Die Stadt behielt ihre Bedeutung, bis Markgraf Karl Wilhelm 1715 die neue Residenzstadt Karlsruhe gründete. Durlach blieb jedoch eigenständig und wurde erst 1938 in Karlsruhe zwangseingemeindet.

Heute besticht Durlach mit seiner malerischen Altstadt, in der liebevoll restaurierte Fachwerkhäuser, enge Gassen und gemütliche Plätze das Stadtbild prägen. Die Einkaufsmöglichkeiten, die Gastronomie und die vielfältigen Veranstaltungen, allen voran das jährliche Altstadtfest, ziehen die Besucher in den Stadtteil.

Die Mischung aus historischem Erbe, lebendigem Vereinsleben und wirtschaftlicher Dynamik macht Durlach zu einem der attraktivsten Stadtteile Karlsruhes – ein Ort, der Geschichte atmet und zugleich voller Leben steckt.



Einwohner 7.400

Fläche 218 ha



Aue

Vom Bauerndorf zum lebendigen Stadtteil

Aue, heute ein charmantes Viertel im Osten Karlsruhes, blickt auf eine lange und bewegte Geschichte zurück. Ursprünglich als „Houva“ (994) erwähnt und später als „daz dörfflin ouve by durlahe“ (1110) bekannt, erhielt der Ort 1635 seinen heutigen Namen.

Über Jahrhunderte war Aue von Landwirtschaft und Handwerk geprägt. Besonders der Gemüseanbau, der die Märkte in Karlsruhe und Pforzheim belieferte, bestimmte das dörfliche Bild und ist bis heute ein Teil der Identität des Stadtteils. 1859 erlangte Aue den Status einer eigenständigen Gemeinde, bevor es sich 1921 – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen – Durlach anschloss. Dies brachte eine Modernisierung der Infrastruktur und eröffnete neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Trotz der Nähe zur Großstadt hat sich Aue über die Jahre seinen besonderen Charme bewahrt. Der Stadtteil vereint die Vorteile urbaner Infrastruktur mit einem spürbaren dörflichen Charakter. Dank einer guten Verkehrsanbindung, gepflegten Naherholungsflächen und einem regen Vereinsleben ist Aue heute ein attraktiver Wohnort mit hoher Lebensqualität.

Die jüngst begonnene Sanierung des historischen Ortskerns sorgt für eine weitere Aufwertung des Viertels und unterstreicht, dass Aue nicht nur auf seine Geschichte blickt, sondern auch mit Zuversicht in die Zukunft geht.





Basler Tor © Samuel Degen



Bürgergemeinschaft Durlach und Aue 1892 e.V

Am 07. Mai 1892 wurde in der Halle der Brauerei EGLAU der Gemeinde-Bürgerverein Durlach aus der Taufe gehoben.

Der Ursprung und die Idee reichen aber viel weiter zurück. Im Zuge der revolutionären Entwicklung in Baden wurde bereits 1847 in Durlach ein Bürgerverein gegründet. Wenn man will, kann man diesen Verein als Vorgänger der heutigen Bürgergemeinschaft ansehen.

Nach der Niederschlagung der Revolution 1848 musste der damalige Bürgerverein wieder aufgelöst werden. So kommt es, dass erst das Jahr 1892 das offizielle Gründungsjahr der heutigen Bürgergemeinschaft geworden ist. Kernstück des Bürgervereins von 1892 ist der „Bürger Nutzen“ sowie die Durchsetzung der Belange der Bürger gegenüber dem Fürstenhaus. Die Aufgaben des Vereins haben sich naturgemäß im Laufe der Zeit gewandelt. Das Ende des alten Bürgervereins kam 1938 mit der Eingemeindung Durlachs nach Karlsruhe.

Erst am 08. März 1953 wurde in einer gut besuchten Versammlung im Gasthaus ZUM OCHSEN der Gemeinde-Bürgerverein Durlach und Aue wiedergegründet. Wohlbemerkt, von Anfang an gehört auch Aue dazu.

Aufgabe dieses Bürgervereins ist die Vertretung der Bürgerinteressen gegenüber kommunalen und staatlichen Institutionen, außerdem die Förderung kultureller, wirtschaftlicher und geselliger Belange.

Am 21. März 1955 fand schließlich die Gründungsversammlung der Bürgergemeinschaft in der Festhalle statt. In diesem neuen Bürgerverein ging der bisherige Gemeindebürgerverein auf und er erhielt den jetzigen Namen Bürgergemeinschaft Durlach und Aue 1892 e.V.

Bis heute ist die Bürgergemeinschaft der Mittler und die Schnittstelle zwischen den Bürgern und den Institutionen, die Interessenvertretung der Bürger in Durlach und Aue.

Derzeitiger Vorsitzender: Roger Hamann
www.buegda.de



Untermühl- und Dornwaldsiedlung

Laut Ortschild verlässt man Durlach, bevor man die Untermühl- und Dornwaldsiedlung erreicht. Ein weiteres Schild zeigt jedoch, dass beide Siedlungen noch zu Durlach gehören. Sie liegen wie zwei kleine Inseln zwischen Autobahn, Bahnlinie, alter B10 und Durlacher Allee.

Die Untermühlsiedlung verdankt ihren Namen der „Unteren Mühle“, einer von drei historischen Mühlen Durlachs, die mit dem Bau des Durlacher Bahnhofs und der damit verbundenen Umlegung der Pfinz ihren Betrieb einstellen musste. Heute ist die Untere Mühle ein Wohnhaus. Die Untermühlsiedlung wuchs erst ab 1925; zunächst ließen sich Bahnbedienstete nieder. Nach dem 2. Weltkrieg kamen zahlreiche Einwohner hinzu, als die Stadt aufgrund großer Wohnungsnot den ‚Elfmorgenbruch‘ bebauen ließ. Direkt daneben liegt die Autobahnmeisterei, die nahezu zeitgleich mit dem Bau der Autobahn entstand.

Die Dornwaldsiedlung wurde ab 1920 vom Architekten Hermann Alker geplant, ebenfalls aufgrund Wohnraum mangels in Durlach. Ihr Name leitet sich vom dornigen Unterholz des Waldes, kurz Dornwäldle, ab.

Früher gab es in beiden Siedlungen Geschäfte, die die Nahversorgung sicherstellten. Weder Untermühler noch Dornwäldler mussten für den Einkauf ihre Siedlung verlassen, denn es gab einen Kolonialwarenladen, eine Bäckerei, eine Metzgerei und ein Milchlädle. Sogar ein Gasthaus, die „Untere Mühle“, war direkt vor Ort. Dies alles sucht man heute vergeblich.

Inzwischen hat die Untermühlsiedlung überregionale Bedeutung als Firmensitz der Drogeriemarktkette dm. Wo noch nach dem zweiten Weltkrieg Heilkräuter für die pflanzlichen Arzneimittel der Firma Dr. Willmar Schwabe angebaut wurden, steht heute das dm-dialogicum





Bürgergemeinschaft Untermühl- und Dornwaldsiedlung e.V.

Schon vor der Gründung der Bürgergemeinschaft 1988 fühlten sich die Bewohner der Untermühlsiedlung vom Verkehr und Lärm erdrückt, weil enormer Schleichverkehr durch die Siedlung über die Autobahnbrücke zu „Wertkauf“ führte. Da die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen weder vom Ortschafts- noch vom Gemeinderat ausreichend gehört wurden, schlossen sie sich zur Bürgergemeinschaft zusammen. Diese Vereinsgründung war auch im Sinne der Stadt, die damit einen Ansprechpartner hatte, der alle Untermühler vertrat. Zeitgleich liefen die Planungen zum Umbau der B10 und der Stadtbahnrampe zum Bahnhof Durlach. Schon damals – wie heute – wurde für besseren Lärmschutz gekämpft, da die Siedlungen stark belastet sind. Erfolgreich war der Einsatz gegen den Schleichverkehr zum heutigen Durlach Center: Die Sperrung der Brücke über die Autobahn beendete den unzumutbaren Zustand.

2010 traten Bürgerinnen und Bürger der Dornwaldsiedlung dem Verein bei, als Reaktion auf Pläne für den Bau eines neuen KSC-Stadions an der Durlacher Allee im Bereich der Kleingärten Mastweide, nah an der Dornwaldsiedlung.

Das Engagement für die Interessen beider Siedlungen hinsichtlich eines besseren Wohnumfelds zeigte sich beispielhaft bei der Planung der dm-Zentrale: Sie begann 2014 unter enger Einbindung der Bürgergemeinschaft, wodurch eine erträgliche Bauphase erreicht wurde.

Erstmals in Karlsruhe reichte der Verein 2018 einen Einwohnerantrag ein, um einen Aufzug zur 6 m hoch gelegenen Haltestelle Untermühlstraße zu erreichen, der jedoch abgelehnt wurde.

Der Vereinsvorstand setzt sich nicht nur für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein, sondern organisiert auch Ausflüge, Radtouren, Bürgertreffen, Feste und Dreck-weg-Aktionen, um ein gutes Miteinander zu fördern.

Derzeitige Vorsitzende: Monika Haug und Barbara Parr

<https://www.durlacher.de/freizeit-kultur/vereine/buerger-foerder/buergergemeinschaft-untermuehl-und-dornwaldsiedlung-ev>

Einwohner 1.340

Fläche 73 ha



Bergwald

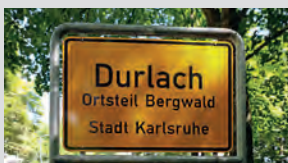
Die Siedlung entstand ab 1963 als reines Wohngebiet mitten im Bergwald. Der Bergwald (auch Bergwaldsiedlung) ist ein Stadtviertel des Karlsruher Stadtteils Durlach und liegt auf ca. 250 m NHN.

Im Ort befindet sich der Ökumenischer Kindergarten Schalom Bergwald, die Grundschule Bergwald und das Ökumenische Gemeindezentrum Bergwald. Am Ortsrand steht ein Wasserturm, dieser wurde 1964 erbaut.

In den Anfangsjahren gab es neben den sozialen Einrichtungen auch ein Ladenzentrum, mit Supermarkt, Café und Friseur, eine Post, sowie einen Arzt und auch eine Bank. Der Kindergarten, die Schule und der Friseur existieren bis heute. Die Post, der Lebensmittelladen, die Arztpraxis und die Bankfiliale mussten leider mangels Nachfrage schließen. Das alte Café Werner gibt es auch nicht mehr. Dafür haben wir heute eine Kaffeerösterei (das Good Karma Coffee).

Der Bergwald gehört seit Januar 2021 zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord.

Im Jahr 2024 zählt der Bergwald 1.337 Einwohner.



Fotos: Klaus Eppele



Bürgergemeinschaft Bergwald e.V.

Die Bürgergemeinschaft Bergwald e.V. wurde am 3. Oktober 1968 von engagierten Bürgern der neuen Siedlung auf dem Bergwald gegründet. In den ersten Jahren zählte das Thema Energie zu deren Hauptthemen. Da im Bergwald nur mit Gas oder Strom geheizt werden darf, wurde von der Bürgergemeinschaft über Stadträte und Stadtverwaltung für einen moderaten Gaspreis gekämpft. Nach dem Jahr 2000 kam die Elektrospeicherung als Energieverschwender immer mehr in die Kritik. Hier setzten sich Ortschaftsräte und die Bürgergemeinschaft zusammen mit einer Bürgerinitiative aus Grötzingen bei den Stadtwerken für den Beibehalt eines kostengünstigeren Nachttarifs ein.

Ein einschneidendes Ereignis 2018 war das Ausscheiden von Roswitha Henkel, die über zwanzig Jahre lang als 1. Vorsitzende die Bürgergemeinschaft mit großem Engagement und Erfolg geführt hatte. Sie wurde zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Nun liegt die Verantwortung in den Händen der 1. Vorsitzenden Stefanie Würtz-Blender und ihrer Stellvertreterin Jeannine Kubens, die auch die Geschäftsstelle führt. Sie werden mit der Bürgergemeinschaft Bergwald e.V. weiterhin die Satzungsziele vertreten.

Zweck des Vereins ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke. Dieser wird verwirklicht durch das Einsetzen für die Interessen und Belange der Bürgerinnen und Bürger im Bergwald. Wir organisieren Veranstaltungen, setzen uns für die Verbesserung der Lebensqualität vor Ort ein, fördern das Gemeinschaftsgefühl und unterstützen soziale Projekte. Ebenso sehen wir uns als Sprachrohr der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Stadtverwaltung, dem Ortschaftsrat, dem Gemeinderat, lokalen Gremien und Vereinen.

Derzeitige Vorsitzende: Stefanie Würtz-Blender
<https://www.bgbergwald.de>



Einwohner 19.230

Fläche 1.920 ha



Neureut

Neureut blickt auf eine lange Geschichte zurück. Es wird angenommen, dass der Ort bereits 1260 durch Markgraf Rudolf I. gegründet und besiedelt wurde. Im Jahr 1699 wurden aus südfranzösischen Provinzen, wegen ihres reformierten Glaubens die sog. „Waldenser“, im Süden des Ortes angesiedelt. Fortan hieß diese Siedlung „Welschneureut“ und das seit-herige Dorf „Teutschneureut“.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Neureut auch Zufluchtsort für ca. 3000 Heimatvertriebene und Flüchtlinge, die in der Kirchfeldsiedlung eine neue Heimat fanden. Mit dem weiteren starken Zuwachs von Neubürgern, galt es die gesamte öffentliche Infrastruktur neu zu errichten, was eine enorme ideelle und finanzielle Herausforderung darstellte. Neureut, von den Rheinauen im Westen bis zum Hardtwald im Osten, ein gewachsener, traditionsbewusster Ort, präsentiert sich als moderner, aufstrebender Stadtteil im Norden von Karlsruhe. Bürgerinnen und Bürger schätzen das Angebot auf kulturellem und gesellschaftlichem Gebiet, ein vielfältiges Vereinsleben, dazu öffentliche und private Dienstleistungseinrichtungen. Die Straßenbahn verbindet Neureut auf kurzem und schnellem Weg mit dem Stadtzentrum und dem nahegelegenen Nördlichen Schwarzwald.

Die ehemals größte Landgemeinde von Baden-Württemberg wurde durch Eingemeindung im Jahr 1975 jüngster Stadtteil von Karlsruhe. In der Ortschaftsverfassung wurde u. a. verankert, dass im Stadtteil Karlsruhe-Neureut eine gleichnamige Ortschaft mit Verwaltung, Ortsvorsteher und Ortschaftsrat einzurichten ist.



Bürgerverein Neureut-Kirchfeld e.V.

Bereits 1927 gründete sich in Karlsruhe eine gemeinnützige Spar-Kredit- und Baugenossenschaft, die „Schaffergilde“, die für wirtschaftlich benachteiligte Menschen Eigenheime errichtete. Die „Neue Kirchfeldsiedlung“ war eine überörtlich geplante Neuansiedlung für mehrere tausend Heimatvertriebene und Flüchtlinge. Die Menschen haben sich zu einer Selbsthilfeorganisation zusammengeschlossen, damit Probleme mit geeinten Kräften bewältigt und gemeinsam Ziele erfolgreich umgesetzt werden konnten. Aus der „Deutschen Siedlergemeinschaft“ gründete sich der Bürgerverein Neureut-Kirchfeld. Dem Wandel der Zeit entsprechend, haben sich beide Gemeinschaften in der Mitgliederversammlung im Februar 2014 für einen Zusammenschluss entschieden. Der Bürgerverein Neureut-Kirchfeld Siedlergemeinschaft und die Siedlergemeinschaft Schaffergilde gehen seither gemeinsame Wege als „Bürgerverein Siedlergemeinschaften Neureut-Kirchfeld e.V.“.

Der Bürgerverein Siedlergemeinschaften Neureut-Kirchfeld e.V. versteht sich als Bindeglied zwischen den Bürgern und dem Ortschafts- bzw. Gemeinderat. Wir nehmen die Interessen der Bürger sehr wichtig, engagieren uns für ein lebens- und liebenswertes Wohngebiet und versuchen auf die Entwicklungen unserer Umgebung Einfluss zu nehmen, die die Lebensqualität bestimmen. Des Weiteren sind wir dem Verband Wohneigentum Baden-Württemberg e.V. angeschlossen und bieten unseren Mitgliedern zusätzliche Leistungen an. Wir sind Teil einer starken Gemeinschaft und profitieren von einem vielseitigen Service-Paket und Kooperationspartnern.

Als feste Termine stehen im Jahresprogramm des Vereins:

- Pflege des Vertriebenen-Mahnmals am Joseph-Groß-Platz
- Beteiligung bei der Aktion „Saubere Gemarkung“
- Sommerfest im Juni am Waldsportplatz - „Hocketse“
- Glühweinfest, dessen Erlös an eine soziale Kirchfelder Institution gespendet wird
- Mitglieder haben die Möglichkeit, Handwerkzeug für den Garten oder Zelte und Ausrüstung für kleine Feste, auszuleihen.

Derzeitige Vorsitzende: Katharina Dümmel

<http://www.verband-wohneigentum.de/sg-ka-neureut-kirchfeld>



Bürgerverein Neureut-Heide e.V.

Als sich im Dezember 1953 tatkräftige Menschen im Heidehof versammelten und den Bürgerverein Neureut-Heide e.V. gründeten, lebten knapp 400 Menschen in ungefähr 50 Häusern in der Heide.

Die zwei Hauptziele des Bürgervereins waren damals

- Pflege des Gemeinschaftsgefühls.
- Vertretung der Interessen unserer Siedlung gemeinsam, geschlossen und nachhaltig

Letzteres war von besonderem Interesse. Es ging darum, das Gebiet, das sich noch im Aufbau befand, von der Müllabfuhr bis zum Verkehr an die Infrastruktur der damals noch selbstständigen Gemeinde Neureut anzuschließen.

Heute leben mehr als 2.500 Menschen in deutlich mehr Häusern. Neureut ist inzwischen ein Ortsteil von Karlsruhe. Auch wenn sich vieles verändert hat und neue Themen wie Verkehrsberuhigung, Verkehrssicherheit und der Schutz der umliegenden Naherholungsgebiete (siehe Bilder) hinzugekommen sind, bleiben unsere Kernziele aktuell.

Derzeitiger Vorsitzender: Jean-Jacques Lieners
www.bv-heide.de



Einwohner	9.350
Fläche	266 ha



Nordstadt

Sie wurde am 01. Januar 1996 als jüngster Karlsruher Stadtteil aus zwei sehr unterschiedlichen Gebieten gebildet:

Auf der Wald- und Heidelandschaft südlich des um 1820 angelegten „Exercierplatzes“, später als Flugplatz genutzt, entstand ab 1919 die „Hardtwaldsiedlung“. Neu gegründete Baugenossenschaften planten Einfamilienhäuser mit lang gestreckten Gärten zur Selbstversorgung sowie ein „Konsum“-Einkaufsgeschäft und eine katholische Kirche. Sie gehörte samt der ab 1950 erbauten Gebäude östlich der Erzbergerstraße und der Synagoge (Bj. 1971) zur Weststadt. Ebenso wie die alten Komplexe der Grenadierkaserne und der Kadettenanstalt (heute OFD) an der Moltkestraße sowie der östliche Teil des Flugplatzes mit den Flughafengebäuden und dem Neubau der Dualen Hochschule BW.

Die sog. „Ami-Siedlung“ erstreckte sich von der einstigen Wehrmachtskaserne am Kanalweg bis zur Michiganstraße. 1947 hatte die US-Armee Kaserne und Flugplatz beschlagnahmt. Ab 1950 begannen die Bauarbeiten zur Unterbringung amerikanischer Soldaten und ihrer Familien. In den folgenden Jahren entstand eine eigene Infrastruktur mit Kindergärten, Schulen samt weitläufigen Sport- und Spielanlagen, dem legendären PX-Einkaufsmarkt, Tankstelle, eigener Bank, Poststelle, Kasinos, Kino, Bowlingbahn und überkonfessioneller Kirche.

Nach dem Abzug der Amerikaner 1995 bekam die Ami-Siedlung mit bunten Aufstockungen und Nachverdichtungen ein neues Aussehen. Die Wohnungsanzahl wurde fast verdoppelt, Schulen und Kindergärten übernommen, ein Kinder- und Jugendhaus eröffnet. Die meisten Kasernengebäude wurden von einer MieterInnen-Initiative zu Wohnungen samt Kulturhaus umgebaut, einige werden von öffentlichen Einrichtungen genutzt. Daneben entstanden als Modellprojekt unterschiedliche Wohnformen. 2006 kam der Straßenbahnanschluss. Seit 2008 gibt es eine moderne Seniorenresidenz im Süden der Siedlung.

Der Alte Flugplatz ist derweil Naturschutzgebiet. Nordöstlich davon erstreckt sich eines der größten Neubaugebiete der Stadt für Wohnen und Gewerbe mit 1.400 -1.600 geplanten Wohnungen für bis zu 2.500 Menschen.



Bürgerverein Nordstadt e.V.

Bis sie dem neuen Stadtteil zugeschlagen wurde, gehörte die Hardtwaldsiedlung zum Bürgerverein der Weststadt. Die im enormen Wachsen begriffene Nordstadt brauchte jedoch eine eigene „Vertretung“. So kam es am 18. Oktober 1996 zur Gründungsversammlung des „Bürgerverein Nordstadt e.V.“ (BVN).

Die Stadt Karlsruhe und das Sozialministerium Baden-Württemberg hatten inzwischen für 5 Jahre das Modellprojekt „Bürgerschaftliches Engagement Nordstadt“ vereinbart. Dazu holten sie gleich den neu gegründeten Bürgerverein mit ins Boot. Neben anderen mehr oder weniger kurzlebigen Bewohner-Projekten entwickelte sich daraus die im Juli 1997 erstmalig erschienene „Nordstadtzeitung“, (ab dem zweiten Heft vom BVN herausgegeben). Sie wird seither 4 x im Jahr von einer freien Redaktionsgruppe erstellt und kostenlos verteilt.

Ab 1998 organisierte der BVN die bis zum Corona-Lockdown 2020 alle zwei Jahre stattfindenden Stadtteiltage, an denen sich Institutionen, Initiativen, Vereine etc. präsentieren und die Nordstadt-Bewohner zusammen feiern konnten. Für 2026 ist eine Fortführung geplant.

2006 bekam der BVN ein offizielles Stadtteil-Wappen genehmigt. Es stellt symbolisch die neun Schlossstrahlen dar, die durch unseren grünen Stadtteil verlaufen, gekrönt vom „Nordstern“.

Als vordringliche Aufgaben sieht der BVN die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen des Stadtteils Nordstadt und die Wahrnehmung und Vertretung von deren Interessen. Dies wird durch Veröffentlichungen, Info-Veranstaltungen, Vorträge, Führungen u. ä. verwirklicht.

Der Vorstand des BVN trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat, diese Sitzungen sind öffentlich. Interessierte sind herzlich willkommen.

Derzeitiger Vorsitzender: Christian Büttner
<https://bv-nordstadt.de/>

Anhang

A1. AKB-Vorstandsmitglieder 1925 – 1935

Datum Wahl	Funktion	Namen	Bürgerverein
Gründungs- versammlung 06.08.1925	1. Vors. (bis Ende 1926)	Heinrich Wilser, Bäckermeister	Altstadt
	2. Vors.	Norbert Willet, Architekt	Altstadt
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	Schriftführer	Karlheinz Kögele, Blechnermeister	Südstadt
	Geschäftsführer und Chefredakteur	Julius Beeser	
23.01.1927	1. Vors. (interims ab Ende 1926)	Friedrich Krauß, Kaufmann, Firmeninhaber Mayle	Altstadt
	2. Vors.	Kistner, Oberstadtrechnungsrat	Rüppurr
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	1. Schriftführer	Karlheinz Kögele, Ingenieur	Südstadt
	2. Schriftführer	Bautz. Architekt	Grünwinkel
11.12.1928	1. Vors.	Friedrich Krauß, Kaufmann, Firmeninhaber Mayle	Altstadt
	2. Vors.	Rudolf Sigmund, Verwaltungsdirektor i. R.	Südweststadt?
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	1. Schriftführer	Karlheinz Kögele	Südstadt
	2. Schriftführer	Bautz. Architekt	Grünwinkel
27.11.1929	1. Vors.	Friedrich Krauß, Kaufmann, Firmeninhaber Mayle	Altstadt
	2. Vors.	Rudolf Sigmund, Verwaltungsdirektor i. R.	Südweststadt?
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	1. Schriftführer	Bautz. Architekt	Grünwinkel
	2. Schriftführer	Karlheinz Kögele, Ingenieur	Südstadt
	Rervisor	Steinhauser, Oberlehrer	Rüppurr
08.01.1931	1. Vors.	Friedrich Krauß, Kaufmann, Firmeninhaber Mayle	Altstadt
	2. Vors./GF	Rudolf Sigmund, Verwaltungsdirektor i. R.	Südweststadt?
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	1. Schriftführer	Bautz. Architekt	Grünwinkel
	2. Schriftführer	Karlheinz Kögele, Ingenieur	Südstadt
	Rervisor	Steinhauser, Oberlehrer	Rüppurr

Datum Wahl	Funktion	Namen	Bürgerverein
21.01.1932	1. Vors.	Friedrich Krauß, Kaufmann, Firmeninhaber Mayle	Altstadt
	2. Vors.	Rudolf Sigmund, Verwaltungsdirektor i. R.	Südweststadt?
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	1. Schriftführer	Bautz, Architekt	Grünwinkel
	2. Schriftführer	Karlheinz Kögele, Ingenieur	Südstadt
	Revisor	Steinhauser, Oberlehrer	Rüppurr
11.01.1934 Vorstand neu gebildet	1. Führer	Zinser, Architekt	Weststadt
	2. Führer = 1. Vors.	Steinhauser, Rektor i.R.	Rüppurr
	GF	Arnet	Weststadt?
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	1. Schriftführer	Bautz, Architekt	Grünwinkel
	2. Schriftführer	Karlheinz Köhl, Werkmeister	
	Pressereferent	Binder	
	Bürgerzeitung	Hanagarth	
24.01.1935 1. Vors. gewählt. Alle anderen berufen	1. Vors.	Steinhauser, Oberlehrer	Rüppurr
	2. Vors.	Hofmann	Beiertheim
	GF	Arnet	Weststadt?
	Kasse	Ernst Stieß, Buchdruckereibesitzer	Altstadt
	1. Schriftführer	Bautz, Architekt	Grünwinkel
	2. Schriftführer	Karlheinz Köhl	
	Pressereferent	Binder	
	Bürgerzeitung	Hanagarth	
Januar 1936	Ehrevors.	Friedrich Krauß	
	Auflösung der AKB		

Quelle der Einzelnachweise: Zeitungsarchiv BLB

Adressbuch 1937:

- Keine Nennung der AKB mehr
- Als Bürgervereine nur noch eingetragen:
Beiertheim
Daxlanden
Oststadt
Rüppurr

In unseren Unterlagen sind auch die Vorstände der AKB ab 1953 dokumentiert. Die Zahl der Neuwahlen im Zeitraum bis heute und damit die Zahl wechselnder Personen im Vorstand übersteigen die Kapazität einer Festschrift. Die Autoren bitten hierfür um Verständnis.

A2. Ausgewählte Aktivitäten seit 1952

OB	AKB-Vors.	Ausgewählte Aktivitäten
Günther Klotz 1952 -1970		- Eine Interessengemeinschaft von Bürgervereinen bildet sich 1952 - Wiedergründung AKB 11.5.1953
	Friedrich Butz 1953 –1958	- GemO: keine Bezirksbeiräte in Karlsruhe 1956 - „Rosenball“ ab 1955, danach Bürgerball zusammen mit dem Bad. Staatstheater - Jungbürgerfeier zusammen mit dem Stadtjugendausschuss ab 1955 - jährliches Treffen mit dem OB im Haus Solms, 1957 auf einem Rheindampfer - TH-Erweiterung 1958/59
	Dr. Karlheinz Hugenschmidt 1958 - 1995	- Blumenschmuck-Wettbewerb ab 1963 - Bundesgartenschau 1967 - Treffen mit dem OB auf dem Rheinschiff Töpper 1966
Otto Dullenkopf 1970 -1986		- jährliche Treffen der Bürgervereine mit dem OB im Haus Solms - Karlsruher Lebensversicherung 1973/74 - Ablehnung Bezirksbeiräte 1974 - Entwurf Flächennutzungsplan 1976 - Entwurf Flächennutzungsplan 1982
Prof. Dr. Gerhard Seiler 1986 - 1998		- an Stelle von Haus Solms: Busfahrten durch einzelne Stadtteile alle 2 Jahre mit anschließendem Gesprächstreffen ab 1987 - Diskussion Bezirksverfassung/-beiräte 1989-94
	Gerhard Herm 1995 – 2002	- Bezirksverfassung/-beiräte: Ablehnung GR 10.1995 Ablehnung, dafür Bürgerversammlungen nach § 20 GemO - erste Bürgerversammlung in Knielingen 1996

		- Bad im Westen 1999
Heinz Fenrich 1998 - 2013		
	Prof. Dr. Wolfgang Fritz 2002 - 2016	- Erweiterung Bundesverfassungsgericht 2002 - Erstes Kooperationsgespräch 2004 - Draisinenrennen ab 2002 - Fußball 2008 - Stand auf der offerta ab 2009 - Landschaftspark 2009 - AG Bürgerbeteiligung 2012 - Nordtangente 2004/04/08/12
Dr. Frank Mentrup seit 2013		- Stadtgeburtstag 2015
	Dr. Helmut Rempp seit 2016	- Gehwegparken ab 2016 - Sitz am Pressetisch des Bürgersaals beim Gemeinderat auf der Empore seit 2017 - Informationsveranstaltung im Saal oder vor Ort als Ersatz für Bus-Rundfahrt ab 2017 - Entwurf Flächennutzungsplan 2017 - Soziale Quartierentwicklung seit 2017 - Kleines/Großes Kooperationsgespräch mit BM Dr. Käuflein seit 2018 - Forstreform gemeinsam mit der Stadtverwaltung 2018 - AG Querspange ab 2019 - Forum Recht 2020 - Bahnprojekt Genua-Rotterdam ab 2020 - Leitlinienprozess zur Bürgerbeteiligung bei städtischen Projekten ab 2023 - Energieleitplan ab 2023

A3. Bürgerhefte

In fast jedem Stadtteil mit einem Bürgerverein gibt es vom jeweiligen Bürgerverein ein Bürgerheft.

In elf Stadtteilen erscheint das Bürgerheft in zehn Ausgaben der Stober Medien GmbH in gleichem Layout (Innenstadt West und Altstadt geben ein gemeinsames Heft heraus). Es setzt sich zusammen aus dem allgemeinen Teil (roter Mantel) und dem stadtteilspezifischen Teil (gelber Innenteil). Es erscheint 6 x jährlich. Redakteurin des allgemeinen Teils: Marlies Pirlich, AKB-Vorstandsmitglied.



Allgemeiner Teil



Beiertheim



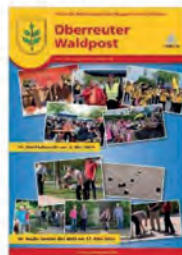
Bulach



Daxlanden



Hagsfeld



Oberreut



Oststadt



Rintheim



Stadtmitte



Südweststadt



Weststadt

A3. Bürgerhefte

Bürgerhefte weiterer Bürgervereine



Südstadt – 6 x jährlich



Waldstadt – 6 x jährlich



Grünwinkel – 2 x jährlich



Nordweststadt – 6 x jährlich



Mühlburg 6 x jährlich



Rüppurr-Weiherfeld
Dammersdorf - mtl.



Knielingen – 2 x jährlich



Nordstadt – 4 x jährlich



Bergwald

A4. AKB in Gremien

Die AKB ist Mitglied in den folgenden Gremien

1. Planungsausschuss der Stadt Ka
2. Forum Ehrenamt der Stadt Ka



3. Begleitgremium Soziale Quartiersentwicklung der Stadt Ka
4. Kleingartenbeirat der Stadt Ka
5. Begleitgruppe „Grüne Stadt“ der Stadt Ka



6. Aktive Mobilität (ehem. Radlerforum, BYPAD) der Stadt Ka
7. Leitlinienprozess Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Ka
8. Beirat der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur



9. Projektbegleitkreis „Querspange“ des Regierungspräsidiums Karlsruhe

10. Dialogforum Deutsche Bahn
11. Das Bündnis für Demokratie und Menschenrechte



A5. Die Frauen im AKB-Vorstand – aktiv zwischen Familie, Beruf und Ehrenamt



**Grete
Vogt**

1980 –
1998

Stadtarchiv Karlsruhe
8/BA Schlesiger
A38/140/5/10



Roswitha Henkel
1998 - 2002



Hilde Willmann
2002 - 2011



Ulrike Arimont-Ermel
2008 – 2011



Dr. Monika Stade
2008 - 2017



Ute Bühler
2011- 2017



Katharina Dümmel
2017-2023



Marlies Pirlich
2017 - heute



Karin Armbruster
2020 - heute

Quellennachweis

- 1) Stadtarchiv Karlsruhe
- 2) Zeitungsarchiv Badische Landesbibliothek
Daraus sind die meisten Ausschnitte aus Zeitungsartikeln entnommen.
- 3) Wolfgang Fritz „Das Karlsruhe der City und das Karlsruhe der Bürgervereine“ in „Karlsruhe – Aufgefächert“ Schriftenreihe des Landesvereins Badische Heimat, Heft 1/2, Mai 2015 / 95. Jahrgang, Band 11
- 4) Geschäftsbericht von Gerhard Herm auf der Jahreshauptversammlung und zum Abschied als Vorsitzender 19.03.2002
- 5) Protokolle der Vollversammlungen (VV)
- 6) Karlsruher Bürgerhefte der
Stober Medien GmbH („Stoberhefte“)
(Fächerblick)

Abkürzungen Druckerzeugnisse:

A.B.	Adressbuch
AZ	Allgemeine Zeitung
B.B.	Badischer Beobachter
BLB	Badische Landesbibliothek
B.L.Z.	Badische Landeszeitung
B.P.	Badische Presse
B.T.	Badisches Tagblatt
FB	Fächerblick in den Bürgerheften Ausgabe/JJJJ (Stober Medien ab 1/2004 / Druckhaus Karlsruhe bis 6/2003)
K.n.Z.	Karlsruher neue Zeitung
K.T.	Karlsruher Tagblatt
D.W.	Durlacher Woche
K.Ztg	Karlsruher Zeitung
KITB	Karlsruher Intelligenz- und Tage-Blatt
K.N.	Karlsruher Nachrichten
VF	Der Volksfreund
DF	Der Führer

Weitere Abkürzungen

AKB	Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine
BM, EBM	Bürgermeister, Erster Bürgermeister
BV	Bürgerverein
BG	Bürgergemeinschaft oder Bürgergesellschaft
BK	Bürgerkommission
OR	Ortschaftsrat
VV	Vollversammlung aller Bürgervereine

Wenn bei Fotos keine Quelle angegeben ist, handelt es sich immer um Fotos der AKB oder der Bürgervereine.

Die Autoren

Dr. rer. nat. Helmut Rempp



In Karlsruhe 1945 geboren, wohnhaft in Rintheim
Hobbies: Politik und Geschichte, Musik und Theater, Sport,
Wandern, Radfahren, Flora und Fauna
Studium der Naturwissenschaften Universität Karlsruhe
Politik- und Wirtschaftsberatung im FhG-ISI,
Systemberatung / Vertrieb kommerzieller Computersysteme
Forschungspolitik auf Bundes- und EU-Ebene
Ehrenamtlich tätig seit 35 Jahren
Vorsitzender Bürgerverein Rintheim seit 2010
Vorsitzender AKB seit 2016

Dipl. rer. pol. Joachim Hornuff



In Karlsruhe 1950 geboren, wohnhaft in Weiherfeld
Hobbies: Lesen, Schreiben, Malen, Sammeln
Studium der Volkswirtschaft Universität Karlsruhe,
36 Jahre Geschäftsführer Fächerbad Karlsruhe GmbH
Ehrenamtlich tätig seit 60 Jahren, u.a. Vizepräsident
Deutschen Schwimm-Verband, Schatzmeister Deutsche
Gesellschaft für das Badewesen,
seit 2012 Vorsitzender Bürgerverein Weiherfeld-
Dammerstock; ab 2002 Mitglied im Vorstand der
AKB

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine e.V.

Dr. Helmut Rempp

Huttenstr. 29

76131 Karlsruhe

Texte: © Copyright by Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine

Quelle U1 und U4 Grundbild: A.Savin, Wikipedia

Einbandgestaltung U1, U4:

Fred Kammerer, Graben und Armin Paul, Karlsruhe-Rintheim

Druck: mierschmedia, 76227 Karlsruhe

BADISCHES
STAATSTHEATER
KARLSRUHE

Vielfalt erleben



Oper
Ballett
Konzert
Schauspiel
Digitaltheater
Junges Staatstheater

staatstheater.karlsruhe.de



